

143. Sitzung

Mittwoch, den 26.02.2014

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13566
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13566
Emde, CDU	13567

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Rechtsextremer Überfall auf Kirmesfeier in Ballstädt - schnelle Aufklärung und gerichtliche Aburteilung zur Abschreckung notwendig“ 13567

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7283 -

Geibert, Innenminister	13567
Gentzel, SPD	13569
Bergner, FDP	13569
Kellner	13570
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13571
König, DIE LINKE	13572

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Spitzensport braucht ein Fundament - Sportstätten in Thüringen gerecht und transparent fördern“ 13573

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7339 -

Grob, CDU	13573, 13573,
	13573, 13574, 13574, 13574, 13575, 13575
Korschewsky, DIE LINKE	13575, 13576, 13584
Baumann, SPD	13576
Barth, FDP	13577, 13582
Siegsmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13578, 13579
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	13579, 13584
Pelke, SPD	13582, 13583, 13583
Meißner, CDU	13583
Koppe, FDP	13583, 13583

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Sternstunde darf nicht zur Sternschnuppe werden - keine Standardabsenkung in unseren Kitas“

13584

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7342 -

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	13585
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13586, 13587
Emde, CDU	13587
Jung, DIE LINKE	13588
Pelke, SPD	13590
Hitzing, FDP	13591, 13592
Dr. Voß, Finanzminister	13592

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Interessen der Thüringer Stromkunden bei der Energiewende vertreten“

13592

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7347 -

Barth, FDP	13593
Worm, CDU	13594
Hellmann, DIE LINKE	13595, 13602

Weber, SPD	13596, 13602, 13602
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13597, 13598, 13602
Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	13598
Kemmerich, FDP	13601
Primas, CDU	13601

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Tierschutz stärken - Schlussfolgerungen aus groben Rechtsverstößen im ehemaligen Schlachthof Jena“ 13602
 Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
 - Drucksache 5/7352 -

Aussprache

Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE	13603, 13603, 13604, 13610
Primas, CDU	13604, 13610
Hitzing, FDP	13604, 13611, 13611, 13611
Mühlbauer, SPD	13605, 13606, 13610, 13610
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13606, 13611
Dr. Schubert, Staatssekretär	13607

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Groß, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpfennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lukasch, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Höhn, Kanis, Künast, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Sparmberg, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Gnauck, Höhn, Dr. Poppenhäger, Taubert, Dr. Voß

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe auch die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Ganz herzlich begrüÙe ich die beiden neuen Abgeordneten, die heute erstmals an der Plenarsitzung teilnehmen, Frau Claudia Scheerschmidt von der Fraktion der SPD, die gemäß Landesliste für den ausgeschiedenen Abgeordneten Lemb nachgerückt ist, und Frau Gisela Sparmberg von der Fraktion der FDP, die laut Landesliste für den ausgeschiedenen Abgeordneten Recknagel nachgerückt ist. Herzlich willkommen hier im Thüringer Landtag und eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall im Hause)

Für die heutige Plenarsitzung hat als Schriftführer Herr Abgeordneter Weber neben mir Platz genommen. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Berninger.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Leukefeld, Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Krauß, Herr Abgeordneter Metz, Herr Minister Reinholz.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Das Universitätsklinikum Jena hat für heute Abend zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung gegen 19.00 Uhr beginnen soll.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für diese Plenarsitzung Frau Stefanie Gerressen von MDR Info erteilt.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mich darüber unterrichtet, dass durch Herrn Heiko Senebald für die Fraktion der CDU und Frau Anja Ulbricht für die Fraktion der FDP von den dafür vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Filmaufnahmen von den Abgeordneten der jeweils eigenen Fraktion gefertigt werden sollen. Gemäß Ältestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Die Parlamentarischen Geschäftsführer wurden vorab informiert.

Nun zur heutigen Tagesordnung:

Zu TOP 1 b wird ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/7369 verteilt.

TOP 3 „Thüringer Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Rettungswesens und des Brand- und Katastrophenschutzes“ und TOP 16 „Europa parlamentarisch stärken - Zwei Jahre Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union“ werden von der Tagesordnung abgesetzt. Die zuständigen Ausschüsse haben noch nicht abschließend beraten.

Die bei der Verteilung der Einladung noch fehlenden Beschlussempfehlungen haben die folgenden Drucksachennummern: zu TOP 2 b Drucksache 5/7307, zu TOP 4 Drucksache 5/7300, zu TOP 5 Drucksache 5/7311, zu TOP 6 Drucksache 5/7312, zu TOP 7 Drucksache 5/7357, zu TOP 8 a Drucksache 5/7353, zu TOP 8 b Drucksache 5/7354, zu TOP 8 c Drucksache 5/7355, zu TOP 13 a Drucksache 5/7298, zu TOP 13 b Drucksache 5/7299, zu TOP 14 Drucksache 5/7306 und zu TOP 15 Drucksache 5/7302.

Zu TOP 2 b wurden ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/7361 und ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/7364 verteilt.

Zu TOP 5 werden ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/7366 und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/7367 verteilt.

Zu TOP 6 werden ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/7362 und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/7368 verteilt.

Zu TOP 8 c wurde eine korrigierte Fassung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der SPD verteilt. Weiterhin wird ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/7363 verteilt.

Die Gesetzentwürfe der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Tagesordnungspunkten 11 a und b haben die Drucksachennummern 5/7327 und 5/7328.

Zu TOP 13 a wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/7321 verteilt.

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE in TOP 21 wurde eine Neufassung verteilt. Weiterhin wurde dazu ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/7224 verteilt. Gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung sind Änderungsanträge zu selbstständigen Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig. Die Fraktion DIE LINKE hat bereits ihre Zustimmung zur Einbringung des Änderungsantrags erteilt. Damit ist der Änderungsantrag zulässig.

(Präsidentin Diezel)

Zu TOP 24 wird ein Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drucksache 5/7365 verteilt.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in TOP 31 hat die Drucksachennummer 5/7305.

Zu TOP 32, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/7277, 5/7280, 5/7281, 5/7284, 5/7285, 5/7297, 5/7301, 5/7304, 5/7317 bis 5/7320, 5/7323 bis 5/7326, 5/7329, 5/7330, 5/7332, 5/7340, 5/7343 bis 5/7346 und 5/7351 hinzu.

Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bodo Ramelow in der Sonderdrucksache 5/1 wird am Donnerstag unmittelbar nach dem Ende der Fragestunde aufgerufen.

(Beifall Abg. Ramelow, DIE LINKE)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ihre Aktuelle Stunde „Artenschutz endet nicht an Thüringer Grenzen - Elefanten-Trophäenjagd und Konsequenzen daraus“ zurückgezogen und gleichzeitig eine neue Aktuelle Stunde „Sternstunde darf nicht zur Sternschnuppe werden - keine Standardabsenkung in unseren Kitas“ beantragt.

Die Landesregierung hatte mitgeteilt, neben den bereits zu den Plenarsitzungen angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 17, 19, 20, 21, 23 und 24 auch zu den Tagesordnungspunkten 29 und 31 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Änderungsanträge? Frau Rothe-Beinlich, bitte schön.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion beantrage ich, den Antrag „Die Zukunft der Hebammen sichern - Haftpflichtproblematik endlich umfassend lösen!“ - Drucksache 5/7359 - auf die Tagesordnung aufzunehmen. Die Dringlichkeit würde meine Kollegin Frau Siegesmund begründen.

Präsidentin Diezel:

Bitte schön, Frau Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der 13. Februar 2014 ist nicht nur für den Bundesverband der Hebammen oder für den Verband der freiberuflichen Hebammen in der Bundesrepublik und auch nicht nur für den Thüringer Hebammenlandesverband ein rabenschwarzer Tag, sondern auch für viele werdende Mütter und Väter.

Seitdem ist bekannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die einzige Versicherung, die noch die Haftpflicht für die Hebammen, die freiberuflich oder als Beleghebammen arbeiten, stellt, ab dem 1. Juli 2015 nicht mehr zur Verfügung steht. Damit droht diesem Berufsstand, denjenigen Frauen, die da seit vielen Jahren arbeiten und die Möglichkeiten für alternative Geburtshilfe anbieten, das Aus. Eine Hebamme berichtete mir kürzlich den Parforceritt, den sie in den vergangenen Jahren erleben musste. Sie hat 1992 angefangen mit einer Haftpflichtversicherung in Höhe von 179 DM, 2004 waren das 1.350 €, 2014 waren es schon 5.000 € Haftpflicht, die eine freiberufliche Hebamme pro Jahr bezahlen sollte. Inzwischen ist das Angebot am Markt der Versicherungen so leergefegt, dass die eine Versicherung, die noch zugestimmt hat, sich in diesem Bereich zu engagieren, sich jetzt auch zurückgezogen hat und es gibt quasi keine Möglichkeit der Absicherung für Hebammen. Damit fehlen Schlüsselfiguren nicht nur im Netzwerk Frühe Hilfen, nämlich die Hebammen, die nun ihre Tätigkeit nicht mehr ausführen können, es fehlen Ansprechpartner für werdende Mütter und Väter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind nicht nur die freiberuflichen Hebammen betroffen, sondern auch Klinikhebammen. Die wenigsten wissen, dass in den neun Belegkrankenhäusern in Thüringen auch Hebammen im Kreißsaal arbeiten. Viele von denen, die freiberuflich tätig sind, fragen sich jetzt, mache ich jetzt meine Praxis gleich zu, welche Leistungen biete ich noch an und wie berate und betreue ich die Mütter und Väter, die auf mich zukommen. Elke Pirrhs, vielen hier bekannt, ist die Vorsitzende des Hebammenlandesverbandes Thüringen, die berichtete uns, dass seit dem 13. Februar das Telefon in ihrer Geschäftsstelle nicht mehr stillsteht und dass sie versucht, denjenigen natürlich Unterstützungsleistung zu geben, auch wenn sie selbst nicht weiß, was sie eigentlich tun kann. Deswegen stehen wir vor der Frage, inwieweit wir diejenigen unterstützen, die jetzt in Not sind. Wir brauchen eine politische Lösung. Die schönen Worte, die es bislang aus Berlin vom Bundesgesundheitsminister Gröhe gibt, beruhigen niemanden. Es geht nicht darum, dass wir darauf warten, was sich eine interministerielle Arbeitsgruppe überlegt, sondern es geht darum, dass aus den Ländern heraus gehandelt wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bayern gab es eine entsprechende Diskussion, in Sachsen-Anhalt und im Übrigen auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern hat es einen gemeinsamen Antrag gegeben, unter dem stehen SPD, Grüne, CDU und die Linke. Gemeinsam gibt es aus dem

(Abg. Siegesmund)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern also die Initiative in diesem Bereich, sich zu überlegen, wie eine zeitnahe Umsetzung der Absicherung eines künftigen Bestands der Haftpflicht gewährt werden kann. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die schlagen wir Ihnen in unserem Antrag vor und hoffen, dass der heute bzw. während dieses Plenums, unser Wunsch ist am Freitag, beraten werden kann. Es gibt die Möglichkeit einer solidarischen Haftpflichtversicherung. Es gibt die Möglichkeit einer Haftungsobergrenze oder eines staatlichen Fonds zu diskutieren. Das sind alles Punkte, die mittels einer Bundesratsinitiative, die auch Thüringen mit unterstützen kann, tatsächlich angewandt werden können. Wir wissen, dass die Problematik der Haftpflichtversicherung keine einfache ist, wir wissen auch, dass es vor allen Dingen eine Bundesregelung betrifft, aber es geht darum, Druck zu machen, diejenigen zu unterstützen, die im Augenblick Hilfe benötigen, Hilfe brauchen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, nicht nur den Antrag bei diesem Plenum zu diskutieren, sondern auch ein deutliches Zeichen zu setzen für die jungen Familien in diesem Land und darüber hinaus natürlich auch für diejenigen, die seit vielen Jahren als Hebammen tätig sind. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit und die Aufnahme in die Tagesordnung. Der Antrag ist nicht in der entsprechenden Frist eingereicht worden, deshalb benötigen wir eine Zweidrittelmehrheit, wenn es Widerspruch gibt, oder die einfache Mehrheit, wenn es keinen Widerspruch gibt.

Ich würde jetzt abstimmen lassen erstens über die Aufnahme in die Tagesordnung und dann über die Platzierung. Wer für die Aufnahme in die Tagesordnung ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion der FDP.

Dann war beantragt, der Antrag ist mindestens am Freitag zu behandeln. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen SPD und CDU. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion der FDP.

Dann ist der Antrag auf der Tagesordnung, aber die Platzierung wurde abgelehnt.

Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Abgeordneter Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich möchte beantragen, den Tagesordnungspunkt 10 „Landesmediengesetz“ am Freitagmorgen als ersten Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Präsidentin Diezel:

Dann würden wir über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen CDU und SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir so verfahren.

Weitere Anträge? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Tagesordnung. Bevor ich aber den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe - ich wollte das gleich am Anfang tun, da war Frau Abgeordnete Hennig noch nicht da -, darf ich Frau Abgeordnete Hennig ganz herzlich begrüßen und ihr nochmals zur Geburt ihres Sohnes gratulieren.

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 33**, Aktuelle Stunde. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für jedes Thema. Die Redezeit der Landesregierung ist grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Hat die Landesregierung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in Anspruch genommen, so verlängert sich die Aussprache für das jeweilige Thema um die über die 10 Minuten hinausgehende Zeit. Die Aufteilung der Verlängerungszeit auf die Fraktionen erfolgt zu gleichen Teilen.

Ich rufe auf den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Rechtsextremer Überfall auf Kirmesfeier in Ballstädt - schnelle Aufklärung und gerichtliche Aburteilung zur Abschreckung notwendig“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7283 -

Als Erstes hat sich Herr Minister Geibert zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wie Sie wissen, läuft derzeit zu den Ereignissen in Ballstädt ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruch, Raub und gefährlicher Körperverletzung. Insofern ist es mir aus

(Minister Geibert)

rechtlichen und tatsächlichen Gründen gegenwärtig nicht möglich, Ihnen ein allumfassendes Gesamtbild zu den Ereignissen zu geben. Ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass die Ermittlungen, die seit dem 9. Februar 2014 laufen, noch nicht abgeschlossen sind.

Bei dem überfallartigen Angriff auf die Kirmesgesellschaft in Ballstädt in der Nacht vom 8. zum 9. Februar wurden insgesamt 10 Teilnehmer der Veranstaltung verletzt. Die Verletzten wurden im Helios Klinikum Gotha versorgt. Zwei Personen wurden dort stationär aufgenommen; eine Person mit einer Schnittverletzung am Ohr und eine Person mit starken Blutungen im Gesicht. Die ambulant versorgten Personen haben unter anderem Kopfplatzwunden sowie Schädelhirntraumata erlitten. Ein Geschädigter trug eine Nasenbeinfraktur und ein weiterer Geschädigter eine Schnittwunde an der Hand davon. Ich hoffe, dass die verletzten Personen sich auf dem Weg der Besserung befinden.

(Beifall im Hause)

Aber solche Taten verletzen die Opfer nicht nur in körperlicher Hinsicht. Umso wichtiger ist ihre Aufklärung. Der Überfall dauerte nur wenige Minuten an. Danach flüchteten die Täter aus dem Saal und entfernten sich in bisher unbekannte Richtungen. Die Polizei hat unmittelbar nach Bekanntwerden des Sachverhalts die geeigneten und erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Die ersten Kräfte der Schutzpolizei trafen ab 2.42 Uhr und somit etwa 10 Minuten nach Kenntniserlangung der Tat mit insgesamt vier Funkstreifenwagen am Ereignisort ein. Der ebenfalls unverzüglich eingesetzte Kriminaldauerdienst der Kriminalpolizeiinspektion Gotha erschien um 3.05 Uhr in Ballstädt. Auch die Rettungskräfte waren zeitnah vor Ort. Die Kriminalpolizeiinspektion Gotha leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung ein und führte mit Unterstützung von Einsatzkräften der Landespolizeiinspektion Gotha sowie des Landeskriminalamtes die ersten Ermittlungen durch. Unter anderem wurden die Tatortgruppe des Thüringer LKA sowie Beamte der BAO Zesar einbezogen. Am 10. Februar 2014 übernahm die BAO Zesar den Gesamtvorgang zur abschließenden Bearbeitung; innerhalb der BAO Zesar wurde die Arbeitsgruppe Ballstädt eingerichtet.

Im Rahmen der ersten Ermittlung am 9. Februar 2014 wurden zunächst zwei Tatverdächtige bekannt. Es handelt sich um einen 31-jährigen Tatverdächtigen, zu dem umfangreiche kriminalpolizeiliche Erkenntnisse wegen mehrfachen Landfriedensbruchs, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verstoßes gegen das Waffengesetz und gefährlicher Körperverletzung vorliegen. Er hat Bezüge zur „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel. Bei der zweiten tatverdächtigen Person handelt es sich um eine 25 Jahre alte

Frau. Sie hat in der Vergangenheit an mehreren Veranstaltungen der Szene, auch hier mit Bezug zur „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel, teilgenommen.

Als ich vor zwei Wochen den Innenausschuss über die Vorfälle unterrichtete, sprach ich noch von vier Beschuldigten. Aber durch die mit Nachdruck geführten Ermittlungen kann ich am heutigen Tag bereits festhalten, dass sich das Ermittlungsverfahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen zwölf nun namentlich bekannt gemachte und aus Thüringen stammende Personen als Beschuldigte und gegen eine noch unbekannt Person richtet. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass sich die sich schnell abzeichnende Tendenz über die Zugehörigkeit der Täter zum rechten Spektrum bestätigt. Nach bislang vorliegenden Erkenntnissen werden sie überwiegend der sogenannten „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel bzw. deren Umfeld zugeschrieben. Einige der Beschuldigten sind bereits als rechtsmotivierte Straftäter kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten und auch als gewalttätig bekannt. Darüber hinaus liegen sowohl allgemeinpolizeiliche als auch staatschutzmäßige Erkenntnisse zu allen Beschuldigten vor.

Wie Sie sicherlich der medialen Berichterstattung entnehmen konnten, führten die Beamten des Landeskriminalamtes unter Beteiligung von Kräften der Bereitschaftspolizei mehrere Durchsuchungsmaßnahmen durch. So wurden sowohl in den Morgen- als auch in den Abendstunden des 15. Februars mehrere Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Erfurt thüringenweit umgesetzt und führten zur Auffindung und Sicherstellung von Beweismaterial. Bei den Durchsuchungen wurden zahlreiche Zufallsfunde beschlagnahmt, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits zur Einleitung weiterer neun Strafverfahren führten. Hierbei handelt es sich um Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, das Arzneimittelgesetz, das Sprengstoff- und das Waffengesetz. Resultierend aus den geführten Durchsuchungs- und Ermittlungshandlungen wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Erfurt fünf Personen vorläufig festgenommen. Am 16. Februar 2014, also dem Folgetag der Durchsuchungsmaßnahmen, wurden vier der vorläufig Festgenommenen auf Verfügung der Staatsanwaltschaft Erfurt wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen einen Beschuldigten wurde vom Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Erfurt Haftbefehl erlassen, welcher umgehend vollstreckt wurde.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wie Sie nun gehört haben, laufen die Ermittlungen mit Hochdruck. Darüber hinaus wurden neben den repressiven Maßnahmen auch zügig Maßnahmen der Prävention veranlasst. So führt eine erhöhte Streifenpräsenz der örtlich zuständigen Polizei zur Beruhigung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

(Minister Geibert)

Daran anknüpfend darf ich Ihnen mitteilen, dass im Rahmen eines Treffens zwischen Vertretern des betroffenen Landkreises und verantwortlichen Beamten der Thüringer Polizei auch der Leiter der Stabsstelle „Polizeiliche Extremismusprävention“ teilnahm. Dieser informierte die anwesenden Gemeindevertreter über die Möglichkeiten der Verhaltensprävention nach dem Überfall, geeignete Verhaltensstrategien und die Bereitschaft zur Unterstützung der Schulsozialarbeit im Umgang mit den Themen Rechtsextremismus und polizeilicher Opferschutz. Denn eines habe ich bereits vor Bekanntwerden des Überfalls in Ballstädt deutlich gemacht: Wir müssen in Thüringen alles daransetzen, von vornherein jede Form extremistischen Handelns zu unterbinden und da, wo es zu Straftaten gekommen ist, diese konsequent zu ahnden.

(Beifall im Hause)

Abschließend möchte ich noch einmal ganz deutlich festhalten, dass die Menschen in unserem Freistaat in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben und leben wollen. Rechtsextremisten, die diese unsere Demokratie meinen, infrage stellen zu können, müssen konsequent in ihre Schranken gewiesen werden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Heiko Gentzel das Wort.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 9. Februar 2014 haben 10 bis 15 vermummte Personen den Saal des Kulturhauses in Ballstädt förmlich gestürmt. Sie schlugen dort auf die Mitglieder der Kirmesgesellschaft erbarmungslos ein. Bei diesem Angriff aus der rechtsextremen Szene Thüringens wurden mindestens 10 Teilnehmer der Veranstaltung verletzt, teilweise schwer.

Die Thüringer SPD verurteilt diese Untat auf das Schärfste. Wir stehen fassungslos vor diesem rechtsextremen Gewaltausbruch. Den Genesungswünschen, durch den Innenminister ausgesprochen, schließen wir uns selbstverständlich an.

(Beifall SPD)

Wir wollen alles dafür tun, dass diese rechtsextreme Gewalttat schnellstmöglich und umfassend aufgeklärt wird und die Täter zeitnah verurteilt werden. Die entsprechenden Gremien des Landtags wurden bisher umfassend und zeitnah informiert. Nach heutiger Kenntnis waren die Kräfte der Schutzpolizei, der KPI Gotha, der LPI Gotha, der LPI Nordhausen, des LKA und der BAO ZESAR schnellstmöglich vor Ort und haben alle erforderlichen Maßnahmen er-

griffen. Die Arbeit und die Zusammenarbeit der Dienste funktionierte und funktioniert. Ich sage das deutlich: Das gilt auch im Zusammenhang mit den heutigen Meldungen des MDR. Ich muss mich an dieser Stelle allerdings fragen und das sollten sich die entsprechenden Journalisten auch fragen, ob diese Berichterstattung während eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens so hilfreich ist.

Meine Damen und Herren, ich will es noch einmal deutlich formulieren: Die SPD-Fraktion erwartet, dass der brutale Überfall schnellstmöglich ausermittelt wird, dass zeitnah die Anklage gegen die Täter erhoben wird und dass Recht gesprochen wird. Es ist uns klar, dass die richterliche Unabhängigkeit auch in einem solchen Fall nicht anzutasten ist. Aber der Rechtsstaat muss in solchen Fällen handlungsfähig sein und konsequent nachweisen, dass er handlungsfähig ist.

(Beifall CDU, SPD)

Aufklärung, meine Damen und Herren, erwarten wir im Weiteren über eventuelle Querverbindungen der Schlägertruppe zur Gruppierung „Objekt 21“ in Österreich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass die Menschen in Ballstädt jetzt nicht so sehr dubiose Politikerrunden brauchen und dass sie auch sicherlich kein gesteigertes Interesse an einer politischen Auseinandersetzung hier im Haus haben. Sie wollen, dass aufgeklärt wird und konsequent Recht gesprochen wird. Darauf haben sie nach dem Erlebten nach unserer Auffassung mehr als nur ein Anrecht.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Fraktion wird in den zuständigen Gremien, also im Innenausschuss, im Justizausschuss und der PKK auch in den nächsten Wochen dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen, bis diese Problematik abgeschlossen ist. Ich bedanke mich.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die FDP-Fraktion hat Abgeordneter Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion bin ich schon ein wenig verwundert. Nicht wegen des Themas, sondern wegen der Art und Weise, wie damit umgegangen wird. Wenn solche Vorkommnisse genutzt werden, um sich zu profilieren, hört mein Verständnis für parteipolitische Spielchen auf, meine Damen und Herren. Die SPD wirft der CDU vor, Wahlkampf mit dem Thema zu betreiben. Gleichzeitig beantragt die SPD aber

(Abg. Bergner)

eine Aktuelle Stunde, um die Deutungshoheit zu gewinnen. Und CDU und SPD fangen genau da wieder an, wo sie im Januar mit der Aktuellen Stunde zum Bau der Stadien aufgehört haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Das passt ja überhaupt nicht hierher.)

Und das, meine Damen und Herren, hat nichts mehr mit Politik zu tun.

(Beifall FDP)

Das ist ein Trauerspiel und teilweise peinlich, was man hier erleben darf

(Unruhe SPD)

bzw. muss, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Wenn Sie glauben, das bekommen die Wähler nicht mit, haben Sie sich mächtig geirrt. Dazu müssen Sie sich nicht nur die Kommentare zu den Presseberichten durchlesen. Was noch viel schlimmer ist, Sie diskreditieren nicht nur die Politik mit Ihren Spielchen, sondern Sie tragen diese auf dem Rücken von Menschen aus, die Opfer eines rechtsextremen Übergriffs geworden sind und das ist nicht nur schäbig, sondern unterstes Niveau.

(Beifall FDP)

Dass unsere Bürger immer mehr Misstrauen in die Politik entwickeln, kann man bei solchen Aktionen nicht einmal mehr verdenken, meine Damen und Herren. Wenn man es mit Hilfe ehrlich meint, dann muss man nicht vorher zuerst auf den medialen Auftritt schießen und Kontakt mit der Zeitung aufnehmen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ist das Ihr Ernst jetzt?)

Natürlich ist die Anteilnahme bei einem solchen Überfall richtig und wichtig, das ist keine Frage, meine Damen und Herren. Aber auch Politiker sollten dies machen können, ohne gleich an den Pranger gestellt werden zu können. Und auch meine Fraktion war durch den Kollegen Koppe vor Ort vertreten, um mit den Bürgern zu reden, aber er war dort, ohne dass wir es mit der Presse begleitet haben. Genau das ist der Punkt. Wenn jeder Schritt dokumentiert und fotografiert wird und in der Zeitung zu lesen ist, dann erzeugt das aus meiner Sicht schon einen faden Beigeschmack.

(Beifall FDP)

Aber konkret nach Ballstädt. Über die Vorkommnisse in Ballstädt bin ich schockiert und ich bin auch der Überzeugung, dass sich alle hier im Hohen Haus hinter der Forderung nach schneller Aufklärung und gerichtlicher Aburteilung versammeln können. Ich bin froh, dass wir im Innenausschuss hören durften, dass die Polizei schnell vor Ort war und

auch gehandelt hat und den Opfern geholfen hat. Natürlich muss jetzt weiter intensiv gearbeitet werden, damit der feige Übergriff auf die Menschen in Ballstädt schnellstmöglich aufgeklärt wird. Wir können nicht wollen, dass unser schöner Freistaat immer wieder von braunen Idioten in den Dreck gezogen wird.

(Beifall FDP)

Wir Thüringer werden uns nicht in ein fremdenfeindliches und rechtsextremes Licht ziehen lassen, meine Damen und Herren. Thüringen ist ein modernes und weltoffenes Land und das dürfen und werden wir uns auch weiterhin nicht kaputt machen lassen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass diejenigen, deren Aufgabe es ist, nämlich Staatsanwaltschaft und Polizei und nicht irgendwelche profilierungssüchtigen Politiker, den Sachverhalt nun rasch aufklären und die Straftaten mit Nachdruck verfolgen.

(Beifall FDP)

Dass dabei, meine Damen und Herren, die Meldungen zur Arbeit des Verfassungsschutzes erneut nur beschämen können, sei mit Blick auf die Uhr nur am Rande erwähnt. Wir reden ohnehin noch in diesem Plenum über den Verfassungsschutz.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das ist unvorstellbar.)

Aber ich will nicht verhehlen, Herr Minister, von Ihnen hätte ich schon eine Aussage dazu erwartet. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, unser Anspruch muss es sein, dass solche Vorkommnisse in Thüringen nicht mehr geschehen. Deswegen müssen wir wachsam sein in der Gesellschaft, in der Politik, in der Justiz, um extremistische Bestrebungen zu unterbinden. Deswegen bedarf es selbstverständlich im Konkreten der Solidarität mit den Betroffenen durch alle. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Jörg Kellner das Wort.

Abgeordneter Kellner:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der heutige Tag ist auch für uns in Thüringen kein einfacher Tag nach den Vorkommnissen am 09.02. in Ballstädt, wo in einer friedlichen Feier, nachdem die Kirmesgesellschaft intern in einer geschlossenen Veranstaltung noch mal Revue passieren ließ, was im Vorfeld bei der Kirmesfeier stattgefunden hatte, ein gemütliches Beisammensein, die Bürgermeisterin war zugegen, und dann mitten in der Nacht, nach Mitternacht am 09.02. diese schreckli-

(Abg. Kellner)

che Tat von verummten, gewaltbereiten rechtsradikalen Schlägern stattgefunden hat. Ich war zutiefst erschüttert und entsetzt, auch wenn das unter Umständen von dem einen oder anderen nicht so verstanden wurde, weil man meinte, das ist mehr oder weniger schon öfters vorgekommen. An der Stelle muss ich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat das eine völlig neue Qualität erhalten, weil diese Personen, der Personenkreis, diese Kirmesburschen und auch die -mädchen keinerlei Verbindung hatten in irgendeiner Art und Weise, die den Rechtsradikalismus herausgefordert hätte, sondern es war eine friedliche Veranstaltung, man hat gefeiert und dann kommt eine Schlägertruppe ohne erkennbaren Grund, der eine war vorgeschoben, was aber mit den Feiernden in keinster Weise etwas zu tun hatte. Das ist eine neue Qualität, die Art und Weise der Organisation, des Vorgehens, dieses Zuschlagen und Wieder-Verschwinden. Das hat mich in der Tat erschreckt, das erinnert mich schon ein Stück weit an die 20er-Jahre, als die SA Gaststätten gestürmt hat. Da war ich zutiefst erschüttert und ich habe das auch mitgeteilt.

Und wenn der Kollege Bergner meint, das ist Wahlkampf, dann muss ich sagen, wenn wir an der Stelle als Politiker nicht Flagge zeigen, deutlich Flagge zeigen auch über Ballstädt hinaus, dann machen wir etwas verkehrt.

(Beifall CDU, SPD)

Wir sollten alle zeigen, dass wir das nicht tolerieren und das sollten wir auch zeigen, indem wir vor Ort sind. Wir sollten auch den Ballstädtern damit zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen, und wir sollten den Ballstädtern alle Möglichkeiten geben, damit umzugehen, aber vor allem Hilfe zu leisten. Der Innenminister hat das in seiner Rede mehrfach gesagt bzw. auch geschildert, wie die Einsatzkräfte unmittelbar vor Ort waren, wie schnell das ging. Aber der besondere Dank an der Stelle richtet sich an die Freiwillige Feuerwehr von Ballstädt, die als Erste am Einsatzort war, die sofort geholfen haben,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nachdem ein junger Mann geistesgegenwärtig die Sirene gedrückt hat. Ich denke, das zeigt auch bürgerliches Engagement, indem man gleich öffentlich macht, wenn eine Gewalttat verübt wurde. Ich bedanke mich an der Stelle auch außerordentlich bei dem Bürgerbündnis, das von Anfang an, vom ersten Tag an, als dieses gelbe Haus von den Braunen besetzt wurde bzw. erworben wurde, Flagge gezeigt haben. Es gab schon Demonstrationen. Ich war auch zugegen, aber auch viele Kollegen hier aus dem Parlament waren zugegen, die damit demonstriert haben, Herr Bergner, dass sie das nicht tolerieren.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Herr Koppe war auch dort.)

Ich denke, das ist auch unsere Aufgabe, dass das öffentlich wird, dass wir an der Seite der Menschen in Ballstädt stehen. Das waren die Aktionen des Bürgerbündnisses. Ich muss sagen, das kann man nicht hoch genug anrechnen, dass man dieses Engagement bis heute fortgetragen hat. Die Mahnwache war ein Beispiel dafür, die eine Woche danach stattgefunden hat in Ballstädt, das Friedensgebet, was am Wochenende, am Sonntag durchgeführt wurde, wo viele Ballstädter, aber auch Bürgerinnen und Bürger aus der Region anwesend waren und damit gezeigt haben, dass sie diese braune Herrschaft nicht tolerieren und alles dagegen tun, dies zu verhindern. Ich denke, diese Zeichen sind große Zeichen, vor allem, wenn man weiß, was das für die Akteure vor Ort bedeutet, nämlich das Bürgerbündnis, das Angst hat, dass es zur Zielscheibe von Rechtsradikalen und Gewalttätern wird - das ist meiner Ansicht nach nicht hoch genug einzuschätzen.

Meinen Dank an der Stelle noch mal an das Bürgerbündnis, an die Feuerwehr, aber auch an die Gemeinderäte, an die Bürgermeisterin, die auch von Anfang an alles dafür getan haben, diese Leute aus dem Dorf zu bekommen bzw. Flagge zu zeigen, dass wir diese Leute nicht haben wollen und nicht gebrauchen können. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Abgeordneter Dirk Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, rechte Gesinnung ist keine Meinung, sondern eine gewaltvolle Ideologie, rechte Gewalt ist keine Eintagsfliege, sondern eine reale Gefahr. Deshalb finde ich es gut, da möchte ich mich fast allen Kollegen, die hier gesprochen haben, anschließen, dass wir heute hier im Thüringer Landtag die Solidarität mit den Opfern in Ballstädt ausdrücken, aber auch ganz deutlich sagen, Solidarität mit allen Opfern rechter Gewalt und zwar überall, mit allen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen nehmen das gern zum Anlass, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es in den letzten Jahren viel zu viele Opfer rechter Gewalt gab, die nicht erkannt wurden. Deshalb wollen wir, dass offene Fälle, und zwar nicht nur die von Tötungsdelikten, sondern auch weitergefasst Sprengstoffdelikte,

(Abg. Adams)

waffenrechtliche Delikte, die offen sind, darauf überprüft werden, ob sie einen rechten Hintergrund haben oder die Anzeichen, Indikatoren haben, dass es sich hier um rechte Gewalt handeln könnte, dass diese Fälle noch einmal überprüft werden. Ein Antrag dazu geht Ihnen zurzeit gerade zu. Es ist gut, dass die SPD die Aktuelle Stunde hier beantragt hat, weil es uns nämlich die Möglichkeit gibt, diesen Opfern rechter Gewalt hier eine Öffentlichkeit zu geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel zu oft, das habe ich gesagt, hatten sie das nicht. Deshalb hoffe ich auch, dass aus Sicht der Justiz ein Weg gefunden wird, dass mit großer Klarheit und Deutlichkeit der Teil Ideologie, der in dieser Tat in Ballstädt, aber auch in allen bisherigen Taten steckt, entsprechend gewürdigt und mit harter Klarheit sanktioniert wird. Vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Frau Abgeordnete Katharina König.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne, aber auch liebe Gäste am Live-Stream, als Allererstes möchte ich den Betroffenen in Ballstädt und auch denjenigen, die in Ballstädt leben, den Übergriff miterlebt haben, die Solidarität und auch die Unterstützung meiner Fraktion versichern. Wir werden wie in den letzten Wochen bei allem, wo wir sie unterstützen können, vor Ort sein und sie unterstützen. Das ist ausdrücklich kein Wahlkampf, sondern ist das, was wir zumindest in den letzten Jahren und meines Wissens auch Abgeordnete der Grünen und der SPD immer gemacht haben, wenn es Übergriffe durch Neonazis gegeben hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Zweites: Auch wenn die polizeilichen Maßnahmen zum Teil zumindest für Irritationen bei den Ballstädtern und bei den Betroffenen gesorgt haben, so sind doch die in der Konsequenz erfolgten Ermittlungsergebnisse eindeutig anerkennenswert. Und das möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion sagen: Anerkennung für die BAO ZESAR, Anerkennung auch für die beteiligten Polizeibeamten, denen es gelungen ist, 11 Durchsuchungen, 13 Tatverdächtige, in der Konsequenz fünf Festnahmen, von denen immerhin eine zu einem Haftbefehl führte, so auszuermitteln, dass es zu Konsequenzen geführt hat, die hoffentlich

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in der Neonaziszene auch auf entsprechende Reaktionen in der Form stoßen, dass sie sich zukünftig bewusst sind, dass solche Taten eben Konsequenzen haben. Das ist hier in Bezug auf Ballstädt der Neonaziszene ausdrücklich und, ich glaube, eindrücklich vermittelt worden.

Herr Kellner, Neonazis benötigen keinen Anlass, um zuzuschlagen.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Das habe ich nicht bestritten.)

Sie benötigen nicht, sage ich, Aktivitäten gegen rechts, damit sie sich verbal oder, wie in Ballstädt geschehen, auch nonverbal so äußern, dass am Ende Verletzte vor Ort sind und dass es Schwerverletzte sind, die zum Teil im Krankenhaus lagen, sehr lange. Neonazis benötigen das nicht, die Gewalt - das hat Herr Adams schon dargestellt - ist Teil ihrer Ideologie. Von daher möchte ich zurückweisen, dass es eine neue Qualität ist. Es gab in den letzten Jahren sehr viele solcher Übergriffe, es gab sehr viele solcher Übergriffe durch größere Gruppen von Neonazis in Jena, in Suhl, erst kürzlich in Gotha und erst kürzlich im Dezember - oder November war es meiner Erinnerung nach - in Weimar. Es ist nicht das erste Mal gewesen, das soll es nicht besser machen, aber ich möchte doch hoffen und ich wünsche mir, dass diese Sensibilität grundsätzlich innerhalb des Landtags vorhanden ist, sobald Neonazis irgendwo zuschlagen und Verletzte hinterlassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zumindest in Teilen schon auf die Verbindungen der Neonaziszene, die diesen Übergriff durchgeführt hat, hingewiesen worden. Herr Gentzel hat eingefordert, die Verbindungen zu „Objekt 21“ und den ehemaligen Bewohnern „Hausgemeinschaft Jonastal“, die abgekürzt nicht ohne Grund HJ heißt, und den jetzigen Bewohnern bzw. des Umfeldes von Ballstädt darzustellen. Das würde ich mir auch wünschen. Ich vermute allerdings, dass aufgrund der Ermittlungen, die in Österreich geführt werden und dort durch den Österreichischen Verfassungsschutz, hier in Thüringen sehr wenige Möglichkeiten bestehen, Informationen dazu zu erlangen. Nichtsdestotrotz liegen bereits jetzt Informationen vor, nicht aus dem Verfassungsschutz - Herr Geibert nickt wissend, wie sollte es auch anders sein -, sondern aus den Kreisen, die sich schon lange mit der Neonaziszene beschäftigen. Das Foto dürften viele, wenn nicht sogar alle von Ihnen kennen. Das ist das Foto des sogenannten NSU reloaded, auf dem mehrere Bewohner aus Ballstädt - damals noch Crawinkel - mit Anscheinswaffen posen und unter anderem mit dem Kommentar „NSU reloaded“

(Abg. König)

ded“ das ganze Foto online gestellt haben. Mehr als 40 Personen hat es gefallen. Die Personen, die auf diesem Foto zu sehen sind, sind zum Teil diejenigen, die den Übergriff in Ballstädt begangen haben - Thomas Wagner, aber auch Rokko B., genauso gehören mit dazu Toni S., der zumindest meines Wissens zeitweise mit zugeführt wurde, sich jetzt allerdings wieder auf freiem Fuß befindet. Wenn man sich die weiteren Personen ansieht, dann sind es exakt die, die die Verbindungen zu „Objekt 21“ in Österreich und damit zu einer terroristischen, neonazistischen Vereinigung haben.

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass wir alle hier im Landtag erkennen - und nicht nur dann, wenn es einen Übergriff durch Neonazis gegeben hat -, dass wir unabhängig von Übergriffen durch Neonazis jeden Tag gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und Neonazismus vorgehen müssen. Ich wünsche mir das von allen Fraktionen. Ich hoffe zumindest, dass es von den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und nach der heutigen Rede von Herrn Kellner hoffe ich auch CDU da ein gemeinsames Vorgehen gibt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist genau das, was wir mit Wahlkampf meinen.)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es Wortmeldungen? Einzelne Fraktionen haben noch Redezeit. Nein, das sehe ich nicht. Dann schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Spitzensport braucht ein Fundament - Sportstätten in Thüringen gerecht und transparent fördern“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7339 -

Als Erster hat Abgeordneter Jörg Kellner von der Fraktion der CDU das Wort. Will er nicht? Wer möchte von der CDU sprechen? Herr Grob, und der ist nicht da. Doch, da ist er. Bitte schön. Dann gab es hier eine Verwirrung.

Abgeordneter Grob, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe geglaubt, ich bin gar nicht zu übersehen, aber scheinbar doch.

Präsidentin Diezel:

Sie standen nicht auf dem Zettel.

Abgeordneter Grob, CDU:

Wenige Tage nach dem Ende der Olympischen Winterspiele in Sotschi ist das Thema, mit dem wir uns heute befassen, ganz besonders aktuell. In dieser Woche haben wir in Oberhof Thüringer Athleten empfangen, die - einige besonders erfolgreich - an den Spielen teilgenommen haben. Freilich, eine olympische Medaille zu erringen, ist nur den wenigsten Sportlern vergönnt, dennoch geht es uns bei der Aktuellen Stunde darum, den Finger zu erheben und auf bestehende oder eventuelle Missstände in der Thüringer Sportpolitik aufmerksam zu machen. Denn Thüringen läuft Gefahr, seine gewachsene Basis als Heimat von Breiten- und insbesondere Spitzensportlern zu verlieren. Ich frage mich, worin die Ursachen für Thüringens nachlassenden Erfolg im Spitzensport zu suchen sind. Liegt es an einem fehlerhaften Management des Sozial- oder Sportministeriums? Wurde es versäumt, die richtigen Schwerpunkte in der Sportpolitik zu setzen? Während Millionen in das Aushängeschild des Thüringer Wintersports Oberhof gesteckt und doch nicht zweckmäßig dort investiert wurden, bleiben Anlagen für den Breitensport auf der Strecke. Nun wird man einwenden können, für Oberhof sei der eigens eingesetzte Oberhofbeauftragte des Wirtschaftsministeriums zuständig, das mag sein oder auch nicht. Doch es ist ein unerklärliches Versagen sowohl der Verantwortlichen im Wirtschafts- als auch im Sozialministerium, dass hier Fördergelder in Millionenhöhe geblockt und nicht verwendet wurden.

(Zwischenruf Staschewski, Staatssekretär:
Eine solche Unverschämtheit habe ich noch nie gehört!)

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Diezel:

Herr Staatssekretär, ich bitte Sie um Mäßigung.

Abgeordneter Grob, CDU:

Wenn 1,8 Mio. an das Finanzministerium zurückzugeben sind, sollte man sich schon fragen, wie es dazu kommen konnte, und wie es hätte vermieden werden können. Nur so soll per Antrag des Finanzministeriums die Rückübertragung der 1,8 Mio. erreicht werden; dass es dazu kommen musste, ist schlichtweg überflüssig. Die Aufgabe des für Sport zuständigen Ministeriums wäre es gewesen, die Baufortschritte in Oberhof kontinuierlich zu überwachen und kritisch zu hinterfragen. Bereits im Frühsommer 2012, als der Sozialausschuss die Anlagen in Oberhof besuchte, zeigte sich uns, dass es schwierig werden würde, den vorgegebenen Zeit-

(Abg. Grob)

plan einzuhalten und die Mittel komplett und zweckgebunden einzusetzen. Bereits hier hätte das Sozialministerium reagieren und darüber nachdenken müssen, entsprechend die Fördermittel auch anderen Thüringer Kommunen zur Verfügung zu stellen, so eine Art Notfallvariante.

Liebe Frau Ministerin, Sie werden sicher auch in Ihrem Wahlkreis nach Möglichkeiten der Antragstellung für den Bau und die Erhaltung von Sportstätten befragt. Wie werden Sie darauf reagieren? Wir haben das alle selber, wir wissen, wie die Vereine und Kommunen Vorarbeit leisten müssen, angefangen von Eigentumsnachweisen, Sportstättenleitplanung und vor allem die Eigenmittel einzuplanen. Wenn dann diese Anträge geschehen, und Sie müssen ihnen sagen, dass diese Anträge leider Luftnummern sind, dann möchte ich wirklich wissen, ob sich die Verantwortlichen dort, die Vereine, nicht veräppelt vorkommen.

(Zwischenruf Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit: Das haben aber Sie gesagt, Herr Grob.)

Doch zurück zum Kernthema meiner Rede. Ausschließlich den Leistungssport zu fördern, ist keine Lösung. Ohne Frage ist es wichtig, mit Oberhof ein bundesweit anerkanntes Leistungszentrum in Thüringen zu haben und aufrechtzuerhalten, in dem bestehende und hoffentlich auch künftige Olympiasieger trainieren können. Doch die Basis für den Spitzensport wird im Breitensport gelegt und in den zahlreichen Sportvereinen Thüringens, in kommunalen Schwimmbädern oder Freibädern, Sportplätzen, aber auch auf den Loipen der Thüringer Rhön bei Dermbach oder auf den Sprungschanzen in Ruhla. Nur wenn man auch im Kleinen angemessen und gerecht fördert, kann es gelingen, Thüringen als Standort des Spitzensports und Leistungssports zu erhalten. Der Breitensport ist zweifelsohne die Basis, aus der sich künftig Spitzensportler rekrutieren. Die Förderung des Leistungszentrums muss effizient sein und darf nicht undurchsichtig wie in Oberhof werden. Es kommt nicht von ungefähr, dass in den letzten Jahren immer mehr Spitzensportler den Freistaat verlassen haben, um in Anlagen in Bayern oder Baden-Württemberg zu trainieren. Warum wohl gab es in Sotschi weitaus weniger Thüringer Erfolge als noch vor vier Jahren in Vancouver?

(Heiterkeit SPD)

Wenn wir hier nicht aufpassen, verlieren wir über kurz oder lang unseren hervorragenden Ruf als Sportland,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die haben zu wenig Doping genommen.)

weil schwerfällig, inkonsequent und leider auch planlos bei der Sportförderung gehandelt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so weit darf es nicht kommen, deshalb ist ein schnelles Umdenken bei der Sportförderpolitik gefragt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die haben Herrn Grob getroffen, dann war es vorbei.)

Und hier bin ich schon beim nächsten Kritikpunkt. Selbst wenn das Sozialministerium, wie es angibt, erst Ende 2013 vom Stillstand in Oberhof erfuhr, wäre dann nicht noch genügend Zeit gewesen, den beachtlichen Betrag von 1,8 Mio. abzurufen und somit und damit Projekte in anderen Thüringer Kommunen zu realisieren? Wie ich schon sagte: Notfallplanung. Zahlreichen Kommunen, die im vergangenen Jahr Zuschüsse für Sportstätten beantragt hatten, könnte somit geholfen werden. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als feststand, dass Oberhof Mittel nicht vollkommen einsetzen können, hätte das Sozialministerium die Antragsteller über frei werdende Mittel informieren müssen; stattdessen hat man bis zum letzten Moment gewartet, um dann einige ausgewählte Sportverbände gezielt zu unterstützen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Grob, CDU:

Das ist ein falsches Signal an die Kommunen, die zunächst wegen Oberhof zurückstehen mussten und in der letzten Zeit auch wieder leer ausgingen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Schluss!)

Abgeordneter Grob, CDU:

Ja, gut, dann will ich noch mal betonen,

Präsidentin Diezel:

Nein, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordneter Grob, CDU:

eine gesunde Basis im Breitensport ist und bleibt ein wichtiges Fundament

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Abschalten.)

des Spitzensportes und ich hoffe, dass wir zu den nächsten Olympischen Spielen auch wieder mit Erfolg da sein können.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Grob, CDU:

Ich sehe es gerade an der roten Farbe, dass es zu Ende ist. Es tut mir leid, aber ...

(Beifall CDU)

(Heiterkeit im Hause)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, danke schön.

Abgeordneter Grob, CDU:

Ich hoffe wenigstens, das angerissen zu haben, was nicht geschehen ist.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, danke schön. Wir fahren in der Aussprache fort und das Wort hat Abgeordneter Knut Korschewsky von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich es im Frühjahr 2014 erleben darf, schon die erste Oppositionsrede der CDU zu hören, das finde ich schon mal beachtlich.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte es auch nicht versäumen, wenigstens, wenn es um Oberhof geht, den Bürgermeister der Stadt Oberhof, Herrn Schulz, zu begrüßen und auch den Landrat des Landkreises Schmalkalden-Meinungen. Herzlich willkommen hier!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war einmal, es war einmal eine selbst ernannte Thüringen-Partei mit Namen CDU. Bis zum Jahre 2009, 20 Jahre lang, hatte diese Partei alle Möglichkeiten, etwas zu tun, auch etwas zu tun für Tourismus und Sport. Dann kam das Jahr 2009 und es gab immer noch das kleine gallische Dorf, die kleine gallische Stadt - der Bürgermeister mag es mir verzeihen - Oberhof, welches durch die CDU 20 Jahre lang im Nebel gelassen wurde und durch die CDU 20 Jahre lang nicht erkannt wurde, welche Potenziale in dieser Stadt gesteckt haben.

(Zwischenruf Abg. Moring, CDU: Solcher Spott. Was erlaubst du dir eigentlich?! Setz dich hin!)

(Unruhe CDU)

Dass der Nebel endlich gelüftet wurde, ist doch durchaus einem, jetzt sage ich mal, Ritter ohne Furcht und Tadel, einem Wirtschaftsminister Machnig zu verdanken, der manchmal sicherlich etwas nach vorn geprescht ist, aber an dieser Stelle doch die Potenziale von Oberhof und der Region erkannt hat

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und an dieser Stelle gemeinsam - muss ich wieder sagen - ein Programm in der Regierung aufgelegt hat, nämlich ein Programm, dass Oberhof entwickelt werden soll als Tourismus- und Sportstandort.

Was ist nun passiert? In den letzten Jahren glaube ich, dass vieles passiert ist, und hier will ich auch sagen, dass auf den Widerstand möglicherweise der CDU hin trotzdem vieles passiert ist und dass, wenn es nicht möglicherweise einen extra eingesetzten Oberhofbeauftragten gegeben hätte, Kollege Grob, nämlich vieles gar nicht passiert wäre, was passiert ist. Deshalb an der Stelle ein Dankeschön dafür, für die dort geleistete Arbeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind immerhin 30 bis 35 Mio. € mittlerweile, die dort investiert werden sollen und die dazu führen, dass Oberhof auch in der internationalen Sportfamilie wieder ein anerkanntes Gebiet werden wird, in dem unter anderem die Wettbewerbe im Biathlon oder auch im Rennschlittensport bei den Weltcups weiter durchgeführt werden.

Und was ist jetzt passiert? Jetzt ist das passiert, was in den vergangenen Jahren seit 2010 schon manchmal passiert ist, seit es das Tourismuskonzept, das Oberhofkonzept gibt, dass geplante Maßnahmen, auch bauliche Maßnahmen nicht hundertprozentig zu einem Zeitpunkt X zu Ende gebracht werden konnten. In den vergangenen Jahren war es so, dass ohne große Dinge durch den Finanzminister diese Mittel auf das nächste Jahr übertragen wurden, weil es geplante Mittel waren und dann im nächsten Jahr dafür ausgegeben wurden. Das passiert in diesem Jahr nicht. Warum passiert das in diesem Jahr nicht? Weil dieses Jahr das Jahr des Wahlkampfes ist, und da sage ich, der zweite Ritter in dieser Runde, der Ritter von der traurigen Gestalt, nämlich der Ritter Finanzminister, sagt Nein, diese Mittel werden nicht ausgegeben. Es wäre ein Leichtes zu sagen, dass diese Mittel auf das Jahr 2014 übertragen werden, weil die Maßnahme „Schanze Oberhof“ im Jahr 2014 nach meinem Wissensstand Mitte des Jahres fertiggestellt wird und die Mittel gebraucht werden, und damit, Kollege Grob - noch ist er, glaube ich, dieser Finanzminister, Mitglied Ihrer Partei -, automatisch und sofort 1,8 Mio. € weiter zur Verfügung stehen würden, um

(Abg. Korschewsky)

mit den Kommunen im Jahr 2014 Projekte des Breitensportes realisieren zu können, die jetzt nicht realisiert werden können,

(Beifall DIE LINKE)

weil die 1,8 Mio. € nämlich dafür im Jahr 2014 eingesetzt werden müssen, weil der Minister diese 1,8 Mio. € schlicht und ergreifend einfach in das Loch versinken lässt. Und das ist der eigentliche Skandal! Der eigentliche Skandal ist, dass die Möglichkeiten da wären, sowohl den Leistungssport weiter zu fördern und den Leistungssport nach vorne zu bringen, was dringend notwendig ist, wenn wir als Sportland Thüringen weiter Erfolg haben wollen, aber gleichzeitig auch den Breitensport und damit die Möglichkeiten für Kinder- und Jugendsport nach vorne zu bringen, um die entsprechenden Talente fördern zu können. Und das wird an dieser Stelle nicht gemacht, meine lieben Damen und Herren. Hier sollten wir doch etwas gemeinsam tun.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Ich finde es verwerflich, dass diese 1,8 Mio. € nicht in den Sport fließen können und ich bitte darum, gemeinsam etwas zu tun, dass es hier noch Veränderungen gibt. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, als Nächster spricht für die Fraktion der SPD Abgeordneter Rolf Baumann.

Abgeordneter Baumann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren auch auf der Besuchertribüne, Herr Landrat Peter Heimrich und Bürgermeister Schulz aus Oberhof! Das Motto „Spitzensport braucht ein Fundament - Sportstätten in Thüringen gerecht und transparent fördern“, da kann ich nur sagen, genau das macht dieses Sportministerium seit 2009. Danke für diesen Titel erst einmal.

(Beifall SPD)

Dann muss ich gleich etwas sagen: Lieber Manfred Grob, was du hier abgelassen hast, das ist wirklich unter der Gürtellinie, das diskreditiert die Sportler

(Beifall SPD)

von Oberhof, die sich bei Olympia alle angestrengt haben und ich hätte empfohlen, gestern mal dabei gewesen zu sein bei dieser Veranstaltung, als die-

se Worte hier von der Bütt zu lassen. Also das ist ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Er war doch eingeladen.)

Er hätte doch hingehen können. Ich bin auch hingegangen. Ja, ich bin auch hingegangen. Er hätte hingehen können. Da waren 2.000 Menschen. Da hätte er genauso dabei sein können und die Stimmung

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich war auch nicht eingeladen und bin hingegangen.)

miterleben können. Was diese Sportler auch im Vorfeld von Olympia geleistet haben, da gilt es heute trotzdem Danke zu sagen. Das gehört an dieser Stelle dazu.

(Beifall SPD)

Zu diesen 1,8 Mio. € wollte ich eigentlich das Ganze erläutern. Dankenswerterweise hat das Knut Korschewsky schon gemacht und das genau richtig dargestellt und es kommt noch hinzu, dass es einen verspäteten Baubeginn in 2013 gab - man höre und staune, in Oberhof gab es Schnee im vergangenen Winter und deswegen gab es einen verspäteten Baubeginn und Verzögerungen und auch das mit dem Baugrund, all das wurde schon gesagt. Wenn Sie von der CDU die Wetterpropheten sind, melden Sie sich beim Bürgermeister, der ist dankbar für das nächste Jahr. Vielleicht kann er dann besser planen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Da, wo man Schanzen hinbaut, weiß man, dass Schnee kommt.)

Ja, ihr könnt dann noch reden.

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schanzenneubau in Oberhof war nötig und notwendig - und das wissen, glaube ich, alle hier - für den Olympiastützpunkt.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Selbstverständlich. Vollkommen richtig.)

Was die Zeitverzögerung betrifft, dort kann man dem Sportministerium sicherlich keinen Vorwurf machen, da bereits im Juli/August diese Zeitverzögerung bekannt war und das Architektenbüro, welches ein renommiertes Büro ist, welches auch die Schanze in Oberstdorf gebaut hat, gesagt hat, es wird bis zum Herbst fertig. Dann gab es nicht vorhersehbare Probleme im Baugrund, im Oktober hat man festgestellt, es funktioniert nicht und hat das dann am 7. November auch dem Ministerium mitgeteilt. Dieses Geld, diese 1,8 Mio. €, wenn wir die im vergangenen Jahr ausgegeben hätten, dann hätten wir sie dieses Jahr nicht für die Schanze gehabt und dann hätten wir dort eine Bauruine gehabt. Vielleicht wäre Ihnen das lieber gewesen.

(Abg. Baumann)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Nein, ist es nicht. Sie haben bauen wollen.)

Und genau aus dem Grund verstehe ich Ihre Aufregung überhaupt nicht, weil es gerade Ihre Ministerien waren, die bei den anderen Baumaßnahmen für Verzögerungen gesorgt haben. Ich erinnere nur an die Baumfällarbeiten, die kurz vor dem Spatenstich genehmigt wurden oder dass man nach einem Jahr gemerkt hat, dass man das Trinkwasserschutzgebiet erweitern muss. All das sind Verzögerungen, davon haben Sie nicht geredet, mit denen die Leute vor Ort fertig werden mussten. Und das sollten Sie dann dankenswerterweise von Ihnen noch mit einem ehrenamtlichen Bürgermeister machen.

(Unruhe CDU)

Diese 33 Mio. € in Oberhof umzusetzen - da bin ich dieser Landesregierung dankbar, hauptsächlich dem Wirtschafts- und Sportministerium, dass dies gelungen ist, Oberhof zukunftsfähig, international zukunftsfähig zu machen. Da brauchen wir solche Debatten, die Sie heute hier geführt haben, nicht. Die fördern uns nicht und die fördern uns auch nicht, wenn es um die WM-Qualifikation in 2012 für den Biathlon für Oberhof geht, wenn wir uns einfach nur selbst schlechtreden.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei den Oberhofern bedanken, die das alles umsetzen und ich möchte Ihnen ein Wort Ihrer Ministerpräsidentin mit auf den Weg geben: Wir sollten innovativ weiterdenken, hat sie vor 14 Tagen gesagt. Denken Sie mal in der eigenen Fraktion über diese Worte nach. Ich möchte mich im Voraus beim Finanzminister bedanken, dass er die 1,8 Mio. € in das Jahr 2014 überträgt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion der FDP hat Abgeordneter Uwe Barth das Wort.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich habe hier die Liste der Anmeldungen zum Sportstättenbau und Sportstättenentwicklungsplanungen für das Jahr 2014. Darin sind rund 80 Vorhaben aufgelistet. Das geht von der Sanierung des Rasens am Sportplatz in Löbichau, für die 2.600 € beantragt sind, bis zur Sanierung eines Funktionsgebäudes an einem Sportplatz in Suhl, wo es um rund 150.000 € geht. Die Liste sah im letzten Jahr fast genauso aus und die wird wahrscheinlich auch im nächsten Jahr so ähnlich aussehen, weil das Geld naturgemäß nie für alle reicht und die Kommunen ihre Vorhaben, ihre Anträge in den Folgejahren dann wieder stellen.

Das liegt in der Natur der Sache, dass das Geld nicht für alle Wünsche reicht. Das ist nicht ungewöhnlich und auch keine Spezialität der Sportstättenförderung.

Ärgerlich wird es aber dann, wenn jemand, der Geld bekommen hat, durch Managementfehler, vielleicht durch überraschend nötige Gutachten, vielleicht auch durch Nachlässigkeiten, sein Geld nicht abrufen kann und das auch noch verschwiegen wird und damit den anderen, nämlich den restlichen Antragstellern von dieser Liste auch noch die Möglichkeit genommen wird, das Geld für ihre Projekte nutzen zu können.

(Beifall FDP)

Dann wird es mindestens ärgerlich. Ungefähr so ist es nun geschehen, bei der geplanten Sanierung der Schanze in Oberhof, die notwendig ist, die Schanze. Das ist überhaupt keine Frage. Das habe ich auch bei Kollegen Grob nicht verstanden, dass er das infrage gestellt hat. Aber wenn die Abläufe so gewesen sind, und das, was Kollege Baumann eben vorgetragen hat, wenn man schon im Juli/August gewusst hat, dass es mit dem Ablauf nicht so klappen wird, dass das Gutachten das ganze Vorhaben verzögern wird, dann wird mit dem Ablauf genau der unter Sportlern selbstverständliche Gedanke der Kameradschaft ein Stück weit verletzt.

(Beifall CDU, FDP)

Das Ganze wird noch schlimmer dadurch, dass Landesmittel von einem Jahr ins andere nicht so einfach übertragbar sind. Und weil nun Oberhof, ich sage mal salopp, ein bisschen wie ein Heiligtum in Thüringen ist, ist auch durchaus zu erwarten, dass das Geld natürlich im nächsten Jahr wieder eingestellt wird, was dazu führen wird, dass die Liste dann wirklich genauso aussieht, weil das Geld den anderen Antragstellern im Ergebnis nämlich zweimal fehlt.

(Beifall FDP)

Und das müssen nun die verantwortliche Ministerin und vor allem auch der große Sonderbeauftragte für Oberhof der Landesregierung den anderen, den leer ausgegangenen Antragstellern in der Tat erklären.

(Beifall CDU, FDP)

Bei allem Verständnis, meine Damen und Herren, für Fehler, die passieren können, auch für neue Situationen, die eintreten können, muss man Sie, Frau Ministerin, und Sie, Herr Staschewski, wirklich mal fragen, was machen Sie eigentlich? Wie kümmert sich die zuständige Ministerin um den Mittelabfluss im Sportbereich und was koordinieren Sie außer Ihrer Frisur eigentlich in Oberhof?

(Beifall CDU, FDP)

(Abg. Barth)

Das ist wirklich mal die Frage, meine Damen und Herren.

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage wirklich, ich mag die Weltcup-Wochenenden in Oberhof auch sehr gerne und ich will auch, dass der Standort Oberhof als Zentrum des Leistungssports in Thüringen erhalten bleibt. Aber Thüringen-Sport ist nicht alleine Oberhof. Sport getrieben wird in Thüringen auch woanders, meine Damen und Herren. Und nicht alles ist damit erklärt und begründet, dass man zweimal im Jahr das Stadion voll und schöne Fernsehübertragungen hat. Der Breitensport in Thüringen findet an den restlichen 50 Wochenenden ausweislich dieser Liste auch im restlichen Land statt.

(Beifall CDU, FDP)

Die alle haben keine extra Beauftragten, aber die haben eine Ministerin und die verdienen deswegen auch eine faire Behandlung.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb müssen sowohl die Ministerin als auch der Oberhof-Beauftragte sich heute erklären, wie es zu so einer Situation kommen konnte, warum Kontrollmechanismen, wenn es denn welche gibt, versagt haben und in den Ministerien und übrigens auch in der Stadt Oberhof - auch das sage ich ganz deutlich -, die genau wegen solcher Sondervorhaben, wegen dieser Sonderrolle, die ein Stück weit anerkannt ist, als kleine Stadt mit 1.600 Einwohnern und permanent klammen Kassen sich übrigens auch einen hauptamtlichen Bürgermeister leistet. Ich sage ganz ehrlich, wenn solche Dinge dann so laufen, muss man es sich gefallen lassen, wenn solche Sonderbehandlungen infrage gestellt werden, das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall CDU, FDP)

Der Landtag, meine Damen und Herren, muss ein Interesse an einer Stärkung des Leistungssportstandortes Thüringen haben. Aber das geht nur im Einklang und mit dem Verständnis des Breitensports. Mit dem Versagen an dieser Stelle stellt die Landesregierung diesen Konsens in Frage; laufen Sie Gefahr, dass genau die notwendige Balance in diesem Bereich aus dem Gleichgewicht gerät. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Grob, das war mindestens unsportliches Verhalten als Koalitionspartner.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Barth, lieber gut frisiert als ungeniert Mist erzählen, so wie Sie es gerade gemacht haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss Ihnen mal sagen, ich finde diese Aktuelle Stunde, diese Art und Weise, wie das Thüringer Parlament nach den Erfolgen, den der Thüringer Wintersport erzielt hat, einfach unterirdisch,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich finde es unterirdisch, wie sich jemand wie Herr Grob hier hinstellen und quasi sagen kann: Frau Taubert, es waren nur vier Medaillen, wenn Sie Ihren Job richtig gemacht hätten, wären es zehn gewesen -

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Auslegungssache.)

denn das ist die Übersetzung Ihres Krams, den Sie gerade erzählt haben. Und Herr Barth, ich finde es unterirdisch, dass Sie nicht einmal die Protokolle des Arbeitskreises Sportstättenförderung lesen, in denen steht, warum die Verwirklichung der Schanze in Oberhof noch nicht stattgefunden hat.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sie gehen nicht hin. Sie sind Mitglied und gehen nicht hin. Das steht auch in den Protokollen. Das weiß ich, weil ich sie lese.)

Wenn ich mal nicht dort bin, lese ich die Protokolle und bin informiert im Gegensatz zu Ihnen, lieber Herr Barth, der nicht weiß, was drin steht.

(Unruhe FDP)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, dass ich sehr wohl wahrgenommen habe, dass wir froh darüber sein können, dass diejenigen, die sich im Wintersport engagiert haben, so gute Ergebnisse bekommen haben. Ich finde, manchmal kann Politik sich nicht nur im Bereich Fairness, sondern auch im Bereich dessen, was manche in Sotschi gezeigt haben, echt etwas abgucken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber als der Erfurter Eisschnellläufer Patrick Beckert - dem habe

(Abg. Siegesmund)

ich zugeschaut - die 10.000 Meter geschafft hat und der Kommentator sagte wieder und wieder: So kennen wir ihn, das sind die Gesichtszüge, wenn er kämpft bis zum Schluss, bis zum Schluss. Da dachte ich: Schwarz-rot und diese Aktuelle Stunde zeigen, dass Sie nicht wissen, dass man, wenn man Koalition ist, bis zum Schluss gemeinsam kämpfen soll. Es ist einer der

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

schlechtesten Momente dieser Koalition, die Sie in letzter Zeit abgeliefert haben. Die Ergebnisse des Thüringer Wintersports haben auch gezeigt, dass es am Ende das nötige Quäntchen Glück braucht. Und Tim Tscharnke beispielsweise hat auch viele gefesselt, wie er am Ende noch mit blutendem Unterschenkel versucht hat, echt etwas zu reißen. Das sind doch Dinge, die sind beeindruckend, die nehmen wir mit und ich will an dieser Stelle sagen: Ich hoffe, dass die Menschen in Thüringen von dieser wirklich unterirdischen Debatte, wie sie bislang verlief, heute nicht mitnehmen, dass das Thüringer Parlament diese Leistungen, diese wirklich sportlich hervorragenden Leistungen nicht zu schätzen weiß, sondern im Gegenteil, dass das Vorbild ist und dass wir denjenigen, die da echt etwas gerissen haben und die ihr Möglichstes gegeben haben, dankbar sind, von Sportlerinnen und Sportlern angefangen bis hin zu Trainerinnen und Trainern und all jenen, die das unterstützt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind, wenn es um Förderung des Leistungs- und Nachwuchssportbereiches in Thüringen geht, nicht schlecht. Man kann die Dinge schlechtreden, man kann wie Herr Grob gegen sein eigenes Ressort, was man in der Landesregierung theoretisch auch mit zu verantworten hat, öffentlich schießen und Pressemitteilungen herausgeben, man kann aber auch versuchen, zu differenzieren. Ich finde zum Beispiel, dass im Bereich Biathlon und Rodeln die Bedingungen ziemlich gut sind und man kann sagen, im Bereich Nordische Kombination müssen wir nachholen und man kann auch bedauern, dass es die entsprechenden Baufortschritte nicht gegeben hat. Aber noch einmal: Lesen Sie doch bitte im Protokoll nach, es gab in Oberhof geologische Gründe und es gab auch kommunikative Pannen. Deswegen aber diesen Totalverriss hier zu starten, finde ich ehrlich gesagt daneben.

Frau Pelke hat ja umgehend reagiert. Ich habe wahrgenommen, dass sie sagte, dass sie ihrem Koalitionspartner billigen Populismus vorwirft. Sie hat allerdings versäumt zu erwähnen, dass die Bauverzögerung in Oberhof - und das ist der einzige Punkt, wo ich sage, darüber muss man tatsächlich diskutieren - auch noch andere Auswirkungen hat. Und die andere Auswirkung ist, dass es am Ende,

wenn es um den Sanierungsstau bei anderen Sportstätten geht, tatsächlich an dieser Stelle Verzögerungen geben wird. Das heißt, die eine Sache, die stagniert, zieht im Zweifel einen ganzen Rattenschwanz von Punkten, die nicht verwirklicht werden können, hinterher. Das ist der Punkt, mit dem man sich sachlich und ernsthaft auseinandersetzen muss, statt mit dieser billigen Polemik, die mir auf den Geist geht. Wenn sich das bis zur Kommunalwahl und dann noch bis zur Landtagswahl so dermaßen hochschauelt, dass wir jetzt hier Kopfnoten im wahrsten Sinne des Wortes geben, ist das sehr bedauerlich. Dann hat das mit der Ernsthaftigkeit, die dieses Parlament eigentlich vertreten soll, wenig zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bin dafür, dass sich hier alle mal am Riemen reißen. Ich finde, im Bereich Arbeitskreis Sportstättenförderung im Freundeskreis Sport ist die Arbeitsatmosphäre wirklich gut. Die Gespräche mit dem Landessportbund usw. sind vernünftig, die Ministerin setzt sich ein. Natürlich geht es immer noch ein Mü besser. Aber ich finde nicht, dass das der Punkt ist, dass man an dieser Stelle dermaßen verhandeln sollte,

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

erklären Sie vielmehr den Bürgerinnen und Bürgern an der Stelle, wo Projekte nicht rechtzeitig umgesetzt werden können, wie es besser geht und wie Sie es künftig anders machen wollen. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ehe wir fortsetzen, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung. Ich nehme das Wort „Fairness“ auf und appelliere noch einmal an alle Redner, Fairness auch in der Wortwahl walten zu lassen hier im Hause.

Ich rufe die Landesregierung auf, denn ich sehe keine Wortmeldung - die SPD-Fraktion hatte keine Zeit mehr übrig, deswegen. Frau Ministerin Taubert.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch ich möchte mich zunächst bei allen Sportlerinnen und Sportlern, die erfolgreich - und erfolgreich heißt ja Teilnahme an Olympischen Spielen - wiedergekommen sind, bei den Trainerinnen, bei den Trainern, aber auch bei den Angehörigen

(Ministerin Taubert)

gen von dieser Stelle aus bedanken. Ich konnte gestern erleben, wie in Frankenhain zwei sehr erfolgreiche Sportler wiedergekommen sind und begrüßt worden sind, Jens Filbrich und Erik Lesser. Da konnte man sehen, was es bedeutet, Breiten- und Spitzensport zusammen zu haben.

(Beifall SPD)

Da war nämlich ein Spalier gewesen, junge Sportlerinnen und Sportler mit dem Ski in der Hand haben für diese beiden ein Spalier gebildet. Und dann hat ein alter Kampfrichter gesagt, ich habe deinen Großvater schon mit trainieren geholfen. Der Kampfrichter war dabei gewesen, wir haben einen Kampfrichter in Sotschi gehabt, der, wenn es ihm noch gut geht, auch zu den nächsten Olympischen Winterspielen fahren will, der Herr Köhler, Ed Köhler. Na klar ist der mit einem weinenden und einem lachenden Auge gekommen, mit einem weinenden, weil es an Medaillen hätte mehr sein können, mit einem lachenden, dass seine Schützlinge, die er mit betreut hat, die er von Kindesbeinen an kennt und die es auch nicht immer leicht haben, sowohl familiär als auch sportlich, dass er die oben auf dem Treppchen mit einer Silbermedaille hat sehen können. Deswegen finde ich, und ich habe das auch bei allen meinen Mitgliedern der Thüringer Landesregierung erkennen können, was wir nicht machen dürfen, ist, wir dürfen den Leistungssport nicht gegen den Breitensport und den Breitensport nicht gegen den Leistungssport ausspielen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das halte ich für ganz wichtig. Und ich merke das auch; der Arbeitskreis Sportstätten ist ja erwähnt worden, dass es dort fair zugeht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Der Leistungssport geht nicht ohne den Breitensport.)

Ich habe nicht gesagt, dass es ohne geht, sondern ich habe gesagt, wir sollen es nicht gegeneinander ausspielen.

Ich denke, Herr Heym, sie wissen doch als örtlich zuständiger Kollege aus der CDU-Fraktion am allerbesten, wie schwer es Oberhof in den vergangenen Jahren gehabt hat. Sie haben selber dafür gekämpft, dass die Bedingungen dort oben gut sind, dass Wettkampfbedingungen exzellent sind und dass wir uns sehen lassen können. Wir hatten doch schon einmal Weltmeisterschaft in Oberhof im Biathlon. Ich sage einmal, das können Sie sich auf die Fahne schreiben, deswegen finde ich, es ist völlig unklug zu sagen, wir müssen den einen gegen den anderen ausspielen.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das ist doch nicht wahr.)

Ja, ihr habt es aber hier mehrfach erwähnt. Deswegen denke ich, das sollten wir nicht tun. Ich will

aber trotz alledem für alle, die die Förderbedingungen nicht kennen, noch einmal auf eines hinweisen. Wir haben von Anbeginn an Förderrichtlinien, die zur Sportförderung, sowohl im Breitensport als auch im Leistungssport, dienen. Also über 20 Jahre ist es einheitlich und es ist auch transparent. Die Abfolgen sind allen Mitgliedern, die im Arbeitskreis Sport sind, gut bekannt. Damit wir das Gebot der Gleichbehandlung bei der Auswahl von zu fördernden Projekten umsetzen können, wurde eine Prioritäteneinstufung vorgenommen, in einem Katalog unter Mitwirkung auch dieses Arbeitskreises Sportförderung entwickelt und auf der Homepage des Thüringer Sozialministeriums veröffentlicht, also für jeden einsehbar. Und damit das klar ist, dass es eben nicht, wie man eventuell heraushören könnte, eine Unterstellung gibt, es wird da gemauschelt, will ich es noch einmal vorlesen. Ich zitiere aus dem Prioritäteneinstufungskatalog investiver Vorhaben im Sport- und Spielstättenbereich: „Für die Aufnahme einer investiven Maßnahme in die Prioritätenliste ist in jedem Fall erforderlich, dass die Sport- und Spielanlage in die entsprechende Sport- und Spielstättenplanung aufgenommen ist.“ Auch da haben wir gemerkt, es ist Nachholbedarf, deswegen wollen wir die Kreise und die kreisfreien Städte finanziell ein bisschen unterstützen, damit eine gute Spiel- und Sportstättenplanung auf kommunaler Ebene vorhanden ist. Ich zitiere weiter aus dem Katalog: „Unter dieser Voraussetzung ergibt sich folgende Prioritätenfolge:

1. Bundes- und Landesinteresse,
2. Ersatz bei Schließung, Verhinderung drohender Schließung,
3. Reduzierung der Beeinträchtigungen, Verhinderung von Schäden, Verringerung der Betriebskosten,
4. Beseitigung von Fehlbedarfen und Ungleichgewichten,
5. alle anderen Vorhaben.“

Weiterhin ist im Prioritäteneinstufungskatalog fixiert, die Beseitigung von Havarien soll schnell und unkompliziert erfolgen. Bei der Einstufung der Prioritäten nach diesen Kriterien kann eine höhere als die nach dieser Definition festzusetzende Priorität vergeben werden. Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- Förderung der sportlichen Betätigung bei breiten Bevölkerungskreisen, insbesondere einem hohen Kinder- und Jugendanteil,
- Förderung der sportlichen Betätigung von Gruppen mit besonderen Problemen,
- erhebliche Bedeutung für die regionale wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auch für den Fremdenverkehr,

(Ministerin Taubert)

- erhebliche Eigenleistungen freier Träger oder erhebliche Mitfinanzierung durch andere Zuschussgeber.

So weit aus dem Einstufungskatalog.

Ich will auch noch mal für alle, die sonst mit diesem Gremium nicht befasst sind, wiederholen, wer sitzt denn überhaupt in diesem Gremium, das alljährlich die Maßnahmen vorgelegt bekommt, woher auch Herr Barth seine Erkenntnisse hat. Das ist kein Geheimpapier gewesen, was Sie vorgestellt haben, sondern eins, was dort alle in die Hand gedrückt bekommen. Es ist - Herr Grob war in diesem Fall wohl offensichtlich verhindert und durch Herrn Kellner vertreten in diesem Jahr - aus jeder Fraktion des Thüringer Landtags ein Mitglied vertreten, wir haben den Landessportbund mit drei Mitgliedern, ganz wichtig auch der Gemeinde- und Städtebund und der Thüringische Landkreistag mit je einem Mitglied und die Thüringer Sportämterkonferenz mit einem Mitglied und das Sportministerium natürlich auch. Anhand des Prioritäteneinstufungskatalogs wird allen angemeldeten Vorhaben eine sogenannte Prioritätsstufe zugeordnet. Dies geschieht bei gemeindlichen Projekten zunächst durch die Landkreise, wird vom TMSFG geprüft und gegebenenfalls korrigiert. Anschließend erhalten die Mitglieder des Arbeitskreises alle Bedarfsanmeldungen, also es wird keine weggelassen, jeweils sortiert nach Landkreisen und natürlich nach einer Einstufung. Die sogenannte Fördervorschlagsliste, die auf Basis der Prioritäten gefertigt wurde, geht den Mitgliedern dann ebenfalls zu.

Wie dem Katalog zu entnehmen ist, stehen die Baumaßnahmen mit besonderem Bundes- und Landesinteresse an erster Stelle. Hier zählen zweifelsfrei und ausschließlich die Sportstätten für den Leistungssport dazu. Das bedeutet, dass wir nicht allein fördern, sondern dass wir mit dem Bund gemeinsam die Entscheidungen treffen und auch die Förderung vornehmen. Es besteht innerhalb des Arbeitskreises und folglich fraktionsübergreifend Konsens zum Verfahren und es ist seit Jahren gelebte Verwaltungspraxis.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, eine persönliche Bemerkung. Behauptungen, von wem auch immer, diese Förderpraxis sei ungerecht und intransparent, weise ich zurück. Die weise ich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit zurück. Ich kann mit Fug und Recht sagen, dass ich die Maßnahmen nicht beeinflusse, sondern dass es darum geht, was ist prioritär, wo gibt es möglicherweise Havarien, was muss man gegebenenfalls vorziehen, aber ansonsten geht es um die Anmeldung.

Wir haben viele Jahre die komische Diskussion gehabt, ich habe das dann abgeschafft, dass sie jedes Jahr neues Spiel, neues Glück hatten. Das

heißt, für ein Stadion zum Beispiel in Bad Salzungen hat die Stadt sechs Jahre lang den Antrag gestellt, immer wieder und immer wieder, und die sind dann erst drangekommen, weil eben das Geld nicht anders gereicht hat. Das ist natürlich bürokratischer Aufwand, wenn ich immer den vollen Antrag wieder stellen muss. Deswegen haben wir das geändert.

Ich kann nicht erkennen, dass in der Abteilung 3 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit Menschen sitzen, die das Geld nach Nase und Parteibuch verteilen, sondern die schauen genau gemeinsam in Rücksprache mit dem Landessportbund darauf, welche Maßnahme tatsächlich notwendig ist.

Meine Damen und Herren, dass die Mittel begrenzt sind, das ist heute schon mehrfach wiederholt worden. Wir haben ein weiteres Problem bei der Sportstättenförderung in der Vergangenheit gehabt, nämlich die sogenannten kleinen Sportstätten. Der Kegelerverein braucht zum Beispiel eine neue Aufstellanlage, oder eben auch der Tennisplatz. Tennis ist heutzutage nichts mehr für die Elite, sondern die brauchen ganz genauso finanzielle Mittel. Deswegen haben wir in Abstimmung mit dem Thüringer Landessportbund einen Betrag von 400.000 € aus dem Budget heraus, also nichts Zusätzliches, für Vereinssportstätten zur Verfügung gestellt. Ich finde, das ist eine gute Maßnahme, die Möglichkeiten gibt. Wir haben wieder viel mehr Anmeldungen für dieses Kleinprogramm vorliegen als wir finanzielle Mittel haben, aber ich denke, es ist ein Anfang, dass gerade die ehrenamtliche Arbeit, die viele in den Sportvereinen leisten, honoriert wird, indem auch kleinere Maßnahmen gefördert werden. Ich will nicht alle Maßnahmen verlesen und auch nicht alle Förderhöhen in den vergangenen Jahren. Wenn das gewünscht ist, gebe ich Ihnen die Zahlen gern zur Kenntnis. Ich will nur sagen, dass wir in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet haben und wir natürlich versucht haben, wenn Geld übrig war und wenn wir es rechtzeitig erfahren haben, dass wir es dann umgelenkt haben. Wenn Sie zum Beispiel an Suhl denken. Abgeordnete von Suhl wissen das, wir haben das Schießsportzentrum dort; seit vielen Jahren wird darum gerungen, wie man das ordentlich ausstatten kann. Im Übrigen geht es auch bei Kommunen so, auch Kommunen geben Geld zurück, weil sie es in dem Jahr nicht ausgeben können. Sobald wir das erfahren, versuchen wir natürlich mit Abschätzung eines realistischen Umsetzungshintergrundes dieses Geld anders zu verteilen. Suhl hat 600.000 € für eine mobile Schießanlage bekommen. Wir nutzen das jetzt überörtlich für Meisterschaften und dann kann das in Suhl auch stehenbleiben. Also es geht überhaupt nicht darum, dass jemand benachteiligt wird. Auch da muss ich sagen, dass das die beste Möglichkeit ist, mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Natürlich wäre es gut, ich kann ja den Finanzminis-

(Ministerin Taubert)

ter verstehen, wenn er sagt, Haushaltsausgaberes- te gebe ich nur an ganz wenigen Stellen schon im Vorhinein, sondern ich muss sie beantragen. Aber ich denke, bei Investitionen gibt es immer Überschneidungen, haben wir all die Jahre gehabt, wir haben 2012 beim Schanzenbau Bauverzögerung gehabt, auch das war nicht vorherzusehen. Auch das Thema Trinkwasserschutzgebiet hat uns ein Stück weit zurückgeschlagen. Gleichwohl sind wir gut im Plan.

Ich denke, es ist nicht fair, der Stadt Oberhof vorzuwerfen, dass sie die Baulichkeiten nicht beherrschen. Das ist eine kleine Gemeinde, das ist richtig. Und es ist auch richtig so, Herr Barth, dass dort ein Haupt... - na, Herr Barth hat schon solche Ansätze in seiner Rede gehabt. Ich habe Sie ja nicht angeschaut. Ich will es deutlich sagen. Das ist auch kompliziert, aber Sie tun -

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: ...)

ja, das ist wohl wahr, Herr Barth, aber dann gehen Sie doch mal in andere Gemeinden, gehen Sie mal in große Gemeinden, suchen Sie sich einen FDP-Bürger-/Oberbürgermeister aus, wo Sie ihn haben,

(Unruhe FDP)

und fragen dann dort, ob dort mit einem großen Bauamt alles fadengerade geht. Sie tun gerade so, als ob hauptamtliche Bürgermeister das alles so in die Reihe bekommen. Ich denke, es ist einfach unfair, so einen Vorwurf zu machen.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Dann können Sie doch nicht dem Finanzminister einfach den Schwarzen Peter zuschieben.)

Ich habe doch dem Finanzminister gar keinen Schwarzen Peter zugeschoben, Herr Grob. Ich habe ihn gerade gelobt. Herr Baumann hat ihn auch gelobt.

Ich will auch noch mal sagen, die Thüringer Landesregierung war sich einig mit dem Konzept Oberhof. Wir haben es gemeinsam beschlossen, auch das finde ich sehr positiv. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, dass es natürlich auch Verschiebungen geben kann. Wir haben Planungen gehabt und auch versucht, das einzuhalten. Wenn das nicht der Fall ist, versuchen wir es kollegial in der Landesregierung abzusprechen und deswegen, denke ich, es ist einfach wirklich nicht das Thema, jetzt den Versuch zu unternehmen, bei der Sportministerin Unkorrektheiten zu finden. Wie gesagt, ich bin da ganz ruhig, weil ich mich auf meine Leute verlassen kann. Wenn Sie hier jemanden angegriffen haben, dann haben Sie den Landessportbund angegriffen, dann haben Sie den Bürgermeister angegriffen, dann haben Sie den Landrat angegriffen

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das sehen Sie vielleicht so.)

und dann haben Sie unsere Kollegen im Hause angegriffen und nicht mich. Ich denke, das ist unfair, da hätten Sie sich mal hinsetzen müssen, hätten mit ihnen reden müssen, dann hätten Sie auch herausgefunden, warum diese Verzögerung zustande gekommen ist. Ich würde mich natürlich freuen, wenn wir die Mittel 2014 jetzt zur Verfügung haben und nicht andere Projekte deswegen schieben müssen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Durch die Redezeit der Ministerin haben die Fraktionen jeweils noch 1 Minute, die FDP-Fraktion 1 Minute und 15. Ich habe eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Barth. Bitte schön.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Frau Ministerin, ich will nur auf einen Punkt eingehen. Sie haben gesagt, dass mit dieser Aktuellen Stunde, mit den Debatten, die hier stattfinden, der Breitensport gegen den Leistungssport ausgespielt wird. Ich will Ihnen eines sagen: Den Breitensport gegen den Leistungssport spielt nicht der aus, der auf Missstände hinweist, sondern der, der dafür verantwortlich ist und nichts dagegen unternimmt. Das ist die Wahrheit, vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Ich sehe eine weitere Wortmeldung. Frau Abgeordnete Pelke von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich kann mich im Wesentlichen den Vorrednern und -rednerinnen anschließen bis auf Herrn Grob und auf Herrn Barth, das nebenbei. Ich kann mich auch insbesondere Frau Siegesmund anschließen, an das, dass das alles etwas unterirdisch hier gewesen ist wenige Tage nach Beendigung der Olympischen Spiele. Ich war heute im Rathaus in Erfurt, auch wir haben die Olympiateilnehmer begrüßt. Es war eine sehr schöne Veranstaltung. Ich habe mich im Namen des Stadtsporthundes bei allen für ihre Leistungen - es waren auch Trainer, es waren auch Ärzte dabei - noch mal herzlich bedankt und bin froh, dass hier im Hohen Hause deutlich geworden ist, dass wir - zumindest die Mehrheit - hinter den Sportlerinnen und Sportlern stehen.

Aber Ihre Bemerkung hat mich bewogen, ganz kurz noch mal vorzugehen. Wir hatten eine ganz andere

(Abg. Pelke)

Diskussion in diesem transparenten offenen Arbeitskreis, wo es um die Sportstättenmittel geht. Da war Herr Kellner anwesend, da war Herr Koppe anwesend, meine Wenigkeit und Herr Korschewsky und da haben wir dieses Thema kritisch bewertet und haben aber deutlich gemacht, dass wir hier keinen Affenaufstand bzw. Wahlkampfpopulismus machen.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Zwei Sätze noch.

Präsidentin Diezel:

Einen.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Sondern - zwei Worte wollte ich sagen -, dass wir darüber reden und das Thema auch weiter problematisieren, damit wir in Zukunft besser damit umgehen. Und auch vielen Dank an Herrn Voß, der dafür Sorge tragen wird, dass das Geld übertragen wird.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Zählweise wundert mich etwas.

(Heiterkeit im Hause)

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Meißner, bitte schön.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Eines ist mir an dieser Stelle noch mal wichtig klarzustellen. Hier geht es nicht darum, dass sich Breitensport benachteiligt fühlt, weil 1,8 Mio. in Oberhof nicht ausgegeben worden sind, sondern hier fühlt sich Breitensport in Thüringen vernachlässigt, weil erstmals aus dem Sportstättenfördertopf kein einziger bis Oktober 2013 eingegangener Antrag bewilligt wird. Das ist doch der Grund, warum sich die kommunalen Vertreter, die die Anträge gestellt haben, so ärgern, wenn sie hören, 1,8 Mio. € sind nicht verbraucht worden. Es gab Anträge - natürlich wie jedes Jahr viele -, aber dieses Mal ist es so, dass das erste Mal kein einziger Antrag im Rahmen der Sportstättenförderung bewilligt werden konnte. Dann muss man eben fragen: Wenn man wusste, 1,8 Mio. € sind übrig, wie ist man denn vorgegangen? Hat denn der Arbeitskreis noch mal getagt?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wann habt ihr es denn bekannt gegeben, dass das Geld übrig ist?)

Ist denn im Rahmen der Prioritäteneinschätzung vorgegangen worden oder hat man noch mal Antragsteller gefragt, die einen Antrag offen haben, was jetzt möglich sei?

Mich interessiert diese Frage, wie die 1,8 Mio. € noch versucht worden sind, im Haushaltsjahr 2013 unterzubringen. Danke.

Präsidentin Diezel:

Weitere Wortmeldungen? Die FDP-Fraktion? Die Ministerin, jetzt gleich? Gut. Die FDP-Fraktion, bitte schön, Herr Koppe. Sie haben noch 50 Sekunden.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Das ist sportlich. Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich versuche, es auch zu schaffen. Frau Kollegin Pelke, in der Darstellung der Arbeitsweise des Arbeitskreises haben Sie recht. Im Ergebnis dessen, was wir letztens besprochen haben, auch. Mich verwundert das Grundwissen von Frau Siegesmund, die ich dort wirklich noch nie gesehen habe - Entschuldigung - weder dort noch im Freundeskreis, weder im Freundeskreis noch im Kuratorium der Thüringer Sporthilfe - auch da haben Sie sich reinwählen lassen, nur das mal so am Rand, damit der eine oder andere vielleicht auch mal eine Vorstellung bekommt, wer wovon redet. Aber die Fragen von Frau Meißner versuche ich jetzt mal zu beantworten, deswegen habe ich mich noch mal hier vor gegeben. Nein, der Arbeitskreis ist im Jahr 2013 nicht noch mal zusammengetreten. Nein, mit uns sind auch keine Gespräche geführt worden, welche Antragsteller vielleicht noch begünstigt werden würden. Ja, seit Juli 2013 war bekannt, dass das Geld nicht ausgegeben wird.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, die 50 Sekunden sind um.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Drei Worte.

Präsidentin Diezel:

Jetzt bin ich aber gespannt.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Der Arbeitskreis ist im Januar dieses Jahres darüber informiert worden.

(Heiterkeit im Hause)

Präsidentin Diezel:

Mit dem Zählen hat es heute so ... Herr Abgeordneter Korschewsky, bitte schön. Sie haben 1 Minute.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss noch mal auf Frau Meißner reagieren. Ich verstehe das völlig, die Frage der ehrenamtlichen Vereine in den Kommunen und in den Gemeinden. Das ist berechtigt, die Fragen haben wir auch gestellt. Die Fragen muss man aber auch andersherum stellen. Seit Jahren versuchen wir für diesen Sanierungsstau, den es in den Kommunen und Gemeinden gibt, mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, um diesen Sanierungsstau aufzulösen. Das haben wir nur nicht bekommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Fraktion DIE LINKE hat dazu die entsprechenden Anträge gestellt. Mit Koalitionsmehrheit sind diese Anträge im Haushaltsverfahren abgelehnt worden. Da müssen wir etwas ändern an dieser Stelle, dass wir diese Möglichkeiten auch tatsächlich haben. Wenn es denn so ist, dass diese 1,8 Mio. € durch den Finanzminister übertragen werden, dann haben wir doch mit einem Mal 1,8 Mio. €, womit wir jetzt nämlich Kommunen bedienen können, dass diese 1,8 Mio. € eingesetzt werden, um Projekte, die angemeldet sind, auch durchführen zu können. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Das Wort hat Ministerin Taubert. Bitte schön.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Es ist zwar Mathematik, aber keine einfache Mathematik, meine Damen, meine Herren. Also zunächst einmal, wir wissen seit November - es ist egal, wer was anderes hier sagt -, wir wissen seit November schriftlich, dass die Mittel nicht mehr verbaut werden können. Das ist für uns maßgeblich. Anders kann ein Ministerium nicht arbeiten, nur dass das noch mal klargestellt wird.

Das Zweite ist, ich verstehe auch Frau Meißner, sie möchte gern den zweiten Bauabschnitt in Sonneberg haben. Ich verstehe andere auch, aber all die Maßnahmen, die genehmigt wurden, die jetzt in der Finanzierung stehen, die einen Förderbescheid haben oder im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung Förderbescheide bekommen haben, sind alle schon mal durch den Arbeitskreis durchgegangen, die kennen Sie alle. Die kommen aus der Vergangenheit. Sie müssen sich doch auch mal überlegen, wir haben etliche Maßnahmen Anfang der Legislaturperiode aus der Vergangenheit übernommen. Das ist normal so, wenn ich einen bestimmten Betrag an Verpflichtungsermächtigungen habe. Die

Riethsporthalle ist zum Beispiel in dieser Legislaturperiode abfinanziert worden, die kam aus der vorhergehenden Legislaturperiode. Das Gothaer Stadtbad, das habe nicht ich entschieden und nicht ich beschieden, das ist aus der vorhergehenden Legislaturperiode gekommen. Sie haben immer solche Überlappungen. Das heißt, es ist richtig, das Geld ist zu wenig, um Sportstätten zu bauen. Wir haben keine Schulturnhallenprogramme mehr und deswegen konzentriert sich alles auf diese Millionen, die wir im Sporthaushalt haben. Jetzt sage ich, wenn ich von allen höre, wir müssen mehr Geld einstellen, dann tun wir das natürlich auch. Und dann werden wir in den Haushaltsdiskussionen darüber reden müssen, ob wir nicht die Möglichkeit haben. Wenn wir Wintersportland bleiben wollen, müssen wir nach wie vor in diese Leistungssportanlagen Geld investieren. Wenn wir das nicht tun, dann sollten wir heute klar und deutlich sagen, wir wollen kein Biathlon mehr in zehn Jahren, wir wollen kein Rodeln mehr in zehn Jahren haben. Dann schließen wir die Anlagen, dann ist es auch okay, das ist eine Entscheidung. Aber dann muss es einer von hier sagen. Und ich habe es heute nicht gehört, Herr Heym, ich will ganz froh sagen, es hat heute keiner gesagt. Aber dann muss man eben gleichberechtigt beide Dinge weiter fördern. Wie gesagt, wer Fan von Biathlon ist, der weiß, neben Fußball ist das die zweite Sportart, die überhaupt noch an präserter Stelle am Wochenende im Fernsehen kommt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ein Wochenende im Jahr.)

Das ist Tourismusförderung, Herr Barth. Gehen Sie doch mal hoch, reden Sie doch mal, reden Sie mit Herrn Schulz, reden Sie mit den Tourismusförderern, was die von diesen zwei Wochenenden im gesamten Jahr noch profitieren. Da kommt doch mehr über als die zwei Wochenenden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Besucherzahlen in diesen zwei Wochen sind lange nicht so hoch wie im Rest des Jahres.

(Unruhe DIE LINKE)

Es ist unsere Wintersportregion. Ich denke, dazu sollten wir auch stehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Ich schließe diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

(Präsidentin Diezel)**GRÜNEN zum Thema: „Sternstunde darf nicht zur Sternschnuppe werden - keine Standardabsenkung in unseren Kitas“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7342 -

Als Erster hat sich Minister Matschie zu Wort gemeldet.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich erst einmal, dass in dem malerischen Titel eine Einigkeit in diesem Haus zum Ausdruck gebracht wird. Nämlich: Was wir gemeinsam hier im Parlament, gemeinsam in der Landesregierung für den Bereich der frühkindlichen Bildung geleistet haben, war in der Tat eine Sternstunde. Es gibt selten so viel Einmütigkeit in einem Parlament, wie es bei dieser Entscheidung gegeben hat. Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass Thüringen ein Vorreiter im Kita-Bereich ist. Wir haben die höchste Bildungsbeteiligung im Elementarbereich, jedes zweite Kind unter drei Jahren besucht in Thüringen eine Kita und bei den Drei- bis Sechsjährigen ist es fast jedes Kind. Hier haben wir eine Betreuungsquote von fast 97 Prozent. Als erstes Bundesland haben wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern ab dem 1. Lebensjahr eingeführt und eine garantierte Betreuungszeit von täglich zehn Stunden. Die Grundlage dafür ist das Thüringer Kita-Gesetz, das wir hier gemeinsam verabschiedet haben. Damit haben wir einen Wunsch von vielen Eltern in Thüringen aufgegriffen und in die Tat umgesetzt. Wir haben gezeigt, dass wir die Lebenswirklichkeit von Menschen hier in Thüringen verstehen, und wir haben gezeigt, dass es uns wichtig ist, Eltern, Frauen und Männer, dabei zu unterstützen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass unsere Jüngsten die besten Chancen haben, in Thüringen gut aufzuwachsen. Ich will mich an dieser Stelle zuerst einmal bei allen bedanken, bei allen Fraktionen hier im Parlament, die dieses Vorhaben mitgetragen haben, aber auch bei allen, die außerhalb des Parlaments in den Jahren davor mit öffentlicher Debatte, mit öffentlichem Einsatz dafür gesorgt haben, dass wir den politischen Schwung bekommen haben, dieses Kita-Gesetz gemeinsam auf den Weg zu bringen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe FDP)

Nach einer guten Zeit der Gültigkeit im Jahre 4 nach der Novellierung des Kita-Gesetzes steht fest,

es ist eine Erfolgsgeschichte. Im vergangenen Jahr gab es eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die uns das bestätigt hat: klare Regelungen beim Personalschlüssel, hohe Anforderungen an das Fachpersonal, konkreter Auftrag zur Weiterbildung und elternfreundliche Öffnungszeiten. Damit setzt unser Kita-Gesetz auch bundesweit Maßstäbe. Nun sind in der Vergangenheit Stimmen laut geworden, die festgeschriebenen Standards im Bereich der frühkindlichen Bildung auf den Prüfstand zu stellen. Es hat eine öffentliche Debatte dazu gegeben. Und ich kann verstehen, wenn in einer solchen Situation Eltern um die Qualität in den Kitas bangen. Zu Beginn der Woche ist die Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten mit einem Brief an die Öffentlichkeit getreten. Eltern wollen nicht, dass Erzieherinnen und Erzieher durch Assistenzkräfte ausgetauscht werden. Eltern wollen nicht, dass unsere Kitas zur Spargbüchse gemacht werden.

(Beifall SPD)

Ich sage hier ganz deutlich, ich will das auch nicht. Eine Standardabsenkung im Bereich der pädagogischen Betreuung wird es mit mir nicht geben und wird es deshalb mit dieser Landesregierung auch nicht geben. Für mich sind die Kindertagesstätten keine Aufbewahreinrichtungen, sondern unsere Kitas sind Bildungseinrichtungen, in denen Kinder Anregungen bekommen, in denen sie sich ausprobieren können, in denen sie gefördert werden. Kitas, die mit ihrem Bildungsauftrag Ernst machen, leisten einen ganz wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Wer frühzeitig gefördert wird, geht später mit mehr Selbstvertrauen durchs Leben, dem fällt es leichter, dann die schulischen und beruflichen Herausforderungen zu meistern und höhere Qualifikationen zu erreichen. All das ist gut untersucht, in vielen Studien dokumentiert: Auf den Anfang kommt es an. Und damit wir jedem Kind am Anfang seines Lebensweges gerecht werden können, brauchen wir ausreichend Personal und wir brauchen ausreichend gut ausgebildetes Personal. Beides gehört zusammen und das darf man auch nicht auseinanderdividieren. Wir haben die Personalausstattung deutlich verbessert. Seit 2009 ist die Anzahl der Vollzeitstellen an den Kitas um 40 Prozent gestiegen. Und wir haben bei der Personalausstattung auf hohe Qualität geachtet. Das Bildungsniveau des Personals in den Thüringer Kitas liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Fast 88 Prozent des pädagogischen Personals verfügen über einen Fachschulabschluss, im Bundesdurchschnitt sind es nur etwas über 70 Prozent, und 6 Prozent verfügen mittlerweile über einen Hochschulabschluss, im Bundesdurchschnitt sind das 4,5 Prozent. Klar ist auch, pädagogische Kompetenz erwirbt man nicht auf die Schnelle nebenbei. Pädagogische Kompetenz ist das Ergebnis einer intensiven und anspruchsvollen Ausbildung. Ich will, dass wir bei der Einstellung weiterhin auf

(Minister Matschie)

eine hohe Qualifikation bei Erzieherinnen und Erziehern achten. Ich will, dass wir am klaren Fachkräftegebot für die Kitas festhalten und nicht daran rütteln.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, das hat seinen Preis, unsere Kitas haben ihren Preis. Insgesamt sind die Mittel für den frühkindlichen Bereich in dieser Legislaturperiode von knapp 370 Mio. € auf rund 530 Mio. € gestiegen. Das Land, die Kommunen, aber auch die Eltern leisten dazu ihren Beitrag. Damit wir unseren hohen Standard halten und perspektivisch auch Eltern Stück für Stück weiter entlasten können, brauchen wir eine deutliche Unterstützung auch des Bundes für diesen Bereich. Wir haben in der Vergangenheit vom Kita-INVEST-Programm profitiert und viel an Ausbaumaßnahmen darüber finanzieren können. Ich habe mich selbst bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin dafür eingesetzt, dass Länder und Kommunen weiter entlastet werden. In dem Koalitionsvertrag stehen jetzt 6 Mrd. zusätzlich für die Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen. Und es steht darin, dass die Kommunen um 5 Mrd. € entlastet werden sollen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können. Davon soll auch Thüringen profitieren. Es wird jetzt darüber zu reden zu sein - das wird auf der Fachministerebene genauso wie unter den Ministerpräsidenten passieren -, wie dieses Geld konkret in welche Aufgaben in den Ländern kommt. Wir haben in den vergangenen Jahren im Bereich der frühkindlichen Bildung viel bewegen können. Das zeigt der Blick über die Landesgrenzen und das gute Abschneiden Thüringens bei Bildungsstudien. Die frühkindliche Bildung braucht auch weiterhin unsere Unterstützung. Es ist eine Aufgabe, die anspruchsvoll ist, die Geld kostet und bei der wir neue Schritte zu bewältigen haben. Ich sage nur das Stichwort Inklusion. Auch hier sind unsere Kitas Vorreiter bei der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung. Dafür braucht es gutes geschultes Fachpersonal. Eine Standardabsenkung wäre der falsche Weg und eine Standardabsenkung wird es deshalb nicht geben. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Eltern und liebe Erzieherinnen, ich möchte mich an dieser Stelle zuallererst für die gute Arbeit bedanken, die jeden Tag in unseren Kitas in Thüringen geleistet wird und die noch lange nicht die Anerkennung und auch Entlohnung erfährt, die es dafür geben müsste. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aktuelle Stunde ist allerdings auch nicht vom Himmel gefallen. Ich habe mich zwar gefreut, dass unser Bildungsminister hier als Erster das Wort ergriffen und deutlich gemacht hat - und daran werden wir ihn jetzt natürlich messen -, dass es mit ihm keine Standardabsenkungen geben wird. Allerdings gibt es Gründe dafür, dass wir eine solche Aktuelle Stunde anberaumat haben. Ich möchte noch einmal an diese erinnern. Am 13. Februar dieses Jahres wurde nämlich öffentlich, dass in einer Arbeitsgruppe des Finanzministeriums im sogenannten Kommunalen Beirat, dem Vertreter von kommunalen Spitzenverbänden und des Innen- und Finanzministeriums angehören, der Vorschlag diskutiert wurde, 30 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher durch Sozialassistenten zu ersetzen und das ergäbe dann eine jährliche Einsparung für die Kommunen in Höhe von 20,8 Mio. €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Vorschlag hat zu Recht eine große Empörungswelle ausgelöst, das sage ich ganz deutlich. Wir Grünen erteilen diesem Vorschlag daher eine ganz klare Absage.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Denn: Das haben nicht nur die Elternvertreter der Kitas mit ihrem Appell und ihrem offenen Brief deutlich gemacht, unsere Kitas dürfen niemals zu Sparbüchsen werden. Ich gebe Minister Matschie völlig recht, in unseren Kindertagesstätten, die endlich dem zuständigen Bildungsministerium zugeordnet sind, findet sehr viel mehr statt als Betreuung. Dort haben wir den funktionierenden Dreiklang von frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung und dafür braucht es selbstverständlich auch eine ganz hohe Fachlichkeit, dafür braucht es hohe Standards und die kosten selbstverständlich Geld. Jede und jeder und insbesondere unser Finanzminister müsste eigentlich wissen, dass sich jede Investition in Bildung vielfach rechnet, auch und gerade in der frühkindlichen Bildung. Es gibt eine Studie, der Bildungsmehrgewinn ist ja immer schwer zu beziffern, aber es gibt eine Studie, die sagt, jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, rechnet sich mindestens vierfach. Insoweit ist das sicher sehr gut angelegtes Geld, was wir dort in unseren Kitas Tag für Tag sinnbildlich arbeiten lassen. Nichtsdestotrotz müssen natürlich solche Vorstöße zu denken geben, auch wenn Finanzminister Voß sich re-

(Abg. Rothe-Beinlich)

lativ schnell von dem Vorschlag des Beirats distanziert und gesagt hat, es sei keine Initiative des Finanzministeriums.

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Ist es auch nicht.)

Ich wundere mich allerdings schon, welches Eigenleben sich im Finanzministerium offenkundig entfaltet. Und wenn Sie, Frau Lieberknecht, hier gerade so vehement und beherzt dazwischenrufen, dass sei es auch nicht, können Sie uns vielleicht erklären, was das für Vorschläge sind, wie ernst sie zu nehmen sind, denn ich sage ganz deutlich, wenn auf der einen Seite der zuständige Minister sagt, mit ihm wird es keine Änderungen geben,

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Er spricht für die Landesregierung.)

und die Landesregierung hält an den hohen Standards fest und auf der anderen Seite es derartige Papiere gibt, dann scheint die eine Herzkammer nicht recht zu wissen, was die andere Herzkammer tut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein weiteres Kammerflimmern mindestens, was wir hier in der Koalition erleben, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da können auch Sie nicht darüber hinwegtäuschen.

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: Sie erzeugen einen Sturm im Wasserglas.)

Ich will auch noch einmal daran erinnern, dass nach der Wahl 2009 nicht zufällig diese Initiative für ein besseres Kita-Gesetz gekommen ist, sondern es hat ein sehr engagiertes und erfolgreiches Volksbegehren gegeben. Machen wir uns nichts vor, selbstverständlich haben die Eltern, haben die Erzieherinnen, haben diejenigen, die sich um die Betreuung Sorgen machen, um die gute Bildung, um die Erziehung in unseren Kitas, auch sofort nach Bekanntwerden der Einsparpläne erklärt, dass sie erneut den Widerstand organisieren werden. Aber ich sage - und deswegen haben wir das so überschrieben -, wir dürfen eine Sternstunde, die wir alle so bezeichnet haben, niemals leichtfertig aufs Spiel setzen und deswegen brauchen wir von allen ein klares Bekenntnis zu hohen Standards und Fachlichkeit und eine Absage an solche Papiere, wie sie hier kursieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen stehen auf dieser ominösen Kürzungsliste des Beirates nicht nur der Vorschlag der Streichung in den Kitas über Standardabsenkungen, sondern noch sehr viele Streichungsvorschläge mehr. Dazu würden wir auch gerne etwas von der Regierung hören.

Ich will auch deutlich sagen, dass wir noch über ganz andere Probleme in unseren Kitas sprechen

müssen. Wir wissen nämlich, dass wir bei der Betreuung mitnichten spitze sind in Thüringen, was den Betreuungsschlüssel anbelangt,

(Beifall DIE LINKE)

da gibt es durchaus noch Nachholbedarf. Und wir wissen auch, dass es Schwierigkeiten gibt beispielsweise für Diplompädagoginnen, eine entsprechende Anerkennung zu finden, um in Kitas tätig zu werden. Auch diese bringen hohe fachliche Standards mit. Da, meine ich, müssten wir sehr viel genauer hinschauen und Perspektiven eröffnen und wir müssen darüber nachdenken, wie wir auch die Schaffung von weiteren Kita-Plätzen in Städten wie Erfurt und Jena, wo sie nämlich gebraucht werden, voranbringen. Denn auch die 97 Prozent Betreuungsquote im Vorschulalter kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an der einen oder anderen Stelle immer noch mangelt, dass das Einkommen für die Erzieherinnen immer noch viel zu niedrig ist, dass es an guten Arbeitsbedingungen mangelt, dass wir eine bessere Fachberatung brauchen und

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- gestatten Sie mir einen letzten Satz -, dass wir auch starke Elternvertretungen brauchen. Sie, die Kitas und Elternvertreter können uns an ihrer Seite wissen, wenn wir tatsächlich alle gemeinsam dafür streiten, dass die hohen Standards nicht nur gehalten, sondern auch noch verbessert werden. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Volker Emde das Wort.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Antrag, der sich mit Sternstunden und Sternschnuppen beschäftigt und das finde ich gut, wenn wir über die Thüringer Kindergartenlandschaft sprechen. Immerhin sind wir das Stammland des Kindergartens und der Kindergarten hat weltweit Beachtung gefunden und wird von Thüringen kopiert. Wir sind mindestens in Deutschland auch weiterhin Vorreiter in Sachen Kindergarten, wir sind vorbildlich, was die Betreuungsichte angeht, was das Betreuungsangebot angeht für eine familienfreundliche Betreuung der Kinder. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dadurch vorbildlich gesichert. Das wissen viele junge Menschen gerade

(Abg. Emde)

aus alten Bundesländern sehr, sehr zu schätzen und beneiden uns darum und das soll auch weiterhin so bleiben. Das kostet uns alles viel Geld, das soll hier auch mal gesagt sein. Wir geben im Bildungsbereich nach neuesten Erkenntnissen aus den Medien heute, genauer konnte ich es noch nicht schauen, über 10.000 € pro Kind vom Kindergartenalter bis zum Studenten pro Jahr aus. Damit liegen wir über 1.600 € über dem Bundesdurchschnitt an Ausgaben und wir sind uns einig, das ist gut angelegtes Geld, gar keine Frage, aber dieses Geld muss auch irgendwo herkommen und wir müssen aufpassen, dass sich nicht irgendwann aus den Sternschnuppen die Geschichte vom Sterntaler entwickelt und wer dann sein letztes Hemd gibt. Ihr wisst, wie die Geschichte ausgeht. Aber so weit sind wir natürlich noch lange, lange nicht und so weit wird es auch nicht kommen.

Aber ich will ganz deutlich sagen, dass ich diese Debatte, Frau Rothe-Beinlich, die Sie hier hochziehen, als an den Haaren herbeigezogen finde und für mich ist das eine Phantomdebatte, denn sie fußt auf dem Protokoll

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von wegen Phantomdebatte, legen Sie doch die Papiere vor.)

einer Arbeitsgruppe von Angestellten im öffentlichen Dienst von Land und Kommunen, stattgefunden im letzten August. Jetzt ziehen Sie so eine Debatte hoch und wollen hier gleich irgendeinen Popanz aufbauen, da sage ich Ihnen: Das zieht nicht. Dieses Kindergartengesetz ist mit übergroßer Mehrheit in diesem Landtag durch diese Fraktionen verabschiedet worden. Jetzt sage ich mal: Warum sollen dieselben, die das verabschiedet haben, jetzt da herangehen und dort irgendetwas reduzieren wollen oder wieder abbauen wollen?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Niemand hat die Absicht, die Standards wieder aufzuweichen.)

(Beifall CDU)

Deswegen ist das für mich keine Frage. Hier gibt es keine politische Kraft, die an irgendeiner Schraube dieses Gesetz zurückdrehen will. Ganz klare Aussage und Botschaft auch für meine CDU-Fraktion und für die Koalitionsfraktionen.

(Beifall CDU)

Dann muss man trotzdem auch Fragen stellen dürfen: Was geht da ab und wie können wir es schaffen, auch in Zukunft die hohe Qualität zu sichern? Sie haben selbst angeführt, Frau Rothe-Beinlich, dass es so ist, dass die Löhne steigen, steigen werden und steigen müssen; die müssen finanziert werden. Wir wollen sogar in dem Ausbau weiterkommen. An mancher Stelle ist es noch nicht möglich, Kindern im Krippenalter rechtzeitig und umfas-

send ein Platzangebot zu präsentieren. Auch der Bedarf an Ganztagsbetreuung, also länger als 9 oder 10 Stunden, wächst immer mehr und das können wir auch noch nicht an allen Stellen befriedigen. Also, es gibt da noch Bedarfe, die wir befriedigen wollen. Wir wollen auch in der Umsetzung des Bildungsplans weiterkommen. Das heißt, wir müssen dort Aufwendungen treffen und all das erfordert natürlich immer wieder einen höheren Finanzaufwand und den müssen und wollen wir aufbringen.

Nichtsdestotrotz sage ich auch, man muss darüber nachdenken, was da alles erwartet wird. Ich nenne mal ein Beispiel von einem Kindergarten aus meinem Wahlkreis: Ein Kindergarten, der herrlich ausgestattet ist, saniert ist, wo genug Personal da ist, wo alles passt, aber jetzt kommt ein Amt daher und sagt, Feuerschutz-, Brandschutzbestimmungen etc., Treppe anbauen, Flure, die wir in der Gesetzesdebatte gern als Aufenthaltsräume und Räume für pädagogische Beschäftigung mit nutzen wollten, müssen letztlich leer geräumt werden und dienen als Fluchtwege etc. Es entstehen in dem Fall über Nacht Mehrkosten von 130.000 € durch behördliches Handeln. Da hat sich der eine oder andere Angestellte im öffentlichen Dienst Gedanken gemacht und sucht nach Wegen, wie man diese Verteuerungen ein Stück weit eindämmen kann. Diese Debatte muss man noch einmal führen dürfen. Der können wir Politiker uns nicht verweigern. Aber ich sage es noch einmal: Für mich ist das, was die Grünen hier als Aktuelle Stunde beantragen, nur eine reine Phantomdebatte, um die Leute aufzuwiegeln. Für unsere Fraktion, für die Koalition, eine klare Ansage: Wir sind nicht bereit zu irgendeiner Abkehr von pädagogischen Standards an unseren Kindertagesstätten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Jung von der Fraktion DIE LINKE.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wiegele nicht die Leute auf, das machen wir schon. Hat der Minister gesagt.)

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucherinnen und Besucher, wir haben heute eine Aktuelle Stunde der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Emde, ich oute mich, auch wir wollten die beantragen, aber die Fraktion war etwas schneller.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sternstunde.)

(Abg. Jung)

Sie werden das ganz deutlich erleben, warum, weil die Sternstunde - und das hat der Minister gesagt - des Parlaments durchaus auf dem Prüfstand steht und es ist schon erstaunlich, wie Sie sich herausreden wollen, denn auf Ihrem Landesparteitag, und es ist nicht nur das sogenannte Hinterzimmer, was von Herrn Voigt in der Pressemitteilung gesagt wurde, wo Reißbrettspiele gemacht werden, sondern auf Ihrem Landesparteitag haben Sie über das Bildungsland Thüringen unter dem Titel beständig, chancenreich und leistungsstark ausgeführt, dass der Erfolg frühkindlicher Bildung davon abhängt, ob diese bezahlbar bleibt. Was erwarten Sie denn, was dann Eltern, was in der Öffentlichkeit dann diskutiert wird, wenn solche Sätze darin zu finden sind? Da ist durchaus ein Widerspruch da. Sie beziehen das natürlich auf überhöhte Elterngebühren, aber die Schlussfolgerung, die Sie daraus ziehen, ist nicht etwa, dann irgendetwas an der Finanzierung der Kindertagesstätten zu ändern oder darüber zu diskutieren, sondern Sie sagen, dass ein Weg auch sein muss, einzelne und in den letzten Jahren geschaffene Standards noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Das kann man in Ihrem Papier lesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen weiter, dass kostentreibende Auflagen,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Halten Sie die Beiträge von 4.500 € für richtig, Frau Jung?)

deren pädagogischer Sinn sich nicht erschließt, den Geldbeutel der Eltern zu belasten und auch den Geldbeutel der Kommunen. Wenn das für Sie beständig, chancenreich und leistungsstark ist, dann ist es durchaus wert, in diesem Hohen Haus diskutiert zu werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister hat ausgeführt, welche Standards in den letzten Jahren geschaffen worden sind. Es sind die Standards geschaffen worden, den Personalschlüssel zu erhöhen und ich teile die Auffassung von meiner Vorrednerin, dass wir durchaus ein hohes Niveau haben, aber wir haben nach wie vor nicht das Spitzenniveau in Deutschland, was Personalstandards anbelangt

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und europäisches Niveau haben wir überhaupt noch nicht erreicht. Wir tragen den europäischen Gedanken. Ja, wir haben den Rechtsanspruch ab einem Jahr gesetzlich geregelt und nun ergibt sich für uns natürlich die Frage, welche Standards meinen Sie denn wirklich, die auf den Prüfstand gestellt werden sollen? Wenn ich höre, dass es um Brandschutz- und Rettungswege geht, das erschüttert

mich total, weil ich glaube, daran darf nun gar nicht gespart werden, wenn es um solche Entscheidungen beim Betreiben

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von Kindertagesstätten geht.

Auch der Gemeinde- und Städtebund hat in seinem Papier an die Landesregierung den Abbau von Standards in Kindertagesstätten ebenso gefordert und wir als Linke sagen klar und deutlich, dass es mit uns diesen Abbau nicht geben wird. Die Eltern haben den Fraktionen den Forderungskatalog übergeben, Gebührenfreiheit steht da ganz weit vorn. Wenn das Land den Eltern - der Minister hat es auch immer wieder gesagt -, sagt, dass die Gelder, die für Kitas ausgegeben werden, von 370 Mio. € auf 530 Mio. € angestiegen sind, dann stimmt das formal, aber nur formal, weil sie vor Ort in den Kitas nicht ankommen, weil ein großer Teil über den Kommunalen Finanzausgleich ausgereicht wird und die Kommunen überhaupt nicht in der Lage sind, diese Dinge zu finanzieren.

(Beifall DIE LINKE)

Aber ich will auch sagen, dass die Kommunen natürlich auch eine ganze Menge Geld jetzt schon

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das Geld ist in den Kitas angekommen.)

sparen. Das ist nicht alles in den Kindertagesstätten angekommen, Herr Emde, das stimmt überhaupt nicht. Das wissen Sie ganz genau, dass die Gelder nicht

(Unruhe CDU)

vor Ort ankommen. Das Geld ist nicht zweckgebunden und wir fordern, dass diese Betriebsausgaben,

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Das Geld ist nicht zweckgebunden.)

wie sie zwischen Personal- und Sachkosten diskutiert werden, noch einmal aufgeschlüsselt werden und die Personalkosten direkt den Kommunen zugewiesen werden und Kindertagesstätten in der Einheit des Bildungsplanes von null bis zehn so behandelt werden wie Grundschulen. Wenn wir einen einheitlichen Bildungsplan haben und Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen sind, müssen Sie mir einmal die Frage beantworten, warum denn dann Kindertagesstätten nicht genauso finanziert werden wie Grundschulen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann wäre es sogar möglich, dass ein Besuch der Bildungseinrichtungen Kita gebührenfrei ist. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Das anders zu gestalten, können Sie auch mal beantragen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Pelke zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Aktuelle Stunde zum Thema, dass eine Sternstunde nicht zur Sternschnuppe verkommen darf. Wir sind dankbar dafür, weil es eine öffentliche Diskussion aufnimmt und ich finde es wichtig, dass wir heute hier im Landtag darüber reden und der Minister, glaube ich, hat auch, was die Frage von Standards und Qualität angeht, alles gesagt.

Ich sage hier an dieser Stelle ganz deutlich für die SPD-Fraktion: Qualität kostet. Ja, Qualität kostet. Aber genau das wollen wir. Wir wollen die Qualität für unsere Kindereinrichtungen, wir wollen die Standards erhalten und ich sage ganz deutlich: Wer sich mit dem Thema Absenkung von Standards, Absenkung von Qualität beschäftigt, der spielt im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben seinerzeit in einer sehr großen, über-großen Mehrheit hier im Landtag das neue Kita-Gesetz beschlossen. Wir haben mittlerweile über 2.500 neue Erzieherstellen. Es gibt den Rechtsanspruch, der schon genannt worden ist, ab dem ersten Geburtstag des Kindes. Es gibt den Rechtsanspruch auf Betreuungszeit von mindestens 10 Stunden wochentäglich von Montag bis Freitag. Wir haben mittlerweile 200 Mio. € mehr für den Kita-Bereich aufgebracht als noch in 2009. Ich stimme allen zu, dass man durchaus über die Weiterentwicklung von Standards und über die Weiterentwicklung von Qualität gerade unter dem Bildungsgebot dessen, was durch Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas abgeleistet werden soll, noch weiter diskutieren muss. Aber stattdessen kommt jetzt eine Diskussion zutage, wo es darum geht, unter finanziellen Aspekten die Kitas zu einer Spardüchse werden zu lassen. Das wird mit uns nicht passieren! Das sage ich auch in dieser Deutlichkeit. Ich bin Herrn Emde dankbar, dass er jetzt hier vorn für die Koalition gesprochen und ganz deutlich gesagt hat, das wollen wir gar nicht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das machen wir immer.)

Wir wollen das nicht. Das fand ich richtig gut. Für die Koalition zu sprechen, das macht er öfters, ja, aber zu diesem Thema jetzt einmal Aufklärung gegeben hat.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Im Gegensatz zu Ihnen.)

Er sagt, die CDU will keine Absenkung von Standards, die CDU will keine Qualitätsabsenkung. Vielleicht können Sie mir irgendwann noch einmal erklären, was dann das beschlossene Bildungspapier von der CDU auf dem Landesparteitag eigentlich soll, denn da wird, Frau Jung hat es zitiert, ganz deutlich das Thema angesprochen. Deswegen haben wir Diskussionen und es waren viele auch aus dieser Runde, im Übrigen auch Michael Panse von der CDU-Fraktion bei einer Veranstaltung, wo es um die Frage der Qualität ging. Das war eine Veranstaltung vom Landeselternbeirat Kita, gemeinsam mit der Ebert-Stiftung. Wir haben uns da alle in verschiedenste Arbeitsgruppen aufgeteilt und haben ganz deutlich festgehalten, dass wir daran nicht rütteln lassen.

Das habe ich jetzt alles verstanden, der Gemeinde- und Städtebund hat es mit der Absenkung von Standards nicht so ernst gemeint, die CDU hat es nicht so ernst gemeint mit der Absenkung von Standards und Sie auch nicht. Das Papier bei Ihnen im Ministerium, das war einmal so eine Überlegung, das ist jetzt weg und Sie stehen jetzt auf der Seite des Ministers, des zuständigen Ministers. Frau Ministerpräsidentin hat eben auch noch einmal gesagt - nein, nein. Jetzt ist es ja klar. Ist doch schön, dass heute die Aktuelle Stunde hier stattgefunden hat, jetzt ist es klar. Sie sagen dann auch noch dankenswerterweise etwas dazu und da freue ich mich. Interessanterweise, das Papier aus dem Finanzministerium, von dem heute, wie gesagt, keiner mehr so richtig etwas wissen will - es gab einmal einen stellvertretenden Ministerpräsidenten namens Schuchardt, der hätte zu so einem Papier Non-Paper gesagt und hätte das von Anfang an weggetan, aber gut.

Mit uns ist eine Absenkung beim pädagogischen Standard nicht zu machen. Wir wollen gut qualifizierte Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung. Wir halten auch an dem Betreuungsschlüssel fest, unabhängig von dem, dass noch vieles weiterzuentwickeln ist.

Jetzt lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Frage der Finanzflüsse machen. In Richtung Kommunen muss man auch einmal deutlich sagen, es ist schon ein Irrglaube, dass eine Standardabsenkung im Kita-Bereich in irgendeiner Form zum Einsparen von Mitteln und zu einem positiven Aspekt in den Kommunen führen würde. Das muss man deutlich sagen. Wenn es darum geht, und das hat Kollegin Jung angesprochen, dass wir die Finanzströme, die Finanzflüsse noch transparenter darstellen wollen, wo geht das Geld tatsächlich hin, dann müssen wir - auch das haben wir in dieser Veranstaltung diskutiert - uns überlegen, inwieweit wir bereit sind, eine Zweckbindung der Mittel festzuschreiben,

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Pelke)

damit ganz klar ist, dass deutlich wird, wo geht das Geld des Landes hin und wo kommt es an und was wird dann damit gemacht. Es gibt andere Beispiele, was mit Geldern gemacht wird, die über die Schlüsselmasse weitergegeben werden.

Die SPD steht dazu, dass die Sternstunde Kita-Reform erhalten bleibt. Es wird mit uns keine Absenkungen bei den Standards geben. Ich bedanke mich, dass das koalitionsmäßig eindeutig hier öffentlich gesagt wurde. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Rothe-Beinlich, herzlichen Dank für die Aktuelle Stunde. Wir wissen jetzt, keiner will Standardabsenkungen, allein, meine Damen und Herren, mir fehlt der Glaube. Wenn man jede dritte Erzieherstelle in den Kitas durch eine Sozialassistentenstelle umwandeln würde, würde man 21 Mio. € sparen. Dann, so das Papier - dieses Papier ist ja nun mehrfach benannt worden -, würde das Ganze auch passieren, ohne Standards abzusenken.

Meine Damen und Herren, wer der Meinung ist, dass das Ersetzen von Erziehern durch Sozialassistenten keine Standardabsenkung bedeutet, der liegt meines Erachtens völlig falsch.

(Beifall FDP)

Wir brauchen in den Kindertagesstätten nicht weniger Fachpersonal, sondern eher mehr, denn - das haben wir nun schon mehrfach gehört - auch in den Kindertagesstätten passiert Bildung. Herr Minister hat es angesprochen, es soll keine Standardsenkung in diesem Bereich geben und Sozialassistenten und Kinderpfleger sind eine sehr willkommene Ergänzung in der Betreuungsmannschaft in den Kindertagesstätten, aber sie sind eben nicht an der Stelle von Erzieherinnen zu denken. Das haben wir auch in dem Artikel gelesen, der vom Landeselternverband maßgeblich initiiert wurde mit heutigem Datum: „Kindertagesstätten sollen keine Sparbüchsen sein.“

Man darf auch nicht vergessen - Frau Rothe-Beinlich hat es angesprochen -, dass wir mit einem Betreuungsschlüssel von 1 : 16 bei Ab-Vierjährigen wahrlich nicht so einen rosigen Betreuungsschlüssel haben.

(Beifall FDP)

Trotz alledem gibt es dieses Papier. Der Generalsekretär der CDU, Herr Kollege Dr. Voigt, sprach von Reißbrettspielen in bürokratischen Hinterzimmern. Der Herr Finanzminister schob nach, dass es sich bei dem Papier um Gedanken des Beirats kommunale Finanzen auf Arbeitsebene handele. Im schon erwähnten Papier, nämlich dem Leit Antrag „Bildungsland Thüringen - beständig, chancenreich und leistungsstark“, den die CDU Thüringen am 23. November beschlossen hat, geht es auch um die Standards. Frau Präsidentin, ich zitiere: „Die extrem hohen Elternbeiträge einiger Kommunen, die zum Teil deutschlandweit ihresgleichen suchen, sind nicht hinnehmbar. Ein Weg, sie einzudämmen, muss auch sein, einzelne in den letzten Jahren geschaffene Standards noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Kostentreibende Auflagen, deren pädagogischer Sinn sich nicht erschließt, belasten die Geldbeutel der Eltern und Kommunen.“ Möglicherweise hat Herr Dr. Voigt mit den Reißbrettspielen in den Hinterzimmern auch den Landesparteitag der CDU gemeint. Das sei dahingestellt, auf alle Fälle haben wir heute zweimal gehört, es sollen keine Standards gesenkt werden, aber einmal ist es lesbar. Herr Kollege Dr. Pidde ließ in einer Pressemitteilung verlautbaren: Die Thüringer CDU meint mit Standardabbau in den Thüringer Kommunen nichts anderes als einen gefährlichen Personalumbau in unseren Kitas.

Aber, meine Damen und Herren, das ist die eine Herzkammer; die andere Herzkammer hat bundesweit zu tun und nicht nur in Thüringen. Und ähnliche Planspiele, wie sie hier benannt worden sind, werden anderswo nicht nur gedacht, sondern von der SPD auch umgesetzt. Im Mai letzten Jahres ist beispielsweise im grün-rot regierten Baden-Württemberg die Novelle des Kindertagesbetreuungsgesetzes in Kraft getreten und dabei wurde der Fachkräftecatalog deutlich ausgewertet. Und jetzt kommt es: Seitdem sind dort beispielsweise auch Dorfhelferinnen oder Familienpflegerinnen als Fachkräfte anerkannt. Sie brauchen nur 25 Tage Zusatzqualifikation und schon werden sie als Fachkräfte mit anerkannt. Auch das, meine Damen und Herren, unterstellt nach unserer Überzeugung eine Absenkung des Standards, denn es unterstellt natürlich auch, dass die Grünen und die SPD in ihrer gemeinsamen Regierung der Meinung sind, dass frühkindliche Pädagogik eigentlich jeder kann, mit 25 Tagen Schnellbesorgungskurs ist alles gut.

(Beifall FDP)

Aber die eigentliche Nachricht des Papiers aus dem Finanzministerium ist ja das, meine Damen und Herren, was die FDP und auch die Kommunen schon während der Novellierung des Kita-Gesetzes befürchtet haben. Wir haben alle dafür gestimmt, es ist alles schon gesagt worden, und weil uns Herr Matschie hoch und heilig versprochen hat, dass die

(Abg. Hitzing)

steigenden Kosten ausgeglichen ausfinanziert werden und dass die Kommunen genügend Geld bekommen, um das alles auszufinanzieren. Meine Damen und Herren, das ist nicht passiert, die Kommunen haben schwer zu tun und sie müssen die Gebühren erhöhen, weil sie einfach die Last nicht tragen können.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Hitzing!

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Ein Satz noch bitte. Unser Fazit ist: Die Katze ist aus dem Sack, ganz viel vorgegeben, ganz viel versprochen, aber die Versprechen nicht eingehalten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Voß zu Wort gemeldet.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nur weil ich des Öfteren in dieser Debatte angesprochen wurde: Wir haben jetzt mehrmals gehört, es gibt keine Standardabsenkung. Ich darf Ihnen sagen, das hatte auch keiner vor. Wir führen hier im Grunde eine schöne Phantomdiskussion.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schon klar. Niemand hat die Absicht, die Standards aufzuweichen.)

Nein, hören Sie auf mit diesen Wortspielen. Niemand hatte das vor und wir haben es hier mit einer Phantomdebatte zu tun und zwar noch in lancierter Form.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie werden das jetzt aufdecken.)

Sie ist lanciert und die, die lanciert haben, nehmen die Verunsicherung der Muttis und Väter in Kauf hier in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer ist denn das? Wer lanciert da was?)

Das will ich Ihnen gleich sagen, wie die Dinge zusammenhängen. Wir haben einen FAG-Beirat, haben wir selbst beschlossen, haben Sie beschlossen, und dieser arbeitet auf gesetzlicher Grundlage. Er ist nicht Bestandteil des Finanzministeriums, unterliegt weder meiner Fachhoheit noch sonst irgendwas. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, was die Burschen momentan beraten, aber offenbar, und dieser Sache bin ich nachgegangen, offenbar ha-

ben sie sich im Mai 2013 auch mit diesen Fragen befasst. Damit Schluss, das weiß ich gar nicht. Trotzdem erlangt dieses Papier zu einem Zeitpunkt, wo hier Elternvertreter eine Tagung haben, das Licht der Öffentlichkeit, und da werden hier die Leute aufgewiegelt. Das heißt, Sie haben eine Sache zu einem Thema gemacht, die von der Landesregierung überhaupt kein Thema ist. Das sage ich Ihnen mal ganz klar. Sie nehmen die Verunsicherung der Muttis und Väter hier im Land in Kauf. So viel zur Klarstellung.

Aber vielleicht auch eine klare Botschaft von meiner Seite: Es gibt und gab keine Bestrebungen in meinem Haus, weder Planung noch sonst etwas, und auch nicht der Landesregierung, die Qualität der Erziehung hier in Thüringen herabzusetzen. Das gab es gar nicht und trotzdem beschäftigen wir uns fast eine Stunde, weil es lanciert wurde. Wenn Sie kein Wahlkampfthema haben, dann müssen Sie sich irgendwo eines erzeugen und das haben Sie hier getan. Also das gibt es nicht, insofern haben wir hier eine Phantomdiskussion durchgeführt, meine Damen und Herren.

Dann vielleicht noch mal etwas, was Herr Emde zu dem CDU-Papier sagte. Hier geht es um Bezahlbarkeit, aber ich sage mal, da haben wir natürlich auch die Eltern im Auge, dass es für die bezahlbar bleibt. Und die Stadt Erfurt hat bekanntermaßen die höchsten Kita-Beiträge in fast ganz Ostdeutschland. Ich will es nur mal sagen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich habe mir auch einiges anhören müssen. Gut, insofern klare Aussage meinerseits und vielleicht mal zur Klarstellung dieser gesamten Diskussion. Schönen Dank.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da sollten wir mal eine Anfrage stellen, wer da was lanciert hat.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe diese Aktuelle Stunde. Zusätzliche Redezeit gibt es nicht.

Ich rufe nun auf den **vierten Teil** der Aktuellen Stunde

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Interessen der Thüringer Stromkunden bei der Energiewende vertreten“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7347 -

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Als Erster erhält Abgeordneter Barth das Wort für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die Solarwärme ist das Sorgenkind der Energiewende - so wurde der Thüringer Wirtschaftsminister dieser Tage in der Zeitung zitiert. Ich finde, dieser Satz offenbart eine dramatische Fehleinschätzung. Das Sorgenkind der Energiewende ist für viele Privathaushalte und auch für viele Unternehmen ganz bestimmt nicht die Solarwärme, sondern das sind die immer weiter steigenden Energiepreise, meine sehr verehrten Damen und Herren. In den Schuldenberatungsstellen häufen sich die Fälle, in denen Menschen sich melden, die ihre Strompreise nicht mehr bezahlen können. Bundesweit gibt es jährlich 6 Mio. Sperrandrohungen aufgrund von Zahlungsrückständen. Ja, Frau Schubert, stellen Sie sich das mal vor, solche Menschen gibt es.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das weiß ich, aber das hat nichts damit zu tun, bleiben Sie mal sachlich.)

Aber, meine Damen und Herren, ob Energiearmut jetzt das Zeug hat, zum Wort oder zum Unwort des Jahres zu werden, das weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist es ein Ding oder eben ein Unding, dass ein Produkt, welches meistens im Überfluss produziert wird - die Bundesrepublik hat allein im letzten Jahr 33 Mrd. Kilowattstunden Strom exportiert -

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat es denn teuer gemacht?)

und welches demgemäß entsprechend billig sein müsste, durch den Staat - Herr Adams, der macht es so teuer -, durch den Staat so teuer gemacht wird, dass sich Millionen Menschen Strom und Wärme nicht mehr leisten können.

(Beifall FDP)

Und ich sage, ich war von dem Vorschlag der Expertenkommission dieser Tage nicht überrascht, die vorgeschlagen hat, das EEG abzuschaffen.

(Beifall FDP)

In Thüringen - und das war alles die FDP, Herr Adams, selbstverständlich. Wir sind wahrscheinlich auch dafür verantwortlich, dass Krieg in Afghanistan gewesen ist. In Thüringen liegt der Anteil der Energiekosten an der Kaufkraft bei 6,9 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sind es 5,3. Für diesen Unterschied sind wahrscheinlich auch wir zuständig.

(Beifall FDP)

Nirgendwo sonst in Deutschland müssen private Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie ausgeben als bei uns hier in Thüringen. Die Firma Heinz-Glas im südthüringischen Piesau verlagert Teile ihrer Produktion nach Polen. Das ist nur die Spitze des Eisberges, denn es gibt viele kleine und mittelständische Unternehmen, die nicht diese öffentliche Aufmerksamkeit haben und trotzdem Probleme haben. Die haben auch keine Chance, sich von den Netzentgelten und von der EEG-Umlage zu befreien. Vielleicht könnten die LEG oder auch der Landesrechnungshof denen mal Hinweise geben. Die beiden sind nämlich vom Netzentgelt befreit.

(Beifall FDP)

Wahrscheinlich haben die aber so viel Zeit, dass sie einfach in ihre Behörden gehen und das Licht und die Rechner an- und ausschalten je nach dem, ob gerade viel oder wenig Strom in den Netzen unterwegs ist.

(Beifall FDP)

Wenn aber, meine Damen und Herren, unsere Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig sind, dann droht Abbau von Arbeitsplätzen, dann werden die Strompreise zum Jobkiller. Das alles macht mir Sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Das macht den Menschen Sorgen, es sind offenbar viele betroffen, und es macht auch den Unternehmen Sorgen. Unser Wirtschaftsminister sorgt sich um die Solarwärme. Wenn die Preise immer weiter steigen, meine Damen und Herren, dann gerät - und das ist die eigentliche Gefahr dabei -, dann gerät der gesellschaftliche Konsens zur Energiewende in Gefahr. Wir brauchen bezahlbare Energie und dazu muss die Förderung der erneuerbaren Energien gesenkt und grundlegend reformiert werden.

(Beifall FDP)

„Baustellen und leere Versprechen, wohin man schaut.“ - das ist an dieser Stelle gesagt worden, und zwar von Ihrem Vorgänger, sehr geehrter Herr Kollege Höhn, Herrn Machnig. Er hat damals die Energiepolitik der Vorgängerbundesregierung gemeint und der Satz passt heute noch genauso. Sie waren aber angetreten, alles besser zu machen, und haben sich am Ende gerade mal zu dem Ziel durchringen können, den Anstieg der Energiepreise zu verlangsamen. Von stabilisieren oder gar senken redet schon niemand mehr. Aber nur den Anstieg zu verlangsamen, meine Damen und Herren, das sage ich Ihnen, das wird nicht reichen. Wir müssen die erneuerbaren Energien in den Markt integrieren und wir müssen auch den ungebremsten Ausbau stoppen, und zwar vor 2017, damit die Preise sich zunächst wenigstens stabilisieren. Und wir sollten die Stromsteuer senken. Das wäre ein

(Abg. Barth)

Beitrag, dass die Preise auch gleich, auch schnell sinken können.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Warum habt ihr es letzte Legislatur nicht gemacht? Wir hatten es doch vorgeschlagen!)

Ja, wir haben es nicht gemacht. Wenn Sie es besser können, dann machen Sie es doch. Ja, Sie haben es vorgeschlagen, dann machen Sie es doch jetzt - das ist doch ganz einfach - und machen Sie es besser als wir, das wollten Sie doch. Sie haben doch jahrelang behauptet, Sie könnten es. Jetzt sehen wir alle, Sie können es mindestens genauso schlecht.

(Beifall FDP)

Was macht unsere Landesregierung zum Thema Energiewende außer neuen Förderprogrammen zur Solarwärme, die die Energie am Ende noch teurer machen? Minister Carius und die Ministerpräsidentin lassen sich dafür feiern, dass die „SuedLink“-Trasse von Schleswig-Holstein nach Bayern nicht durch Thüringen führt. Ich sage mal ganz ehrlich, das ist schlicht Dummenfang, ein solcher Umweg dieser Trasse war nie geplant, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Manchmal hast du sogar recht.)

Dafür will die Ministerpräsidentin jetzt verhindern, dass die Gleichstrompassage von Lauchstädt nach Meitingen nicht durch Thüringen führt. Ich bin mal gespannt, ich ahne, dass sich die Sachsen schon sehr auf die Vorschläge der Thüringer Landesregierung freuen, wie sie das ihren Bürgern dann klar machen sollen, wenn Thüringen von dieser Trasse verschont werden soll.

Das alles sind Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren. Die Landesregierung hat kein Konzept gegen den Anstieg der Strompreise, das ist das wahre Sorgenkind der Energiewende, dem Sie sich widmen sollten. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Worm das Wort.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat für die heutige Aktuelle Stunde das Thema der Energiewende und den Schutz der Thüringer Stromkunden gewählt. Im Üb-

rigen - nur so als Anmerkung - eine Energiewende, die die FDP als damalige Regierungspartei gemeinsam mit der Union im Bund verabschiedet hat. Hier wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, acht Kernkraftwerke in Deutschland wurden stillgelegt und die Laufzeit der übrigen neun Kraftwerke ist zeitlich bis 2022 gestaffelt, bis die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet werden sollen. Dieses Ziel ist sehr ambitioniert und verlangt sowohl der Politik, der Wirtschaft, aber auch den privaten Verbrauchern große Anstrengungen ab, das dürfte an dieser Stelle jedem klar sein. Fakt ist, eine erfolgreiche Energiewende im Industrieland Deutschland und im Herzen Europas ist nur dann möglich, wenn Deutschlands Wirtschaft weiterhin wettbewerbsfähig bleibt und perspektivisch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Hier sind wir wohl bei dem Grund, und Uwe Barth hat es auch angesprochen, warum die Fraktion der FDP diese Aktuelle Stunde beantragt hat. Hintergrund ist ein Briefwechsel zwischen der Firma Heinz-Glas und der FDP-Fraktion. Ich will jetzt gar nicht näher darauf eingehen. Ich denke, dieser Briefwechsel ist einem größeren Personenkreis bekannt. Eben deswegen diskutieren wir heute wieder über das Thema Energiewende in Thüringen und die Interessen der Thüringer Stromkunden. Wie der Fraktionsvorsitzende der FDP, Uwe Barth, in seinem Antwortschreiben an Heinz-Glas richtig bemerkte, wurden bei der Umsetzung der Energiewende durchaus in der Vergangenheit auch Fehler gemacht. Man muss eins konstatieren, wir befinden uns im Heute und im Hier und im Jetzt. Das bedeutet Folgendes: Damit Deutschland mit zwei parallelen Energieinfrastrukturen nicht das teuerste Energiesystem weltweit aufbaut, ist sowohl eine intelligente Verzahnung der Energiesysteme als auch ein abgestimmtes Energiekonzept zwischen Bund und Ländern entscheidend. Die Aufgabe unserer Landesregierung ist es, sich genau dafür einzusetzen, was sie im Übrigen tut, darauf zu achten, dass beim Zubau der Erneuerbaren ein vernünftiger Mix zum Zuge kommt und nicht der eine im Norden das Geld für die Erzeugung der Windenergie kassiert, der andere im Süden in den Industriebetrieben den erzeugten Strom nutzt und Thüringen am Ende als Durchleitungsland massive Standortnachteile durch höhere Netzentgelte verkraften muss.

(Beifall CDU)

Deshalb begrüßen wir als Fraktion die Positionierung der Landesregierung in dieser Frage. Ich verweise auch gern auf die gestrige Pressemitteilung von Minister Carius zu diesem Thema. Ein weiterer Punkt ist, dass wir in Deutschland, vor allen Dingen in Thüringen, eine effiziente Stromerzeugung im Fokus haben sollten, anstatt einer subventionsgetriebenen. Es sollten dementsprechend Anlagen zur Energiegewinnung dort gebaut werden, wo sie den höchsten Ertrag erwirtschaften können, und nicht dort, wo jemand eine Wiese oder einen Acker be-

(Abg. Worm)

sitzt und für die Errichtung von Windkraftanlagen über das EEG die entsprechenden Subventionen kassiert. Im Übrigen umfasst die Energiewende nicht nur den Bereich der Energieerzeugung, sondern ebenso die Bereiche Wärme und Verkehr, welche jedoch in der Öffentlichkeit nicht so präsent sind. Neben den bereits genannten gibt es noch zahlreiche andere Punkte, auf welche die Landesregierung, aber auch die Bundesregierung besonderes Augenmerk zu legen haben. Allen voran, und das sage ich immer wieder gern, sei hier die Erforschung von neuen Speichermedien genannt oder auch die Koordination der Energiewende mit den EU-Mitgliedstaaten, um Notwendigkeit und Ausbau der Energienetze und der Erneuerbaren europaweit abzustimmen. All das gibt einen knappen Überblick über das Wirken der Landesregierung, insofern das überhaupt in 5 Minuten möglich ist, und zeigt, in welcher verschiedenen Richtungen die Thüringer Landesregierung bestrebt ist, die Interessen der Thüringer Stromkunden zu vertreten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Abgeordneter Hellmann das Wort.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Gäste, Interessen der Thüringer Stromkunden bei der Energiewende vertreten, ja, liebe Kollegen von der FDP, es überrascht mich immer wieder, dass ihr das Energiethema so sehr in den Fokus nehmt, aber wir wollen uns gerne das eigene Konzept noch mal anschauen und darauf reagieren.

Das Kuriose an der ganzen Geschichte ist, und das ist vielleicht gar nicht so vordergründig hervorgetreten, Energiepolitik ist eigentlich weniger Politik der Landesregierung. Natürlich ist es Politik der Landesregierung, aber die Beeinflussbarkeit. Interessanterweise hat die FDP in der Drucksache 5/7227 eine Kleine Anfrage gestellt und hat die auch von der Landesregierung beantwortet bekommen. Und wenn ich die großen Brocken sehe, was den Energiepreis beeinflusst, dann sind das die Netzentgelte, dann ist das die Energiebeschaffung, dann sind das die Stromsteuer und die Umsatzsteuer. Also dort sehe ich wenig Einflussmöglichkeit der Landesregierung, obwohl es bei den kleineren Positionen Einflussmöglichkeiten gibt, das muss ich sagen. Aber es scheint mir hier alles in allem doch ein bisschen viel Polemik. Deswegen habe ich mich auch in meiner Diskussionsvorbereitung darauf gestützt, generell zu diesen Problemen zu sprechen, wie man Einfluss auf die Energiekosten nehmen kann. Wir sprechen bei der Energiewende vom sogenannten magischen Dreieck, von Versorgungssi-

cherheit, Bezahlbarkeit (sprich Wettbewerbsfähigkeit) und Nachhaltigkeit. Diese drei Faktoren müssen miteinander korrespondieren, sollten ausgewogen sein. Das ist soweit in Ordnung. Die werden miteinander korrespondieren. Aber sie können auch gegenläufig sein und das müssen wir einfach beachten. Deswegen ist es aus meiner Sicht erforderlich, dass wir ein Primat festlegen. Aus meiner Sicht kann das nur die Nachhaltigkeit sein, weil die alles überschattet. Wenn wir die Nachhaltigkeit nicht beachten, Herr Barth, da nützt uns auch bezahlbare Energie nichts,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn im Nachgang können wir die Rechnung nicht begleichen, wenn der Klimaschutz nicht gewahrt wird, wenn davon abgeleitet der Naturschutz nicht gewahrt wird, dann werden wir unsere Lebensgrundlage zerstören, und was das kostet, darüber müssen wir wohl nicht weiter reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für mich das Grundsätzliche und der Ausgangspunkt. Bewegen wir uns in die Niederungen der Politik. Wenn ich niedrige und bezahlbare Kosten haben will, dann brauche ich in diesem Deutschland eine ordnende Hand. Nun könnte man annehmen, das ist jetzt mit der neuen Bundesregierung geschehen.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Nehmen Sie es mal an, Herr Hellmann.)

Eine Hand, Herr Minister, würde ich Ihnen zugestehen, in einer Hand schon, ob sie ordnend ist, das wird sich bald herausstellen, weil ich der Meinung bin, wir reden von einem Energiesystem und dort muss eigentlich diese Umstellung aus meiner Sicht - ich nehme das Wort gerne in den Mund - geplant werden. Das muss planmäßig betrieben werden, das ist das Problem. Das würde ich mir wünschen, dass das durchgezogen wird, und dann kann es aber nicht sein, dass man die Offshore-Energie so privilegiert, wie es jetzt angedacht ist. Ich hoffe, dass das noch eingeschmolzen wird. Das bedeutet mit Sicherheit, dass wir teure Energie haben werden, wenn wir die Offshore-Energie in den Größenordnungen ausbauen. Ganz nebenbei bemerkt, wenn wir von Interessen der Stromkunden reden, wir werden auch eine enorme Umweltzerstörung durch unnütze Übertragungsleitungen haben, die einfach den Strom von der Nord- und Ostsee bis nach Bayern bringen.

Wenn wir von niedrigen Kosten reden, dann bin ich auch der Meinung, brauchen wir eine kürzere Umstellungsfrist. Die Bundesregierung hat die Zielstellung, bis 2050 80 Prozent des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Das ist einfach zu lange. Ich kenne keinen wirtschaftspolitischen Prozess in Deutschland, nicht

(Abg. Hellmann)

einmal die Einführung der Eisenbahn, was nun wirklich eine revolutionäre Tat war, die so lange gedauert hat, wie wir an dieser Energieumstellung basteln wollen. Das ist für mich die blanke Notbeatmung für die Konzerne, die hiervon profitieren. Ich will nur ein Ergebnis der Energiekonferenz in Weimar nennen, dort ist in der Diskussion klar hervorgekommen, je länger das dauert, umso teurer wird es. Also wir müssen auch dort - in der Kürze liegt die Würze, sagt man - diese Zeit der Umstellung eindampfen.

Frau Präsidentin, ich sehe es; ich hätte noch viel zu erzählen. Ich beuge mich der Gewalt, es ist alles klar.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Keine Gewalt! Es spricht für die SPD-Fraktion Abgeordneter Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Energiepreise sind für viele Thüringer zur Existenzfrage geworden. Dieses Thema stellt meine Fraktion in jeder energiepolitischen Debatte in diesem Haus an den Anfang der Ausführung, und zwar schon seit fünf Jahren, oftmals widersprochen vonseiten der FDP. Die Anzahl der Stromsperrungen, die im Übrigen nicht gestiegen, sondern zurückgegangen ist, wenn man die aktuellsten Zahlen sieht, ist natürlich ein Indikator dafür, aber nicht die Ursache. Das Beispiel, was Sie gebracht haben, Herr Kollege Barth, das ist absurd. Ich war mit meinem Wirtschaftsminister, der damals mein Fraktionsvorsitzender war, bei Heinz-Glas und wir haben uns mit dem Firmeninhaber über die Frage unterhalten. Der Hauptgrund für die Verlagerung der Produktion ist nicht die Frage des EEG, weil der nämlich gar keine EEG-Umlage zahlt, der Hauptgrund ist die fehlende Netzstabilität und die Befürchtung, dass es kein stabiles Netz gibt und dafür gab es einen Chart, den Heinz-Glas uns mit drei Forderungen gezeigt hat, die lesen sich wie das Regierungsprogramm der SPD.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und woran liegt das?)

So ist das nun einmal.

(Unruhe FDP)

Dazu gehören Dinge, wo Ihre Kollegen aus der Fraktion die Bürgerinitiative dagegen anführen, beim Thema „Schmalwasser“ zum Beispiel.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dann machen Sie es mal.)

Das sind Punkte, die zur Netzstabilität führen, Herr Barth. Hören Sie zu, dann werden Ihre Reden in Zukunft vielleicht inhaltsvoller.

Die einzige Frage, die die FDP in den letzten 1,5 Jahren in diesem Haus beschäftigt oder die einzigen drei Fragen sind doch folgende, energiepolitisch gesehen, sind es drei Fragen: Wie verhindert man erfolgreich die Kommunalisierung der Energieversorgung und stützt damit weiterhin das Preisdiktat der großen Energiekonzerne? Das ist die erste Frage.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das war am Anfang.)

Die zweite Frage, die Sie immer wieder beschäftigt, wie rechtfertigt man noch die sinnloseste Ausnahme aus der EEG-Umlage für den nächsten Eckkiosk, weil er vielleicht irgendwann einmal FDP-Klientel werden könnte? Das ist die zweite Frage, die Sie beschäftigt.

(Unruhe FDP)

Und die dritte Frage, wie diskreditiert man am erfolgreichsten die erneuerbaren und die bürgerbewegten Energieformen, damit man vielleicht irgendwann mal wieder eine Hintertür für die geliebte Atomlobby hat?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: An Dummheit nicht zu überbieten.)

Das sind die drei Fragen, die die FDP energiepolitisch im Bund und in Thüringen beschäftigt.

(Beifall SPD)

Wenn es in diesem Haus jemals um die Frage geht, den Bürgerinnen und Bürgern an die Hand zu gehen, in der Frage der ausufernden Energiepreise zu helfen; 43 Prozent, seit 2002 sind die Preise - im Übrigen 80 Prozent der Kosten in einem normalen Haushalt entstehen nicht durch Strom, sondern durch Wärmeenergie -, um 43 Prozent gestiegen, die Preise für Öl und Gas in den letzten zehn Jahren, um 43 Prozent. Und wenn wir als Fraktion einen Vorschlag auf den Weg bringen, um den Menschen zu helfen, dass sie ihre Preise für Öl und Gas irgendwann einmal kontrollieren können, wenn wir das wollen, ist das der FDP auf einmal zuviel Regulierung. Ich lade Sie herzlichst ein, die komplette rechte Seite dieses Hauses, zu der Frage, wie hilft man Thüringern, ihre Energiekosten bezahlbar zu halten, mit uns endlich ein erneuerbares Wärmegesetz auf den Weg zu bringen. Das ist nämlich der Weg, dass den Bürgerinnen und Bürgern geholfen wird, dass die Energiepreise bezahlbar werden, weil Fakt ist, viele Thüringer Familien zahlen mehr für Energie als für Essen und Trinken. Ich halte das für einen Skandal und wir müssen den Menschen helfen, diese Preise im Griff zu behalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Weber)

Das schafft man aber nicht mit Sonntagsreden und das schafft man vor allem nicht mit der Abschaffung des EEG. Damit ist keinem in Thüringen wirklich geholfen. Ich lade Sie ein, sich einmal mit den Kosten auseinanderzusetzen und vielleicht auch einmal mit Herrn Heinz ernsthaft über die Frage, warum er denn seine Produktion auslagern möchte. Er zahlt de facto 3,5 Cent mehr in Polen für die Kilowattstunde als in Thüringen, 3,5 Cent mehr. Jetzt erklären Sie mir bitte, warum er wegen so hohen Strompreisen seine Produktion verlagern wollte. Er hat uns bei einer längeren Diskussion ausdrücklich gesagt, der Grund für die Verlagerung ist die Befürchtung, dass zu wenig Netzstabilität da ist, weil man in Thüringen zu lange über Leitungen diskutiert, weil man in Thüringen zu lange über Pumpspeicher diskutiert und weil man nicht bereit ist,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wer regiert da noch mal?)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

tatsächlich die Erneuerbaren so zu fördern, dass der erneuerbare Strom zuverlässig bei den Großverbrauchern ankommt,

(Unruhe FDP)

ob die im Thüringer Wald sind oder ob die im Süden Deutschlands sind.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wer stellt den Wirtschaftsminister, der dafür verantwortlich ist?)

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Abgeordneter Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, ich sage es mal ganz kurz, vielen Dank, lieber Frank, auch an der Stelle. Ich glaube, wie einigen hier fällt es mir immer wieder schwer, mich mit den energiepolitischen Anträgen der FDP auseinanderzusetzen und das ist recht auffällig. Ich will versuchen, das mal an zwei Punkten auszuführen. Liest man den Titel Ihrer Aktuellen Stunde „Interessen der Thüringer Stromkunden bei der Energiewende vertreten“ könnte man leicht den Eindruck haben, dass es um die Gestaltung der Energiewende geht. Hört man sich Ihre Reden an und sieht man sich Ihre Anträge an, geht es bei Ihnen grundsätzlich immer nur gegen die Energiewende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht einfach nur gegen die Energiewende und es geht bei Ihnen nur um eine Sache: Billig, billig, billig. Als würden Sie darauf stehen. Ich verstehe auch nicht, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen, der Thüringer Strompreis ist zu hoch. Wir haben mindestens zwei, die wir uns ansehen müssen. Und zwischen diesen beiden gibt es seit 10 Jahren eine immer weiter auseinandergehende Schere,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Für Sie gern auch „die Thüringer Strompreise“.)

eine immer größere Schere. Das ist nämlich der Industriepreis und es ist der Haushaltspreis. Im Folgenden sind Sie nur noch auf den Haushaltspreis eingegangen. Haushaltspreis ist auch der Preis, den die Handwerksbetriebe und die kleinen Unternehmen und die mittelständischen Unternehmen bezahlen.

(Unruhe FDP)

Da haben wir schon einmal herausgearbeitet, wenn man präziser formulieren würde, darum geht es. Ja, darum geht es. Nun schauen wir uns doch mal diesen Preis genau an. Das ist einer der höchsten in Deutschland.

(Unruhe FDP)

Wir haben hier ein Diagramm von Verivox, also nicht von den Grünen, ganz ausnahmsweise von Verivox. Dort liegen auf den Plätzen 10, 11 und 12 Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Hessen. Teuerster übrigens Rheinland-Pfalz, billigster Hamburg. So sieht die Preisskala aus. Wenn man sich statistisch damit befasst und die höchsten drei und die niedrigsten drei rausnimmt, kommt man darauf, dass es einen wesentlichen Unterschied von nur 0,7 Cent in der Mittelgruppe der 10 Bundesländer gibt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und das ist wenig Geld?)

Nein, Herr Barth, das ist nicht wenig Geld. Das ist der Versuch der Einordnung der Kategorisierung des Problems, das Sie zu beschreiben versuchen. Das Problem ist bei genauem Hinsehen nämlich ein anderes Problem.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: ... finanzieren.)

Herr Barth, Ihr Wort in Gottes Ohr. Hoffentlich schüttelt er da nicht mit dem Kopf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist so, dass 17 Prozent der deutschen Haushalte mehr als 10 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnenergie ausgeben müssen. Kollege Weber hat schon ausgeführt, von diesem Batzen, der zu zahlen ist, sind 80 Prozent Wärme, deshalb ist es richtig - und

(Abg. Adams)

wir unterstützen das, was Uwe Höhn gemacht hat -, nämlich sich einmal der Wärme zuzuwenden.

(Beifall SPD)

Wir sind im Augenblick viel zu stark darauf orientiert, den Strompreis

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der hat keine Ahnung.)

oder die Stromkosten bzw. die Stromenergiegewende, die Energiegewende beim Strom hinzubekommen, aber der große Brocken, der liegt bei der Wärme und es ist vollkommen richtig, dass man darauf auch achtet und vorwärtsgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie von der FDP haben keine Antwort. Sie haben null Antworten auf die Frage, wie man den Haushalten hilft, die unter dieser Energiearmut - ein neu geprägtes Wort - leiden. Da hilft nur eines, nämlich die Energiegewende zum Beispiel in Solarthermie und Energieeffizienz und Energieeinsparung. Da sind Sie diejenigen, die immer wieder bremsen.

Jetzt gehe ich noch einmal auf den hohen Strompreis ein. Wenn ich Ihnen die Tabelle gerade vor Augen geführt habe und wir uns mit den Fakten auseinandersetzen, stellen wir fest, dass die EEG-Umlage deutschlandweit verteilt wird. Sie kann also keinen signifikanten Unterschied zwischen den Bundesländern herstellen. Der signifikante Unterschied, auch das hat Kollege Weber schon gesagt, liegt allein in den Infrastrukturkosten, also dem Leitungsausbau. Da schauen wir uns mal an, wer denen die Haushalte auferlegt, wer zu der Entsolidarisierung zwischen Industrie und dem kleinen Unternehmen und den Mittelständern beigetragen hat.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Lassen Sie mich raten, wir waren es.)

Das waren Sie. Das ist Ihr Wirtschaftsministerium gewesen, Herr Barth.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie lachen darüber, das wirkt etwas unfreiwillig komisch. Sie haben sich für die Großen eingesetzt, haben die Kleinen links liegen lassen und das Problem bemängeln sie heute, das wirkt sehr komisch, das Adjektiv dazu möchte ich mir verkneifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Barth, wir waren doch beide zusammen beim Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich dachte, Sie kommen zum Schluss.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, komme ich auch.

(Beifall FDP)

Dort gab es einen Leitspruch, einen energiepolitischen Leitspruch und der sagte, so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig. Wollen wir das, dann müssen wir die Energiegewende durchführen und sie nicht weiter bremsen. Deshalb vorwärts zur Energiegewende!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Herr Wirtschaftsminister Höhn das Wort.

Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen ausdrücklich bei den Rednern von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN für die sehr sachbezogene, für die kenntnisreiche Diskussion bedanken. Bei Ihnen, Herr Kollege Barth, kann ich mich nicht bedanken. Ich kann mich höchstens dafür bedanken, dass Sie das Thema hier aufgerufen haben, das sei Ihnen zugestanden, das will ich gerne tun. Aber wenn es darum geht, die Interessen, das ist ja der Titel Ihrer Überschrift, der Thüringer Stromkunden bei der Energiegewende zu vertreten, dann meinen Sie natürlich, die Bezahlbarkeit von Strom bzw. dem Strompreis an sich. So weit, so gut. Ich bin gern bereit, auch über dieses Thema zu sprechen, denn da sind wir uns durchaus einig. Wo wir uns nicht einig sind, sind Ihre Vergleiche, die Sie ziehen. Mir fällt da nur der Spruch ein, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, Herr Kollege Barth.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Solarthermie, die Notwendigkeit von Solarthermie mit den Strompreisen in dieser Weise, wie Sie es getan haben, zu verknüpfen, das haben Sie exklusiv, das will Ihnen auch gar keiner streitig machen. Das lassen wir mal so stehen.

Der Strompreis, da gebe ich Ihnen durchaus recht, wird, wenn es diese Entwicklung so weiter vollzieht, eine immer stärkere auch nicht zuletzt soziale Frage. Und - das sage ich ausdrücklich auch für den Fachbereich - steigende Strompreise sind schlecht für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Vollkommen klar. Dann sage ich es ganz vorsichtig, Herr Kollege Barth: Leicht irritiert bin ich dann allerdings darüber, dass ausgerechnet Sie die Strompreise zum Thema machen. Sie hatten ja nun immerhin - ich gebe zu, im Gesamtkontext gesehen, sind vier Jahre wenig Zeit, relativ, für Sie als Partei

(Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Höhn)

gesehen, ist das viel Zeit - vier Jahre Zeit, sich um das Thema zu kümmern. Und was ist passiert?

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: An der Blockade lag es, im Bundesrat.)

(Unruhe FDP)

Nichts. Es ist nichts passiert, bis auf eine Sache - Sie machen ständig immer nur den Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. den Anstieg der Erneuerbaren-Energien-Umlage und anderer - Sie haben das eben auch wieder so getan - sogenannter staatlich verordneter Strompreiskomponenten verantwortlich, die den Strompreis in die Höhe getrieben haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, was mir auffällt? Ich kann Ihnen das sogar in Zahlen belegen. Wissen Sie, wann die EEG-Umlage explodiert ist? Können Sie sich das denken? 2009,

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Weil die Subventionsbeträge so hoch waren.)

also zu Beginn der Übernahme des Wirtschaftsressorts durch verschiedene FDP-Wirtschaftsminister, lagen die EEG-Kosten insgesamt bei 5,3 Mrd. €, das heißt, umgerechnet auf den Durchschnittshaushalt betrug die Umlage in etwa knapp unter 50 €. In diesem Jahr werden es voraussichtlich 23,6 Mrd. sein oder - anders ausgedrückt - 266 € pro Haushalt. Fällt Ihnen da etwas auf? Mir fällt da auf, dass an diesen staatlichen Eingriffen, Herr Kollege Barth, die FDP nun wahrlich nicht ganz unbeteiligt ist. Ich will Ihnen das auch gern begründen. Die sogenannte Paragraf-19-Umlage oder - anders formuliert - die schon vielfach diskutierte Entlastung der Großverbraucher von den Netzentgelten, das ist unter FDP-Regie in das Gesetz hineingekommen und die Offshore-Haftungsumlagen wären noch zu nennen. Nur noch einmal für Ihren Hinterkopf, damit Sie die Diskussion auch richtig einordnen können. Und man müsste einige Dinge anführen, Herr Kollege, die zeigen, dass Ihre Debatte - wie Sie sie angelegt haben, was das Thema Preise an sich betrifft - ziemlich weit hergeholt sein dürfte. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ihr Klientel benutzt sehr oft den Begriff: Öko gleich teuer. Diese Formel höre ich jedenfalls relativ oft. Nun gibt es Vergleichsportale, die haben einmal gecheckt, wie das mit den Strompreisen in den 50 größten deutschen Städten ist. Diese Checker haben gecheckt, dass in diesen Familien mit einem Ökostromtarif im Vergleich zur Grundversorgung bis zu 400 € im Monat weniger an Stromkosten auf sie zukommen als das vorher der Fall war. Einer - ich glaube, es war Kollege Hellmann - hat darauf hingewiesen und ihm will ich auch noch einmal ganz besonders für seinen sehr fundierten Beitrag danken -, er hat darauf aufmerksam gemacht, was Strompreistreiber sind, das ist die Frage des Energieeinkaufs, also Energieimport-

te, da geht es hauptsächlich um Erdöl und um Erdgas. Das ist eine Summe, die muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: 2012 wurden 545 Mrd. € für die Einführung von Erdgas und Erdöl ausgegeben.

Man könnte übrigens auch einmal darüber sprechen, meine Damen und Herren, wie die konventionellen Energien den Strompreis zusätzlich erhöhen würden, wenn die realen oder sprich versteckten Kosten nach der EEG-Methode umgelegt werden würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wäre nämlich ein durchschnittlicher Haushalt mit über 360 € zusätzlich pro Jahr belastet. Das hat eine Analyse des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ergeben. Es wird auch nur relativ selten erwähnt, dass es in den vergangenen Jahren bei den großen Versorgern durchaus einige Investitionsfehlscheidungen gegeben hat. Obwohl man die CO₂-Reduktionsziele und damit natürlich auch den Ausbaupfad der erneuerbaren Energien kannte, wurde, ich sage das einmal sehr salopp, in Dinosauriertechnologien investiert - Stichwort Kohle. Aber auch diese Fehler müssen die Verbraucher über den Strompreis kompensieren.

Dann, lieber Kollege Barth, ich komme nicht umhin, Ihren Vergleich zum Thema Wärme noch einmal aufzugreifen. Da müssen wir uns wirklich die Frage stellen, ob dieses Thema in den letzten Jahren mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt worden ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nämlich nicht der Fall. Was haben wir für die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie getan? Da wurde ebenfalls unter Ihrer Ägide in den letzten vier Jahren nichts getan und wir haben im Übrigen nur noch dieses Jahr Zeit dafür, diese Ziele umzusetzen. Das will ich an dieser Stelle nur noch einmal bemerken.

Also, meine Damen und Herren, Herr Kollege Barth, was die politische Verantwortung betrifft, da wäre ich an Ihrer Stelle etwas vorsichtiger mit solchen vorschnellen Urteilen, wozu Sie sich hier haben hinreißen lassen. Nur zur Frage der Unangemessenheit bestimmter, ich sage ganz deutlich, auch tendenziöser Debatten, die immer nur einen Schuldigen kennen.

So, meine Damen und Herren. Wollen Sie noch einen Vergleich hören, Herr Kollege?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ja, Hauptsache wir sind schuld.)

Ja, sind Sie auch.

(Beifall SPD)

2009 hat die Kilowattstunde Strom noch 23,2 Cent gekostet, jetzt sind es 29 Cent. Was lag dazwi-

(Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Höhn)

schen? Können Sie sich ausrechnen. Laut Statistischem Bundesamt sind die Strompreise für private Verbraucher um knapp 12 Prozent gestiegen.

Natürlich auch - da komme ich auf das Thema zu sprechen, was Sie hier explizit meinen und der Kollege Weber hat es zu Recht angesprochen -, die Glasindustrie hat schwer zu kämpfen, die ist im Übrigen aber von der EEG-Umlage befreit. Das Stahlwerk ist es auch. Und trotzdem gibt es Schwierigkeiten, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Das hat aber andere Ursachen. Und speziell auf das Beispiel der Südtüringer Glashütten, die leiden unter anderem - oder die fehlende Netzsicherheit, die der Kollege angesprochen hat, kommt unter anderem auch dadurch, dass es bisher nicht gelungen ist, die beiden Regelkreis-Versorger, die sind nämlich ausgerechnet an der thüringisch-bayrischen Grenze angesiedelt, diese Werke, mit 50Hertz und Tennet, dass die nicht zueinanderkommen und es nicht schaffen, dort einen regionalen Verbund herzustellen, rein technisch gesehen, der die Versorgungssicherheit dieser Werke sichert. Das ist das eigentliche Problem. Im Übrigen wird in der nächsten Woche der hier schon erwähnte Karl August Heinz bei mir im Haus zu Gast sein und wir werden die Problematik erörtern, meine Damen und Herren. Natürlich, ich will doch gar nicht in Abrede stellen, dass wir in Thüringen aufgrund der höheren Netzentgelte etwas stärker betroffen sind als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Bei uns liegt der durchschnittliche Verbrauchspreis bei knapp über 30 Cent pro Kilowattstunde. Natürlich, den Aufruf nehme ich gerne an, ich bin auch den Kollegen durchaus dankbar, dass sie das aus ihrer Sicht beleuchtet haben, erstens, welche Möglichkeiten hat eine Landesregierung, darauf Einfluss zu nehmen und zweitens, was tun wir tatsächlich im Rahmen unserer Möglichkeiten.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das hat bei Ihrem Vorgänger auch nicht ..., der konnte die Welt retten.)

Meine Damen und Herren, es sind - ja, manchmal gehen die Uhren auch wieder anders, Herr Kollege. Was tut sich derzeit, meine Damen und Herren? Wir sind uns einig, das hat die Diskussion in den letzten Wochen gezeigt, dass eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aus verschiedenen Gründen insgesamt notwendig ist. Und was ist in den letzten vier Jahren, in den letzten viereinhalb Jahren darüber diskutiert worden! Zwei Umweltminister, zwei Wirtschaftsminister auf Bundesebene haben sich daran die Zähne ausgebissen. Und jetzt haben wir nach etwa sechs Wochen Regierungszeit schon ein Eckpunktepapier für eine EEG-Reform vom neuen Bundeswirtschaftsminister vorgelegt bekommen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und gleich um sechs Monate verschoben.)

Das Gesetzgebungsverfahren, meine Damen und Herren, ist im Gange. Der Referentenentwurf liegt nunmehr vor, er wird gerade in unserem Haus geprüft. Ziel ist, dieses Gesetz oder diese Novelle bis zum August dieses Jahres in Kraft zu setzen. Parallel verhandelt der Bundeswirtschaftsminister mit dem zuständigen EU-Kommissar über die Ausnahmeregelung für unsere energieintensiven Energien. Ihnen dürfte nicht verborgen geblieben sein, dass aus der Sicht oder aus der Richtung der Europäischen Union genau dieser Punkt, der Ihnen während Ihrer Regierungszeit immer so sehr viel wert war, genau ein großer Kritikpunkt seitens der EU aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ist. Darüber verhandelt aber Sigmar Gabriel ebenfalls mit der EU. Es wird über die Grundzüge eines neuen Strommarktdesigns nachgedacht und wir werden die Energieeffizienz-Richtlinie umsetzen, meine Damen und Herren. Wie gesagt, die Landesregierung, die Handlungsoptionen jeglicher Landesregierungen sind zwar begrenzt, aber das heißt natürlich nicht, dass wir keine Verantwortung für dieses Thema haben. Wir, die Länder, müssen uns in die Diskussion einbringen, müssen unsere Energiepolitik mit Blick auf die Nachbarn, und auch, das sage ich auch aus dem Grund, weil ich in den letzten Wochen wirklich eine sehr lebhafte Debatte in den Ländern festgestellt habe, wir müssen den Blick nicht nur auf Länderinteressen, sondern beim Thema EEG auch auf das gesamtwirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik richten. Da kann es nun schlecht angehen, wenn jeder seine Interessen durchsetzt. Wenn die Norddeutschen Offshore und Onshore präferieren, wenn wir sagen, wir wollen keine Leitungen, aber das Biogas muss ausgebaut werden, wenn die Bayern sagen, wir machen ein Moratorium, wir wollen auch keine Leitungen und im Übrigen versorgen wir uns selber, wenn jeder seine Interessen durchsetzt, so wie es bisher verlautbart worden ist, dann wird es mit der Energiewende und mit der EEG-Novelle natürlich nichts. Es muss ein fairer Interessenausgleich stattfinden. Dafür haben wir in Thüringen mit unseren Positionen die Grundlage gelegt. Im Übrigen darf ich darauf verweisen, dass wir über den Bundesrat schon seit einiger Zeit sehr engagiert, auch für den Osten insgesamt das Thema Netzentgelte angegangen sind. Ich betone es noch einmal: Wir denken die Energiewende nicht nur als Stromwende, sondern eben auch als Wärmewende, meine Damen und Herren.

Mehr als die Hälfte jeglich benötigter Energie wird für Heizung und Warmwasser gebraucht, egal ob im privaten oder gewerblichen Bereich. Gerade auf diesem Sektor haben wir den größten Nachholbedarf. Deswegen habe ich dieses Thema noch einmal verstärkt in den Fokus gerückt mit der Erweiterung des 1.000-Dächer-Programms. Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn wir nicht nur an den Strom, wenn wir eben an die anderen Formen des Endenergieverbrauchs denken. Das Ziel

(Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Höhn)

von 30 Prozent erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2020 erreichen wir nur, wenn wir, wie gesagt, den Wärmebereich mitdenken. Dafür habe ich vor zwei Wochen fünf Punkte auf der Konferenz für erneuerbare Energien angerissen, zum einen den Ausbau der Solarthermienutzung durch diese von mir angesprochene Initiative, die Erweiterung und Verstärkung der Energieeffizienzoffensive. Wir wollen den Kommunen bei der Entwicklung von Energiesparplänen zur Seite stehen und last, but not least - der Kollege Weber hat es angesprochen, ich will es hier noch einmal nennen - das Thüringer Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz halten wir für dringend geboten und notwendig, um genau diese Ziele zu erreichen.

Ansonsten, meine Damen und Herren, ist niemand, selbst die FDP nicht davon abgehalten, gute Ideen bei der Umsetzung der Energiewende konstruktiv in die Debatte einzubringen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt 1 Minute zusätzliche Redezeit für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Kemmerich, 1 Minute haben Sie.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Höhn, in aller Kürze: Losgegangen ist das mit dem EEG 2000, initiiert von Herrn Trittin, fortgesetzt von Herrn Gabriel, darüber reden wir.

(Beifall FDP)

Und als Herr Rösler das vorgefunden hat

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat er es teurer gemacht.)

bzw. Brüderle, der ja der vormalige Minister war, da waren die Fördersätze schon so angelegt, viel, viel zu hoch und haben dem technischen Fortschritt nicht standgehalten, den wir auch über die chinesische Konkurrenz bekommen haben.

(Beifall FDP)

Der Gap zwischen den sinkenden Modulpreisen und den Fördersätzen ist nicht abgebildet worden. So sind wir in den Irrsinn hineingetappt, den wir heute haben. Wenn wir uns das EEG nach 10 Jahren anschauen, nach fast 15 Jahren, was haben wir? CO₂-Ausstoß ist gestiegen, keine Innovation in den ganzen Bereichen, eine Kostenfalle und keine Versorgungssicherheit. Deshalb ist zum Beispiel die Firma aus Thüringen gegangen und das ist das Ergebnis von rot-rot-grüner Politik.

(Beifall FDP)

Das haben Sie angelehnt und in die beste Kostenfalle tappen wir weiter hinein, wenn Sie immer weiter brüllen, wir müssen eine Energiewende gestalten. Gegen eine Energiewende hat ja keiner was, nur wie es gemacht wird, ist es schlecht. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Besonders die letzten vier Jahre.)

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion gleiche Redezeit, Herr Abgeordneter Primas.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Adams, ich möchte noch mal auf Ihre Rede reflektieren. Finden Sie es richtig, dass mit einem Federstrich Recyclingbetriebe, die Plaste recyceln, Granulat zur Wiederverwendung herstellen, von einem Tag zum anderen aus dieser Befreiung rausgenommen werden, werden nicht mehr als Wirtschaftsbetriebe betrachtet, sondern als Abfallbetriebe? Die sind von einem Tag zum anderen im internationalen und europäischen Wettbewerb. Was machen wir jetzt mit dem gelben Sack, was machen wir mit dem Plaste? Das ist für mich die Frage. Haben Sie sich da mal Gedanken gemacht, weil Sie das alles so schön finden?

Das Zweite, was ich fragen will: Kennen Sie denn, Herr Adams, den Referentenentwurf oder zumindest das Eckpunktepapier des EEG-Gesetzes?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Er kennt ihn nicht.)

Wenn Sie das lesen, wird Ihnen völlig klar, was da passiert. Da findet keine dezentrale Energieversorgung mehr statt, gibt es nicht mehr, wird abgeschafft, wird totgemacht. Alles, was wir aufgebaut haben mit Biogasanlagen, mit Biodörfern und, und, und ist erledigt, wird abgewickelt. Eindeutiger Sieger des neuen EEG-Vorschlags, der jetzt auf dem Tisch liegt, sind die großen Stromkonzerne,

(Beifall FDP)

ein Einknicken gegen große Stromkonzerne, Kohle vor allen Dingen, Strecken durchziehen, Kohle verbreiten, das ist das. Das ist im Moment EEG. Das steht da drin. Das können wir nicht zulassen, ich will das nur mal sagen. Da wird sich Widerstand formieren und ich denke, da werden wir hier noch intensiv debattieren müssen. Danke schön.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion Abgeordneter Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, so ist das immer, wenn es um Energie geht. Erst kommt der Barth, macht irgendeinen Wahlkampfauftakt und dann kommt irgendwann, wenn die Argumente ganz weg sind, der Herr Kemmerich und setzt noch einen drauf. Dadurch, dass Sie zusätzliche Redezeit bekommen, wird es nicht besser, was Sie erzählen.

(Unruhe FDP)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das EEG hat uns die Möglichkeit geschaffen, dass zum ersten Mal Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, ihre Energie selbst erzeugen, verbrauchen oder einspeisen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist doch nicht zum ersten Mal.)

Diese Erfolgsgeschichte lassen wir uns von der FDP nicht schlechtreden.

(Unruhe FDP)

Einen einzigen Punkt, den Sie vielleicht zu Recht an den Eckpunkten im EEG kritisieren, das mag der Kapazitätsmarkt sein, das sehen wir in Thüringen auch anders. Aber wer hat denn in der Diskussion den Kapazitätsmarkt gefordert? Die FDP wollte für die großen Energiekonzerne genau dieses Modell, was jetzt umstritten im Raum steht. Das müssen Sie doch zugestehen. Wenn Sie jetzt anfangen, jetzt geben Sie es zu, vorhin haben Sie es noch

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Weber, 1 Minute!

Abgeordneter Weber, SPD:

- ja - anders dargestellt. Herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

1 Minute Redezeit jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Primas, ich stimme Ihnen zu 99 Prozent zu. Es ist richtig, auch wir lehnen die Eckpunkte von Siegmund Gabriel ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er verteuert gerade die Energiewende, indem er nämlich die preisgünstigen Erneuerbaren, Wind und Sonne, extra teuer macht. Die zweite Frage,

was mit dem Betrieb ist, der hier in der Entsorgung arbeitet. Ich glaube nicht, dass es darum geht, jeden einzelnen Betrieb durchzudebattieren, aber es geht darum, einmal eine Größenordnung festzustellen. Wenn man sich anschaut, dass in Deutschland als energieintensive Betriebe zum Beispiel von der EU im Rahmen der CO₂-Zertifikate 800 Betriebe anerkannt sind und die schwarz-gelbe Bundesregierung über 2.000 Betriebe freigestellt hat, dann kommt das Geld natürlich irgendwohin, wo es wieder verteilt werden muss, und andere Leute müssen das bezahlen. Das ist das Problem.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Adams! 1 Minute für den Abgeordneten Hellmann, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Ja, Egon Primas, da ist natürlich was dran, was du erzählt hast. Da muss ich auch Herrn Adams noch mal Recht geben. Da müssen wir einfach aufpassen, das ist keine Frage. Aber es darf nicht dazu führen, dass wir den Lobbyisten das Wort führen, die das EEG ganz abschaffen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich war irgendwie schockiert, dass man heute den Mut hat, solche Dinge zu fordern, ich muss das mit aller Deutlichkeit sagen, auch unter dem Deckmantel, dass es die Innovation nicht fördert. Das halte ich für eine dreiste Lüge, zumindest für eine Klitterung der Wahrheit, eine üble Klitterung. Wenn man sich überlegt, dass in den letzten drei Jahren Schwachlastwindgeneratoren entstanden sind, die sich fast genauso viele Stunden drehen wie auf hoher See, wenn wir sehen, wie sich der Wirkungsgrad der Solarpaneele verbessert hat und was da alles in petto ist, insbesondere auch bei den Polymeren, die wir künftig sicher größer einsetzen wollen, dann muss ich mich sehr wundern, dass so etwas überhaupt möglich ist. Jetzt habe ich noch 1 Sekunde - danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Punktlandung mit der Bemerkung „1 Sekunde“. Jetzt ist aber keine Redezeit mehr und ich schließe diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **fünft**en und letzten Teil

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Tierschutz stärken -

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**Schlussfolgerungen aus groben Rechtsverstößen im ehemaligen Schlachthof Jena“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7352 -

Frau Dr. Scheringer-Wright hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat das Thema „Tierschutz stärken - Schlussfolgerungen aus groben Rechtsverstößen im ehemaligen Schlachthof Jena“ heute aus zwei Gründen auf die Tagesordnung gesetzt. Einmal, weil inzwischen der Bericht des zuständigen Ministeriums zum Beschluss des Landtags vorliegt, der einige sehr brisante Feststellungen enthält, und zum anderen, weil offenbar die Kette der Fehlleistungen des Zweckverbandes Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, kurz ZVL Jena-Saale-Holzlandkreis genannt, nicht abreißt.

Dies betrifft sowohl die Vorgänge im Gut Thiendorf, aber auch neuerliche Anzeigen im Verbandsgebiet, wo wieder der Zweckverband und seine Verantwortlichen im Vorwurf stehen, nicht gesetzeskonform gearbeitet zu haben. Zu diesen Vorwürfen gibt es sogar eine Strafanzeige aus dem Saale-Holzlandkreis gegen den fachlichen Leiter des Zweckverbandes und auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn im Bericht des Sozialministeriums, also der obersten Fachaufsicht, steht, dass vor dem Hintergrund der Verfehlungen und Fehler bei der Kontrolle und der Durchsetzung von Auflagen insgesamt festgestellt werden muss, dass diese Fehlleistungen vom ZVL aufgrund einer vermeintlich notwendigen Rücksicht auf die wirtschaftlichen Belange des Schlachthofs Jena passierten - also Rücksicht auf wirtschaftliche Belange - dann müssen doch alle Alarmglocken schrillen. Wenn festgestellt wird, dass ergangene fachaufsichtliche Weisungen des Ministeriums zur Untersagung der Schlachtung vom ZVL nicht in ausreichendem Maße umgesetzt wurden, dann zeigt uns dies zudem, dass das Konstrukt, das wir bei der Veterinärüberwachung haben, offenbar nicht gut funktioniert. Dienstrechtlich sind die Veterinärbehörden beim Landkreis und damit beim Innenministerium angesiedelt, fachrechtlich aber beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Trotzdem darf man aber auch bei diesem vielleicht unglücklichen Konstrukt die Verantwortlichkeit nicht außer Acht lassen.

Zuerst ist natürlich bei Verstößen gegen den Tierschutz der betreffende Betrieb verantwortlich. Stellt

der Amtstierarzt diese jedoch fest, muss er durchsetzen, dass diese Verstöße zeitnah abgestellt werden. Dazu gibt es ein rechtliches Instrumentarium, so ist das Gesetz. Wenn dies nicht geschieht, ist der Vorsitzende des ZVL in der Pflicht, der ist die nächste Instanz. Das ist in diesem Fall der Oberbürgermeister von Jena. Auch der hat die Pflicht, er ist die erste Dienstaufsicht und kann sich eben nicht herausreden wie im Interview in der Ostthüringer Zeitung vom 22. Februar dieses Jahres abgedruckt, dass die Stadt, dass er damit nichts zu tun hat.

Wenn die Fachaufsicht feststellt, dass Fehlleistungen nicht abgestellt werden, die erste Dienstaufsicht nicht reagiert, dann muss die Möglichkeit ins Auge gefasst und auch angesprochen werden, dass die Aufgaben entzogen werden. Da reicht es nicht einfach zu sagen, wie das bei unserer Beratung im Ausschuss geschehen ist, dass eine Aufgabenentziehung schwierig wäre. Das ist sie in der Tat. Aber wer so zögerlich und mutlos dasitzt, dann ist eben der Fall, dass wir nicht weiterkommen.

Auf meine Nachfrage kam heraus, dass es noch nicht einmal erste Gespräche von der obersten Ebene Sozialministerium zur obersten Ebene Innenministerium zur Möglichkeit der Aufgabenentziehung gegeben hat oder auch anberaumt sind. Natürlich ist es nicht einfach - das eine Ministerium wird durch die CDU geführt, das andere durch die SPD - aber wenn die Öffentlichkeit beobachten muss, wie fortlaufend gravierende Tierschutzverstöße geschehen und offensichtlich nichts passiert, es sei denn, der Betrieb geht pleite und hört auf, dann schadet das der gesamten Lebensmittelerzeugung in Thüringen und erschüttert das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Behörden dieses Landes zutiefst.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn meiner Fraktion kürzlich ausführlich dargelegt wurde, dass dieser ZVL Verstöße gegen die Viehverkehrsordnung nicht ahndet, aus welchen Gründen auch immer, dann müssen wir davon ausgehen, dass diese Schlamperei weitergeht, dass die Fehlleistungen der ZVL weitergehen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Natürlich bedeutet eine Strafanzeige erst einmal noch nichts. Die Unschuldsvermutung steht.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Also mein Hinweis war, dass Sie auf die Uhr schauen sollen. Die Redezeit war schon zu Ende.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Aber alle Alarmglocken schrillen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Primas das Wort.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schlachthof Jena hat den Landwirtschaftsausschuss nun mehrfach befasst. Wir sind zumeist sehr verantwortungsvoll damit umgegangen, die meisten Abgeordneten sind damit sehr verantwortungsvoll umgegangen. Wir haben einen Beschluss gefasst und jetzt liegt der geforderte Bericht vor. Deshalb ist der heute sicherlich Anlass dieser Aktuellen Stunde. Man muss natürlich sagen, dass eine Aktuelle Stunde zu kurz ist, um über so was zu reden, Dr. Scheringer-Wright. Wir werden also als Koalitionsfraktion einen Selbstbefassungsantrag machen und im Ausschuss ausführlich darüber reden, damit wir vernünftig reden.

(Beifall SPD)

Und nicht mal schnell, um mal irgendeinen zu beschuldigen, mal irgendwas zu skandalisieren. Es bringt uns überhaupt keinen Schritt weiter. Natürlich ist es so, dass es hier Kommunikationsschwierigkeiten gab. Es war unser Ansinnen, dass das Ministerium überprüft, was ist denn passiert. Jetzt liegt der Bericht vor und jetzt wird offen und ehrlich dargestellt, wo die Probleme waren. Die sind aber abgestellt oder werden abgestellt. Ich sehe nicht, dass wir nach wie vor rumjammern müssen, als wäre das überall noch der Fall. Der Schlachthof Jena ist im Übrigen zu. Das ist nicht mehr das Thema. Was dort passiert ist, da sind wir uns völlig einig, schockierend, darf man überhaupt nicht zulassen. Auch das, was hier in den Anlagen aufgedeckt wurde, dass nicht alles ordentlich war, ist genauso eine Sauerei. Da müssen wir reingehen. Aber nun ständig alles zu skandalisieren! Wir müssen das abarbeiten, es ist erfasst, das macht das Ministerium, hat das richtig in dem Bericht übergebracht. Da bin ich auch dankbar dafür, meine Damen und Herren. Ich glaube schon, wir können das im Ausschuss noch mal in Ruhe bereden. Das sollten wir auch machen. Ich bin zufrieden damit, dass das Ministerium in dem Bericht sagt, was sie ändern wollen. Das steht auch schon drin: systematische Überprüfung der Schlachtbetriebe, gezielte Fortbildung der Amtstierärzte, intensive Fachaufsicht. Das ist alles wichtig und das müssen wir weiter beobachten, das müssen wir auch weiter mit begleiten. Das ist nun mal unsere Aufgabe. Ich denke, das kriegen wir auch hin. Alle Verwaltungsebenen müssen da zusammenarbeiten. Wenn es dann immer noch hakt,

da haben Sie recht, das habe ich schon im Ausschuss Landwirtschaft deutlich gesagt, dann müssen wir noch mal richtig dazwischen gehen. Aber ich sehe jetzt keine Veranlassung, das Ministerium nicht arbeiten zu lassen. Sondern, ich denke schon, wir lassen uns noch mal im Ausschuss ordentlich darüber berichten, und dann wird ein Schuh daraus. Schönen Dank für den Bericht, Herr Staatssekretär. Sie werden dazu was sagen, sicherlich. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, mir geht es ähnlich wie Herrn Primas. Verehrte Frau Kollegin, wir haben uns ja als Ausschussmitglieder wirklich sehr ausführlich mit dem Thema beschäftigt, hatten dann auch in der Entschließung vom 2. Juli letzten Jahres festgelegt, dass wir einen Bericht der Landesregierung zum Thema brauchen. Der liegt uns jetzt vor und zum konkreten Sachverhalt muss man heute auch sagen, wir haben tatsächlich erst Anfang letzten Jahres über die Zustände Informationen erhalten, weil es diesen Brief gab. Es ist jetzt zu erlesen und es ist auch bekannt, dass es schon seit 2008 Missstände gab. Klar ist, dass natürlich grundsätzlich immer der Unternehmer die Verantwortung für sein Unternehmen und für das, was er dort tut, und für seine Produktion trägt. In dem Bericht, den Herr Primas erwähnt hat, wird ausgeführt, dass vorrangig die zuständige örtliche Veterinärbehörde und der Zweckverband die Schuld haben, ich will es mal so benennen. Ich glaube, das ist zu kurz gegriffen. Sicher wären auch noch konsequentere Einschreitungen möglich oder nötig gewesen. Es wurde ja sehr viel getan, es gab Kontrollen und es wurden Auflagen erteilt, aber es gibt eben auch eine obere Fachaufsichtsbehörde und das ist das Ministerium. Hier muss man fragen, wusste die Fachaufsichtsbehörde mehr, wusste sie Bescheid, hat sie eventuell doch zu langsam reagiert? Unbekannt waren die Missstände dort jedenfalls nicht. Das zeigt der Bericht. Eingegriffen wurde aber erstmals Ende November 2012 und dann stellt sich die Frage, ob das nicht doch zu spät war und man damit zu lasch umgegangen ist. Das sind Fragen, die besprochen werden müssen.

Grundsätzlich ist es natürlich so, Verstöße gegen den Verbraucherschutz und den Tierschutz müssen geahndet werden. Der Tierschutz ist nicht ohne Grund ins Grundgesetz aufgenommen worden, das steht außer Frage. Ich denke, wir werden mit diesem Bericht zu tun haben, uns darüber noch mal zu

(Abg. Hitzing)

unterhalten haben. Ich möchte aber ausschließen, dass wir mit diesen Diskussionsbeiträgen, die wir hier führen, nämlich fünf Minuten zum Thema zu reden, vielleicht das Ganze abarbeiten und dann sagen, alles ist ganz furchtbar und wir vergessen, dass doch die Mehrzahl der Betriebe hoch verantwortungsbewusst arbeitet. Ich wehre mich dagegen, das möchte ich ausdrücklich sagen, dass solche gravierenden Einzelfälle eventuell dann in so eine Art Normalität gezogen werden und ein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt. Das ist nicht unsere Intension. Fakt ist, das habe ich gesagt, jeder Unternehmer hat Verantwortung für sein Unternehmen, aber ein Generalverdacht für alle, die in der Fleischproduktion oder in der Tierhaltung arbeiten, das darf nicht passieren, das lehnen wir ab.

Wir sind auch sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, eventuell eine noch höhere Kennzeichnungspflicht anzusetzen, also noch mehr Kennzeichnungsetiketten in den Lebensmittelbereich zu bringen. Das halten wir für wenig sinnvoll, denn es gibt bereits unzählige Qualitätssiegel und Fakt ist auch eins, Gesetze werden gemacht und müssen eingehalten werden. Aber wer sie nicht einhält, der hält sie eben nicht ein. Und wenn es noch hundert weitere Gesetze gibt, wird das auch nicht besser. Also es muss auch kontrolliert werden und alle Maßnahmen, die schon im Bericht stehen, was mit weiteren Schulungen und Fachkontrollen etc. gemacht werden soll und getan werden kann, da gehört auch zur Wahrheit, dass solche Dinge grundsätzlich mit Kosten verbunden sind. Das muss man dann auch ganz deutlich sagen, wenn man mehr an Kontrollen will, mehr Fachpersonal in die einzelnen Betriebe bringen will, dann muss man ausdrücklich sagen, woher man das Geld nimmt, um diese Leute zu bezahlen, das sind meistens verbeamtete Leute, die da unterwegs sind. Eventuell - das geht dann über die Gebührenordnung bei den Schlachthöfen muss man auch noch ergänzen - kann es dazu kommen, dass Lebensmittel sich verteuern. Das gehört auch zur Wahrheit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Mühlbauer das Wort.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum, werte Fraktion DIE LINKE, sehr geehrte Frau Scheringer-Wright, mir ist nicht klar, warum Sie dieses Thema zur Aktuellen Stunde gemacht haben, weil das Thema nicht aktuell ist. Schlachthof Jena ist abgearbeitet, das Thema ist ein Generalthema, das wir nicht in 5 Minuten hier abreißen können. Die 5 Minuten eignen sich

bei diesem sehr blutigen und, sage ich mal, sehr unappetitlichen Thema nur für flache Schlagzeilen. Und da, denke ich, haben wir ein ganz anderes Niveau in der Abarbeitung von Themen und waren schon auf einem ganz anderen Stellenwert. Diesbezüglich möchte ich gleich am Eingang sagen, ja, ich schließe mich dem Kollegen Primas hier an, wir werden einen Selbstbefassungsantrag machen, weil wir dieses Thema nämlich grundlegend ansprechen müssen. Da lassen Sie mich bitte ein paar Punkte einbringen, die mir wichtig sind. Wir haben jetzt im Jahr 2014 erstmalig eine gesellschaftlich andere Debatte, die den Tierschutz unter diesen hohen Stellenwert setzt. Ich kann mich an Debatten in diesem Haus erinnern, die genau von einer ganz anderen Betrachtung gerade von Schlachthöfen ausgegangen sind, die den ökonomischen, den wirtschaftlichen Aspekt im Bereich der Gebühren, die in der Überwachung erhoben werden müssen, berücksichtigt haben. Ich kann mich hier - ich war noch nicht im Hause, aber ich habe in Protokollen nachgelesen, dass man dort vor Ort war, um darüber nachzudenken, ob die Gebühren, die verlangt werden, nicht zu hoch sind. Da muss ich sagen, haben wir jetzt ein ganz anderes Niveau erreicht und da bin ich auch froh. An diesem Punkt müssen wir arbeiten, müssen wir weitermachen, weil Qualität - muss uns klar sein - kostet und wir wollen Qualität. Wir wollen Qualität für das Tier, wir wollen Qualität für den Verbraucher, wir wollen - und das fordere ich aber hier auch ganz klar mit ein - auch Qualität für die Kolleginnen und Kollegen, die in den Schlachthöfen arbeiten. Auch das gehört zu der ganzen Wahrheit und zu der ganzen Geschichte: Lohngerechtigkeit, Arbeitnehmergerechtigkeit. Das gehört in die Komplexität dieses Themas hinein. Natürlich müssen Vorschriften eingehalten werden. Frau Scheringer-Wright, die Kollegen haben es zum Ausdruck gebracht, wir waren in den Ausschüssen sprachlos, als uns das anonyme Schreiben vorgelegt worden ist, als uns berichtet worden ist, um was für Verstöße es sich dort gehandelt hat; das ist nicht tolerabel, das ist nicht handelbar. Aber ich sage auch ganz deutlich, ein weiteres Gesetz hindert einen nicht daran, Gesetze zu brechen. Natürlich darf man - ich nehme das Beispiel - nicht über eine rote Ampel fahren, aber ich denke, auch dieser Fall kommt vor und wir können auch nicht mit einer 100-prozentigen Polizeikontrolle abdecken, dass es nie jemanden geben wird, der über eine rote Ampel fährt und die Geschwindigkeit überschreitet. Das ist eine Aufgabe der Unternehmen, eine Aufgabe des Bauernverbandes, eine Aufgabe unserer Ernährungsindustrie, die gute Qualität einzufordern und da auch Offenheit von sich aus mit einzubringen.

Es gibt ganz, ganz viele Punkte, die wir in dieser Frage diskutieren möchten und ich freue mich auf diesen Antrag. Wir müssen diskutieren, ist ein Tierschutzbeirat in Thüringen richtig? Können wir mit

(Abg. Mühlbauer)

einem Tierschutzbeauftragten weiterkommen? Wie kommen wir neben einem Verbraucherschutzbericht vielleicht zu einem eigenständigen Tierschutzbericht, um diese Dinge zu veröffentlichen? Mir geht es hier vor allem auch bei solchen Verstößen - sage ich ganz deutlich - nicht nur um Schlachthöfe, sondern auch Verstöße des Tierschutzes in anderen Bereichen.

Ein Punkt, denke ich, der uns als Sozialdemokraten ganz besonders wichtig ist: Wir haben über Verwaltungsstrukturreformen gesprochen, wir haben über Aufgabenverteilung gesprochen und da müssen wir ganz klar nachdenken, ist, war die Kommunalisierung der Veterinärämter der richtige Weg oder müssen wir überprüfen und nachsteuern, weil hier Probleme aufgetreten sind. Die können wir nicht einfach so stehen lassen, wir müssen dort handeln, aber nicht in fünf Minuten und nicht hier am Tisch, sondern in den Ausschüssen, so wie wir dort auch verantwortlich sind.

Lassen Sie mich bitte noch einen herzlichen Dank an das Ministerium diesbezüglich formulieren, die Offenheit und die Abarbeitung der Papiere und die Klarheit, wo gearbeitet werden muss. Ich möchte hier an der Stelle alle aufrufen, wir haben Verantwortung in vielen Bereichen gegenüber den Verbrauchern, gegenüber dem Tier, gegenüber der Qualität, gute Qualität aus Thüringen, und ich denke, die sollten wir wahrnehmen und letzter Spruch ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nein, Frau Mühlbauer, Sie sind schon weit über der Zeit.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Es geht nicht, ohne dass man mehr Geld für gute Qualität in die Hand nimmt. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wenn diese rote Lampe leuchtet, ist die Redezeit zu Ende. Wenn ich mich einmische, ist das immer schon ein bisschen weiter darüber. Das muss ich nur noch einmal klarstellen. Dann heißt es nicht, jetzt komme ich zum Schluss, sondern sollte man beim Schluss sein.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Abgeordnete Siegesmund als Rednerin angemeldet.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, industrielle Tierhaltung ist uns nicht Wurst,

noch weniger, wenn jahrelang, wie im Falle des Schlachthofes Jena, gegen Tierschutz ganz eindeutig verstoßen wird. Die Konsequenz ist, dass das in den Ausschüssen, das war nicht nur im Landwirtschafts- und Umweltausschuss Thema, sondern war ebenso beispielsweise im Sozialausschuss Thema, immer wieder zu diskutieren ist. Richtig und konsequenterweise ist auch der sehr offen gestaltete Bericht richtig. Den allerdings in fünf Minuten abzufeiern, insbesondere weil er sehr offen und kritisch ist, halten auch wir für verkürzt, deswegen kann diese Aktuelle Stunde nur der Anfang einer Debatte sein.

Lassen Sie mich ein paar Schwerpunkte benennen, die für uns im Bericht deutlich geworden sind. Zum einen, wo jahrelang Tierschutzbelange hinten anstehen und wirtschaftliche Aspekte dominieren, muss es am Ende auch Konsequenzen geben, weil das immer zulasten der Tiere geht. Der Bericht ist da sehr klar. Es gibt drei Punkte, die benannt werden: Erstens, der immense Druck auf die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter, den Personaleinsatz auf ein Minimum zu beschränken, zweitens, die unabhängige Überwachung wirklich auch absichern zu können, und drittens, den ruinösen Wettbewerb der Schlachthöfe untereinander. Auch das sorgt dafür, dass wirtschaftliche Interessen Vorrang vor Tierschutz haben. Damit muss Schluss sein! Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, der auch in Konsequenz in den Ausschüssen in Ruhe besprochen werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Sache habe ich bei Ihrer Anmeldung nicht verstanden. Sie sprachen einerseits vom Schlachthof Jena, der Bericht liegt jetzt vor, die Konsequenz ist gezogen, der ist geschlossen. Jetzt ging es in Ihrer Rede auch um Thiemendorf, weil es eben den gleichen Zweckverband betrifft. Ich glaube, dass - jedenfalls wenn man den Bericht genauer liest - keine dienstrechtlichen Konsequenzen durch das Ministerium erfolgen können. Dies geht auch laut Landesregierung nur über den Zweckverband oder über die Rechtsaufsicht. Was man aber sehr wohl tun kann und der grüne Kreisverband Jena hat das beispielsweise getan, ist, sich beispielsweise durch einen offenen Brief oder andere Mittel an denjenigen, der den Zweckverband anführt, den Oberbürgermeister der Stadt Jena, zu wenden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das im Stadtrat, im Kreistag thematisieren. Aber dann frage ich mich, wenn es darum geht, Thiemendorf zu thematisieren, warum dann in dieser Aktuellen Stunde verbunden mit dem Schlachthof.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das passt aus meiner Sicht nicht recht zusammen. Es sei denn, Ihnen ist - und dann hätte die Aktuelle

(Abg. Siegesmund)

Stunde auch so heißen müssen - Tierschutz so wichtig, dass Sie sagen, die jahrelange Duldung der Missstände ist Ursache dafür, dass es nach wie vor keine Änderungen gibt und dass Tierschutz mit Füßen getreten wird und dass Sie Änderungsbedarf sehen. Das wäre ein wichtiger Punkt gewesen, um diese Aktuelle Stunde zu untersetzen und diese beiden Aspekte miteinander zu verbinden. Das ist leider nicht gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weggeschaut wird eben im Bereich Tierschutz besonders gerne dann, wenn es so unappetitlich wird wie in dem von ARIWA vorgelegten Video, das man sich bei Youtube durchaus einmal ansehen sollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich am allermeisten an dieser Frage stört, ist, wie wir am Ende eigentlich zu den jeweiligen Informationen gekommen sind. Es war ein anonymer Hinweis beim Schlachthof Jena und es ist in Thiemendorf eine unabhängige Tierschutzorganisation gewesen, Animal Rights Watch, die das Ganze öffentlich gemacht hat. Da frage ich Sie und da frage ich übrigens auch die FDP: Was macht Sie eigentlich so sicher, dass das die zwei Einzelfälle sind und es darüber hinaus keine anderen gibt? Man darf nicht alle unter Generalverdacht stellen, das ist schon richtig, aber ich würde mal behaupten, dass man nicht aufgrund zweier anonymer Hinweise davon ausgehen sollte, dass überall anders die Kontrollen schon gut laufen. Ich glaube, das ist ein zentraler Punkt, da braucht es noch einmal eine ehrliche Debatte. Es geht auch darum, unhaltbare Schlachthofzustände durch die Kontrollen aufzudecken. Dafür sind sie nämlich da. Es geht darum, tierquälerische Tiertransporte zu mindern. Die Frage, wo jetzt das Vieh, das in Jena beispielsweise nicht mehr geschlachtet werden kann, am Ende hingekarrt wird, die hat hier auch noch keiner gestellt, das gehört nämlich zur Debatte eigentlich dazu. Es gehört auch dazu, über den enormen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auch in Thüringen zu reden und natürlich die Verstöße allgemein bei der Haltung von Tieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in fünf Minuten kann man das Thema Tierschutz maximal anreißen. Es gibt viele Dinge zu tun, sowohl was Haltung, was Transport, als auch was die Schlachtbedingungen angeht, um Tierschutz zu verbessern. Es geht am Ende auch um eine Verbraucherschutzrechtliche Frage und es geht übrigens auch um die Frage, regionale Wirtschaftskreisläufe den Menschen, den Verbraucherinnen nahezubringen, dass sie am Ende Wert darauf legen, dass sie wissen, die Wurst auf meinem Teller ist von der Schlachtereier ums Eck, von Tieren, die ums Eck groß geworden sind, und von denen ich weiß, dass ich sie mit gutem Gewissen essen kann. Auch das wurde hier

nicht thematisiert. Ich glaube, da haben wir noch eine Menge Arbeit vor uns. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Staatssekretär Dr. Schubert das Wort.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Scheringer-Wright, das einzige Aktuelle an dieser Aktuellen Stunde, was mir dazu einfällt, ist, dass ich morgen früh einen Termin mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zweckverbands Herrn Heller und dem Geschäftsstellenleiter dort habe, um allgemein über das Thema des Zweckverbandes zu reden und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Aber das konnten Sie ja gar nicht wissen, weil der Schlachthof Jena nun seit 31.07. letzten Jahres geschlossen ist, so dass das sehr wenig aktuell ist, das Thema. Aber okay. Das Thema Tierschutz ist uns ein sehr wichtiges Thema und ich

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Die Konsequenzen.)

bin auch der Meinung, wie das Frau Abgeordnete Mühlbauer dargestellt hat, dass es noch vor Jahren eher so war, dass wir sehr viel über die wirtschaftlichen Einrichtungen gesprochen haben, dass die teilweise unter jedem Preis erhalten werden müssen, weil es da um Arbeitsplätze und anderes ging, und ich bin froh, dass wir heute doch über Dinge wie Tierschutz reden können, dass das auch im Vordergrund steht oder überhaupt im Vordergrund steht, dass diese Gesetze auch einzuhalten sind.

(Beifall SPD)

Und das gilt gleichermaßen für die Landesregierung, für die der Tierschutz insgesamt einen hohen Stellenwert einnimmt. Auch wenn die Verantwortung immer erst einmal in erster Linie beim Tierhalter liegt, so werden doch in Thüringen auf allen Verwaltungsebenen konsequent und regelmäßig Kontrollen durchgeführt. Wo es notwendig ist, wird anschließend die Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften mit behördlichen Maßnahmen durchgesetzt, ein einheitlicher Vollzug durch die Gesetze, aber auch durch Erlasse durch unser Ministerium zum Beispiel gesichert. Zudem werden regelmäßig Schulungen und Dienstberatungen durchgeführt, um zuständige Behörden zu unterstützen und wirksame Kontrollen zu sichern. In unseren Verbraucherschutzberichten, die wir jährlich herausgeben, berichten wir auch regelmäßig zu Aktivitäten im Bereich Tierschutz, über durchgeführte Kontrollen und auch die Ergebnisse, die sich daraus ergeben. Darüber hinaus beteiligt sich der Freistaat durch unser

(Staatssekretär Dr. Schubert)

Ministerium insbesondere an verschiedenen Arbeitsgruppen, die bundesweit tätig sind. Wir haben etliche Bundesratsinitiativen auch mit initiiert oder begleitet, so dass wir daraus jetzt erkennen können, dass der Tierschutz uns sehr sehr wichtig ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an den Versuch erinnern, in Ostthüringen Schweine zu halten, um Sanitätssoldaten daran auszubilden, wo wir konsequent dagegen vorgegangen sind und auch vor Gericht am Ende Recht bekommen haben. Ich muss sagen, wir haben selten zu diesem Thema so viele Zuschriften von Bürgern bekommen, so dass man auch daran sehen kann, wie wichtig das Thema Tierschutz den Bürgern mittlerweile geworden ist.

Die Vorgänge im Schlachthof Jena, die habe ich und vor allen Dingen unser Abteilungsleiter, der jetzt leider in den Ruhestand gegangen ist, aber man gönnt es ihm natürlich, Herr Dr. Paar, der im Übrigen auch mit dem Tierschutzpreis vom Thüringer Tierschutzbund ausgezeichnet worden ist, der hat uns im Sozialausschuss und - ich glaube - auch im Landwirtschaftsausschuss alles dargelegt. Ich hatte hier dazu in einem Plenarantrag berichtet und auch bei mehreren Anfragen. Es liegt Ihnen ein ausführlicher Bericht, der jetzt schon ein paar Mal erwähnt worden ist, Konsequenzen aus früheren Tierschutz- und Hygieneverstößen im Schlachthof Jena, der Ihnen erst im Januar diesen Jahres zugegangen ist, vor. In diesem Bericht werden Maßnahmen und Konsequenzen sowohl auf dem Gebiet des Tierschutzes als auch auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung beschrieben, denn es sind dort nicht nur Tierschutzprobleme aufgetreten, sondern eben auch Probleme mit Lebensmittelüberwachung.

Gern stelle ich die tierschutzrechtlichen Festlegungen und Maßnahmen hier nochmals dar: Die Kontrolle des ehemaligen Schlachthofs Jena hat sich in den letzten Jahren bedingt durch das Verhalten der Betreiber als äußerst schwierig erwiesen. Das hat letztendlich dazu geführt, dass das TMSFG unter anderem mit einer fachaufsichtlichen Weisung, die wir gemacht haben, die auch schriftlich erfolgt ist, hinsichtlich einer Untersagung der Schlachtung unter den zu diesem Zeitpunkt herrschenden Bedingungen in die Überwachungstätigkeit, dass wir diesbezüglich eingreifen mussten. In dieser Phase gab es auch noch die Insolvenz des Unternehmens, so dass dann die zuständige, erst einmal zuständige Veterinärbehörde vor Ort mit unterschiedlichen Betreibern zu tun hatte, die bestimmte Auflagen, die in der Vergangenheit erteilt worden sind, juristisch angegriffen haben und deswegen auch relativ schwer umsetzbar gewesen sind.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, dass in dem Bericht ausführlich steht, wie das Geschehen abgelaufen ist und wie die Maßnahmen, die wir daraus abgeleitet haben, umgesetzt werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Vorgänge im Schlachthof Jena, die sich dargestellt haben, wurden auch sehr ausführlich mit den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern in Thüringen ausgewertet, also vorsorglich mit allen Ämtern, damit man auch einmal diese Beispiele zeigen kann, wie es nicht funktionieren soll. Dies ist zum Beispiel in der Dienstberatung am 6. und am 17. Dezember 2013 erfolgt. Um zukünftig einen tierschutzgerechten Umgang beim Schlachten sicherzustellen und beim Auftreten von Missständen ein frühzeitiges Verbot weiterer Schlachtungen zu gewährleisten, sind folgende Lösungsansätze von uns erarbeitet worden und werden schrittweise umgesetzt. Erstens: Systematische Überprüfung der Schlachtbetriebe hinsichtlich der Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben. Zweitens: Gezielte Fortbildung der amtlichen Tierärzte und der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter und drittens die Intensivierung der Fachaufsicht.

Jetzt würde ich zu den einzelnen Punkten noch ein paar Ausführungen machen. Im vergangenen Jahr wurden die sieben größten Schlachtbetriebe in Thüringen von der Fachaufsicht, dem Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz, was in Bad Langensalza ansässig ist, zusammen mit dem zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt und dem TMSFG in Bezug auf Einhaltung der tierschutzrechtlichen Anforderungen kontrolliert. Damit jetzt kein Missverständnis entsteht - das letzte Mal wurde das so in den Medien dargestellt, das sind nur die Überwachungen, die mit uns gemeinsam durchgeführt worden sind. Darüber hinaus gibt es selbstverständlich auch Überwachungen der zuständigen Behörde, nämlich der zuständigen Veterinärbehörde, der ZVL.

Schwerpunkt der Kontrollen waren insbesondere die Überprüfung der wirksamen Betäubung der Tiere. Vergleichbare Zustände wie im Schlachthof Jena wurden dabei in keinem Schlachthof - zum Glück muss man wirklich sagen - vorgefunden. Eine tierschutzgerechte Betäubung der Tiere war grundsätzlich sichergestellt. Festgestellte Mängel wurden in anschließenden Gesprächen mit der jeweiligen Betriebsleitung ausgewertet. Deren Abstellung wurde durch das in den konkreten Fällen zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt veranlasst.

In allen kontrollierten Betrieben wurden betriebsindividuell angepasste Verbesserungen zur Sicherstellung der tierschutzrechtlichen Vorgaben durch die Fachaufsicht eingefordert. Das TMSFG lässt sich über die konsequente Umsetzung der tierschutzrechtlichen Anforderungen in den Schlachtbetrieben Bericht erstatten. Mit dem Erlass des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit vom 23. Mai 2013 mit dem Titel „Überprüfung der Einhaltung der tierschutzrechtli-

(Staatssekretär Dr. Schubert)

chen Anforderungen an Schlachthöfen“ wurden Maßnahmen festgelegt, um die Kontrolle eines tierschutzgerechten, rechtskonformen Umgangs mit den Tieren beim Schlachten sicherzustellen.

Künftig sind größere Betriebe vierteljährlich und kleinere Betriebe mindestens jährlich auf Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben durch die zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter zu kontrollieren. Unabhängig davon hat der während der Schlachtung ständig anwesende amtliche Tierarzt täglich die ordnungsgemäße Betäubung und den tierschutzgerechten Umgang mit den Tieren zu überprüfen. Bei Auffälligkeiten ist das TLV, die Behörde in Bad Langensalza, als Fachaufsicht unverzüglich zu unterrichten.

Zur zweiten Maßnahme, nämlich der gezielten Fortbildung der amtlichen Tierärzte und der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter möchte ich Folgendes anmerken: Tierärzte haben die nach dem Berufsrecht vorgeschriebene Fortbildungspflicht, der zum Beispiel durch die Teilnahme an Tagungen, Kongressen der Berufsverbände und Universitäten entsprochen wird.

Zusätzlich wird am 22. und 29. März dieses Jahres eine behördlich spezifizierte Fortbildungsveranstaltung für die am Schlachthof tätigen amtlichen Tierärzte durchgeführt, welche die Überwachung des Tierschutzes zu verantworten haben. Die Fortbildung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter erfolgt unter anderem im Rahmen von halbjährlich stattfindenden amtstierärztlichen Dienstberatungen.

Zu Punkt 3, Intensivierung der Fachaufsicht, verweise ich auf die bereits dargestellten fachaufsichtlichen Kontrollen, die auch von unserem nachgeordneten Bereich durchgeführt werden. Außerdem wird die Fachaufsicht durch das TLV, unter anderem durch Bewertung von Berichten der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter, durch Mitwirkung an bestimmten Entscheidungsprozessen, durch gemeinsame Kontrolltätigkeit, aber auch im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung ausgeübt. Um die Kontrolltätigkeit im ausreichenden Umfang realisieren zu können, ist eine personelle Stärkung der zuständigen Dezernate im TLV notwendig.

(Beifall SPD)

Das ist nicht ganz einfach, muss ich sagen, denn wir müssen mit unserem Geschäftsbereich von 2010 an bis 2020 von 800 Stellen auf 650 Stellen herunterkommen. Das ist eine große Herausforderung. Und viele davon sind im nachgeordneten Bereich. Da ist das Thema Tierschutzverein nur ein Thema. Lebensmittelüberwachung wurde auch von Ihnen schon angesprochen. Bei jedem Lebensmittelskandal, der in Deutschland stattfindet, wird ein Zehn-Punkte-Programm von der Bundesregierung beschlossen, was bedeutet, hinterher sind mehr

Kontrollen durchzuführen. Die müssen von irgendjemandem gemacht werden. Und wenn das Personal immer weniger wird, ist es eine große Herausforderung, der wir uns stellen und die wir auch umsetzen werden. Des Weiteren kommt der seit zwei Jahren in Thüringen bestehenden Projektgruppe Schlachten eine besondere Bedeutung zu. Die von den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern aufgrund der Kontrollfeststellung getroffenen Maßnahmen werden in der Projektgruppe ausgewertet und eine einheitliche Vorgehensweise an den Schlachthöfen in Thüringen abgestimmt. Schwerpunkt der diesjährigen Fachaufsichtskontrollen im Bereich des Tierschutzes sind Schweinehaltungsbetriebe, insbesondere die Überprüfung der Einhaltung der Anforderungen an die Gruppenhaltung von Sauen. Und das natürlich auch aus gegebenem Anlass, weil die Überprüfung in Thiendorf, das ist schon genannt worden, zu Mängeln geführt hat.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ja, und? Die Vorgänge des ehemaligen Schlachthofs Jena sowie die Feststellung im Schweinehaltungsbetrieb Thiendorf wurden unter anderem in einem Gespräch am 23. Januar 2014 zwischen Vertretern der Landesregierung, konkret meiner Person, und den für die Dienstaufsicht über die Veterinär- und Lebensmittel-, über das Überwachungsamt zuständigen Oberbürgermeister von Jena, Herrn Dr. Schröder, und dem Landrat, Herrn Heller, ausgewertet. Daraufhin hat auch das zuständige Amt eine Stellungnahme abgegeben, die die Vorgänge etwas anders sieht als wir die sehen. Und deshalb findet die von mir vorhin schon erwähnte Beratung morgen statt, wo wir das einmal von Angesicht zu Angesicht ganz konkret auch mit Dr. Paar, der morgen noch einmal hereinkommt, alles auswerten werden. Welche Konsequenzen das dann hat, ist Sache des Zweckverbands, aber dazu machen wir morgen die Veranstaltung, um die Sache wirklich einmal ganz konkret aufzuklären.

(Beifall SPD)

Ja, meine Damen und Herren, die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter werden die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Anforderungen regelmäßig überwachen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen. Vonseiten der Fachaufsicht und des TMSFG, also der obersten Fachaufsicht, wird die Kontrolltätigkeit intensiv begleitet und unterstützt. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Und damit kann ich die Aktuelle Stunde schließen. Es gäbe noch Redezeit - wie viel? - 1 Minute pro Fraktion.

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Dr. Schubert, Staatssekretär:
Die haben ja noch Redezeit.)

Und die CDU hätte sogar 2 Minuten. Die Fraktion DIE LINKE möchte das in Anspruch nehmen durch Frau Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright. 1 Minute Redezeit.

(Unruhe im Hause)

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin. Herr Staatssekretär, ich freue mich über das Gespräch, das Sie morgen führen und möchte Ihnen noch einmal das mit der Viehverkehrsordnung mit auf den Weg geben. Mir hat jemand so einen dicken Stapel mit Schriftverkehr übergeben, ich habe es hier auch schon angesprochen. Und ich möchte noch mal darauf hinweisen, wir haben die Aktuelle Stunde „Schlussfolgerungen aus groben Rechtsverstößen“ genannt, und wenn das immer weitergeht, da muss man eben irgendwann mal reinen Tisch machen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Mühlbauer, 1 Minute.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch mal herzlichen Dank, das zeigt, dass es wirklich eine neue Qualität hat. Ich möchte auch an die Staatskanzlei appellieren. Es ist auch auf europäischer Ebene das Thema Tierschutz ein Thema, das wir bis zur europäischen Ebene mit diskutieren müssen und diskutieren wollen. Die Regionalität - Frau Abgeordnete Siegesmund hat es gesagt - ist der Schlüssel, das heißt, lassen Sie uns die Frage stellen: Eine globalisierte Landwirtschaft, kann das der richtige Weg sein in allen diesen Faktoren?

(Beifall SPD)

Wollen wir nicht wieder zurückkommen zur Regionalität und zu den Qualitäten?

Noch mal wirklich herzlichen Dank. Ich möchte ganz, ganz deutlich sagen, Frau Scheringer-Wright, es handelt sich um Wirbeltiere. Tiere, die so verletzt werden, müssen von uns vertreten werden, dem Verbraucher muss es offengelegt werden, der Verbraucher braucht dieses Bewusstsein, dass er ein gutes Gefühl hat zu seinem Essen, zu seinem Produkt, zu seinem Fleisch

(Beifall SPD)

und dass er auch dazu steht. Ich möchte hier auch noch mal ganz ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Sie müssen abschließen.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Ich bedanke mich für die Debatte und freue mich auf weitere Diskussionen im Ausschuss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

2 Minuten Redezeit für den Abgeordneten Primas. 3:20 wird mir jetzt gesagt, 3 Minuten und 20 Sekunden.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, das gibt mir Gelegenheit, noch mal auf einen Aspekt hinzuweisen, der aus meiner Sicht zu kurz kommt. Wir haben nun über den Schlachthof Jena gesprochen, dass er aufgrund der Tierschutzprobleme geschlossen ist, aber wir haben nicht darüber gesprochen, welche Auswirkungen es auf die Landwirtschaft hat. Wir haben Zuschriften und Rücksprachen, ein Riesenproblem, dass der Schlachthof nicht mehr da ist. Das entwickelt sich zunehmend zu einer richtigen Problematik. Jetzt kommt hinzu, dass der Schlachthof in Nohra nicht mehr zur Verfügung steht, so dass unsere Betriebe gezwungen sind, das ist auch eine Frage des Tierschutzes, wie weit muss ich denn jetzt Lebendtransporte organisieren. Also es wird uns große Probleme bringen, wir müssen uns des Themas annehmen, das ist ganz wichtig. Die eine Seite ist die Frage des Tierschutzes, der eingehalten werden muss, da müssen wir darauf achten. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch die Frage Tierschutz,

(Beifall SPD)

wie weit wird das transportiert, auch noch mal ins Auge nehmen. Wir haben weit über 100 europazugelassene Schlachthöfe bei uns in Thüringen. Aber das sind alles welche, die schlachten eins, zwei, drei Schweinchen und machen Direktvermarktung. Das löst unser Problem nicht. Wir haben auch original Thüringer Qualität abzusichern und da müssen mindestens 50 Prozent der Rohstoffe in Thüringen erzeugt und verarbeitet sein. Das kriege ich alles nicht mehr hin, wenn ich keine Schlachtkapazitäten mehr habe. Das heißt, in dem Zusammenhang Jena müssen wir diskutieren, wie es weitergeht in dieser Richtung, Tierschutz muss eingehalten werden und, und, und. Also es sind Riesenprobleme, die vor uns stehen, wo wir ernsthaft im Ausschuss drüber reden müssen, und das wollen wir auch tun.

(Beifall SPD)

Das werden wir mit in den Antrag formulieren, in den Selbstbefassungsantrag, so dass wir Zeit und Gelegenheit haben, das mit dem Ministerium noch mal auszuwerten. Da interessiert mich natürlich

(Abg. Primas)

auch die Frage: Wie steht das Landwirtschaftsministerium dazu? Wie können wir diese original Thüringer Qualität sichern? Es weiß ja jeder, Nahrungsgüterherstellung ist der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in Thüringen, eigentlich der wichtigste, ist jetzt in dem Rahmen gerade an die Automobilindustrie abgegeben, aber ansonsten haben wir in Thüringen was zu bieten und da sind wir auch gut dran. Diesen guten Ruf müssen wir halten. Das ist wieder eine Rückkopplung, solche Sachen wie Jena dürfen nicht passieren, weil uns das den Ruf kostet.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Deshalb müssen wir hart durchgreifen und das haben wir gemacht. Als Ausschuss haben wir deutlich unsere Meinung dazu gesagt. Ich denke, das war auch richtig so, dass wir das als Gänze im Landtag so formuliert haben. Das war eine wichtige Entscheidung, da danke ich dafür, dass auch die Ministerien mitgezogen haben. Dieser Bericht gibt uns die Möglichkeit, Frau Dr. Scheringer-Wright, noch einmal intensiv darüber zu diskutieren, was wir in der Zukunft machen. So weit meine Ausführungen in dieser Ergänzung. Schönen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion 1 Minute. Es spricht Frau Abgeordnete Hitzing.

(Zuruf Abg. Hitzing, FDP: Wie lange spreche ich?)

1 Minute.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist tatsächlich so, Thüringen identifiziert sich grundsätzlich neben der Automobilindustrie dadurch, dass wir ein Land der hochqualitativen Nahrungsmittel sind: Heichelheimer Klöße, die Thüringer Bratwurst,

(Beifall SPD)

(Heiterkeit CDU)

die Thüringer Original Weimarer - Sie kennen die Marken.

(Beifall CDU, SPD)

Der Feldkieker aus dem Eichsfeld, eine tolle Marke. Nordhäuser auch, aber das ist jetzt nicht ein Lebensmittel, sondern ein Genussmittel. Aber was nicht passieren darf und da ist es eine ganz ernsthafte Angelegenheit, Frau Präsidentin, ich möchte keinen Ordnungsruf haben, aber ich muss es so sagen: Solche Schweinereien dürfen nicht passieren, wie das in Jena passiert ist.

(Beifall im Hause)

Da muss man natürlich ganz hart dagegen vorgehen, wenn bei der Anlage selbst Kopffixierungen nicht in Ordnung sind, wo die Rinder geschossen wurden. Das kann nicht sein und so etwas kostet uns wirklich den Ruf. Da bin ich auch sehr dafür, dass hart durchgegriffen wird. Aber die Frage ist auch ganz wichtig, die Herr Primas gestellt hat.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Einen Satz noch?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Einen Satz.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Danke. Wir müssen uns wirklich überlegen, wie bekommen wir diese Qualität, die wir weltweit vermarkten wollen, nun in die Wurstbüchse, wenn wir keinen Schlachthof mehr haben. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Siegesmund - 1 Minute.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

(Unruhe im Hause)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeit läuft. Man muss sich immer so kurz fassen in Aktuellen Stunden, das ist wirklich ein Problem. Aber das Tolle ist, wenn man das letzte Wort haben darf. Ich will einfach mal sagen, so für uns Grüne, es ist ja heute noch parlamentarischer Abend, es muss sich auch keiner scheuen, da Fleisch zu essen,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

worum es uns geht, ist, dass man sich vor Augen führt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung - jetzt kommt ein kleiner Werbeblock - schlägt eigentlich vor, dass wir maximal 30 kg Fleisch im Jahr essen. Jetzt schätzen Sie doch mal so roundabout, was der Durchschnittsthüringer zu sich nimmt. Das ist mindestens das Doppelte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie an der Stelle, auch mal über Ihr persönliches Verbraucherinnen- und Verbraucherverhalten nachzudenken. Es schmeckt am allerbes-

(Abg. Siegesmund)

ten, wenn es auch Bio und regional produziert wurde. Ich glaube, das ist für uns alle wichtig und richtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt keine weiteren Redeanmeldungen. Gemäß unserer Vereinbarungen im Ältestenrat, nach 18.00 Uhr am Mittwoch keinen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen, möchte ich die Plenarsitzung für heute beenden.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass wir heute Abend noch den parlamentarischen Abend des Universitätsklinikums Jena erwarten. Wir sehen uns morgen früh um 9.00 Uhr wieder mit der Behandlung des Tagesordnungspunkts 1.

Ende: 18.01 Uhr